

LANDESHAUPTSTADT



Gesamtabschlussbericht



für das Geschäftsjahr 2014

www.wiesbaden.de

Gesamtabschluss 2014

Inhaltsverzeichnis

A. Vorwort	3
B. Konsolidierter Gesamtabchluss zum 31.12.2014	4
1. Konsolidierungsbericht.....	4
1.1 Lage der Landeshauptstadt Wiesbaden	4
1.1.1 Einführung	4
1.1.2 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen	5
1.1.3 Geschäftsverlauf.....	7
1.1.4 Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks.....	14
1.1.5 Vermögenslage.....	19
1.1.6 Vermögensvergleich Einzel- mit Gesamtabchluss.....	21
1.1.7 Ergebnissituation	22
1.1.8 Ergebnisvergleich Einzel- mit Gesamtabchluss.....	24
1.1.9 Finanzlage	26
1.2 Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Haushaltsjahres 2014.....	27
1.3 Chancen und Risiken.....	29
1.4 Bewertung des Gesamtabchlusses im Hinblick auf die dauernde Leistungsfähigkeit und perspektivischer Ausblick.....	38
1.5 Angaben zu den nicht einbezogenen Aufgabenträgern.....	41
2. Zusammengefasste Vermögens-, Ergebnis- und Finanzrechnung.....	42
2.1 Zusammengefasste Vermögensrechnung	42
2.2 Zusammengefasste Ergebnisrechnung	44
2.3 Zusammengefasste Finanzrechnung	45
3. Anhang	46
3.1 Allgemeine Angaben.....	46
3.1.1 Rechtliche Grundlagen	46
3.1.2 Abgrenzung des Konsolidierungskreises.....	46
3.1.3 Konsolidierungsgrundsätze	51
3.1.4 Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	53
3.2 Erläuterungen zu den Posten der zusammengefassten Vermögensrechnung ..	57
3.2.1 Anlagevermögen.....	57
3.2.2 Umlaufvermögen	64
3.2.3 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	67
3.2.4 Eigenkapital	68
3.2.5 Sonderposten	69
3.2.6 Rückstellungen	70
3.2.7 Verbindlichkeiten	73
3.2.8 Passive Rechnungsabgrenzungsposten	76
3.3 Erläuterungen zur zusammengefassten Ergebnisrechnung	77
3.3.1 Ordentliches Ergebnis	77
3.3.2 Außerordentliches Ergebnis	91
3.3.3 Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	93
3.3.4 Anderen Gesellschaftern zustehendes Ergebnis.....	94
3.3.5 Ergebnisverwendung	94
3.4 Erläuterungen zur zusammengefassten Finanzrechnung	95
3.5 Sonstige Angaben	96
3.5.1 Haftungsverhältnisse	96
3.5.2 Sachverhalte über erhebliche finanzielle Verpflichtungen	98
3.5.3 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen	100

Gesamtabschluss 2014

3.5.4 Mitglieder Stadtverordnetenversammlung/Magistrat	101
4. Anlagen.....	103
Anlage (1) Anlagenspiegel.....	104
Anlage (2) Forderungsspiegel	106
Anlage (3) Eigenkapitalspiegel	108
Anlage (4) Sonderpostenspiegel	110
Anlage (5) Rückstellungsspiegel	112
Anlage (6) Verbindlichkeitspiegel	114
Anlage (7) Übersicht der fremden Finanzmittel der Landeshauptstadt Wiesbaden (unkonsolidierte Werte).....	116
Anlage (8) Erklärung zu den verwendeten Kennzahlen.....	117

Gesamtabschluss 2014

A. Vorwort

Hiermit lege ich Ihnen als Kämmerer der Landeshauptstadt Wiesbaden den Gesamtabschluss für das Jahr 2014 vor. Ziel dieses Werkes ist es die Stadt transparenter zu machen, indem ein Gesamtbild einschließlich ihrer Unternehmen und Sondervermögen aufgezeigt wird. Die Landeshauptstadt Wiesbaden (LHW) ist als „grünste Stadt Hessens“ eine attraktive, leistungsfähige, soziale und wirtschaftlich starke Stadt. Ihre Leistungen werden nicht nur von den städtischen Ämtern erbracht sondern in hohem Maße auch von den Beteiligungsgesellschaften in den Segmenten Ver- und Entsorgung, Verkehr, Gesundheit, Stadtentwicklung und Wohnungsbau sowie Tourismus, Kongresse und Veranstaltungen. Um die Transparenz zu erhöhen und ein möglichst vollständiges Bild der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der LHW zu erhalten, müssen auch diese in die Aufgabenträger ausgegliederten Dienstleistungen mit in die Betrachtung einbezogen werden.



Das Jahr 2014 konnte leider nicht an die finanziell überaus erfolgreichen Vorjahre anknüpfen und endete mit einem negativen Gesamtergebnis (Jahresfehlbetrag) von rd. 10 Mio. €. Trotzdem konnte das Angebot an öffentlichen Dienstleistungen und Infrastruktur sowie einer nachhaltigen Daseinsvorsorge auf einem hohen Niveau gesichert werden. Die Gesamtleistung (Umsatz) ist zwar geringfügig von 1,9 Mrd. € auf 1,8 Mrd. € zurückgegangen, die Bilanzsumme (Vermögen) liegt mit 4,3 Mrd. € jedoch über dem Vorjahr (4,2 Mrd. €).

Schwerpunktt Themen, die die Landeshauptstadt als Investitionen für die Zukunft betrachtet, sind nach wie vor der Ausbau der Kinderbetreuung und die Schaffung und Modernisierung bezahlbaren Wohnraums bei steigenden energetischen Standards sowie die Errichtung von CO₂-neutralen Windenergieanlagen und der Betrieb eines umweltfreundlichen Biomasse-Heizkraftwerks.

Der vorliegende Gesamtabschluss besteht aus dem Konsolidierungsbericht (Kapitel 1) mit der Bewertung der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage des gesamten Verbundes sowie einem perspektivischen Ausblick. In Kapitel 2 folgen die zusammengefasste Ergebnis- und Vermögensrechnung (Bilanz), die um eine Kapitalflussrechnung ergänzt sind. Schließlich ist in Kapitel 3 ein Anhang beigefügt, der neben den gesetzlichen Grundlagen und der Abgrenzung des Konsolidierungskreises insbesondere die Posten der in Kapitel 2 genannten Rechnungen erläutert. Kapitel 4 enthält alle Anlagen.

Axel Imholz
Stadtkämmerer

Gesamtabschluss 2014

B. Konsolidierter Gesamtabschluss zum 31.12.2014¹

1. Konsolidierungsbericht

1.1 Lage der Landeshauptstadt Wiesbaden

1.1.1 Einführung

Wiesbaden ist die Hauptstadt des Landes Hessen. In der zweitgrößten Stadt Hessens wohnen 2014 rund 282.000 Einwohner². Hinzu kamen noch ungefähr 19.000 Mitglieder der US-Heeresgarnison. Die Landeshauptstadt Wiesbaden ist eine weltoffene, grüne Stadt im Herzen des Rhein-Main-Gebietes, ein wirtschaftliches, kulturelles und soziales Zentrum. Eine moderne Stadtentwicklung, der Umwelt- und Naturschutz, die Gesundheitsförderung sowie eine ausgeprägte Willkommenskultur gehören zu den weiteren Stärken der Stadt.

Wiesbaden zeichnet sich durch ein vielfältiges Kulturleben aus. Vom Hessischen Staatstheater, dem Museum Wiesbaden, Konzerten im Kulturzentrum Schlachthof und im Kurhaus, dem Rheingau Musik Festival über die Caligari FilmBühne bis hin zu zahlreichen Filmfestivals, dem Literaturhaus, Galerien und Kleinkunsthöfen: Wiesbaden bietet die gesamte Bandbreite lebendiger und moderner Kultur. Zusätzlich besticht Wiesbaden durch das umfangreiche Angebot im Breitensport.

Das wirtschaftsfreundliche Klima in der Landeshauptstadt sorgt beständig für einen vorderen Platz im Ranking der deutschen Städte. Neben bekannten Großunternehmen prägt eine Vielzahl von mittleren und kleinen Unternehmen das Bild. Zudem ist Wiesbaden ein pulsierendes Dienstleistungszentrum mit zukunftsfähigen Branchenschwerpunkten und einer hohen Lebensqualität.

Die Stadt zählt, neben Frankfurt am Main, Mainz und Darmstadt, zu den Kernstädten des Rhein-Main-Gebiets. Die Landeshauptstadt Wiesbaden rangierte im Jahr 2014, wie bereits 2013, mit einem Kaufkraftindex von über 113 Prozent des Bundesdurchschnitts (100 Prozent) bzw. mit rd. 25 Tsd. € pro Einwohner auf einem der vorderen Plätze der wohlhabendsten Städte Deutschlands.³

¹ Bei der Verwendung von gerundeten Beträgen oder Prozentangaben kann es aufgrund kaufmännischer Rundung zu geringfügigen Differenzen kommen.

² Daten des Amtes für strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik der Landeshauptstadt Wiesbaden

³ Daten des Amtes für strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik der Landeshauptstadt Wiesbaden

Gesamtabschluss 2014

1.1.2 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

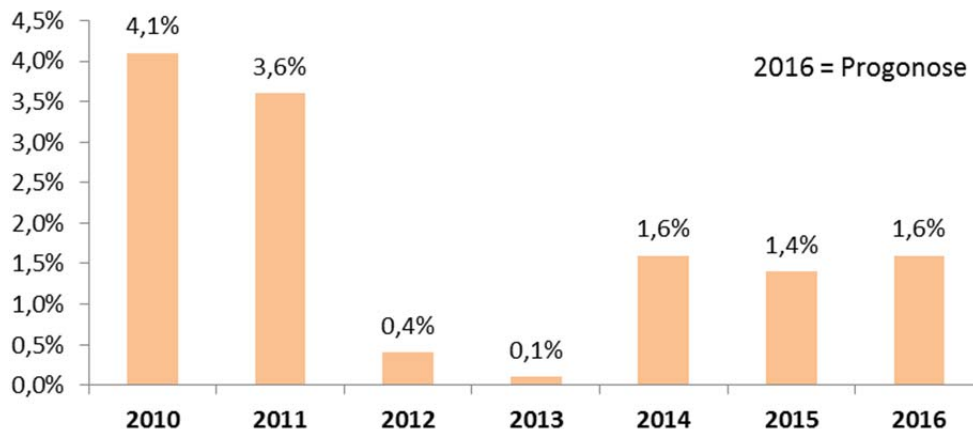
Trotz zahlreicher internationaler Herausforderungen zeigt sich die deutsche Wirtschaft derzeit in ausgezeichneter Verfassung.

Im Jahr 2014 hat sich die gesamtwirtschaftliche Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft preisbereinigt mit 1,6 % deutlich stärker erhöht als in den beiden Vorjahren. Wähte mancher Experte noch im Herbst die deutsche Wirtschaft auf eine Rezession zusteuernd, so zeigten sich das Schlussquartal 2014 sowie das Jahr 2015 deutlich erholt.

Getragen wurde dieses Wachstum vor allem durch die Inlandsnachfrage. Die Verbraucherpreise erhöhten sich in 2014 lediglich um 0,9 %. Insbesondere der Rückgang der Heizöl- und Benzinpreise wirkte auf die Verbraucherpreise und stärkte damit die Kaufkraft. Die Arbeitslosenquote ging abermals deutlich zurück. Im Durchschnitt des Jahres 2014 waren 2,9 Mio. Arbeitslose registriert, so wenig wie seit 20 Jahren nicht mehr. Da auch die Löhne und Gehälter spürbar gestiegen sind und der schwache Euro den Export beflügelt, wuchs das Bruttoinlandsprodukt für 2015 um 1,4 %. Für 2016 prognostiziert der Sachverständigenrat ein Wachstum von 1,6 %.

Deutschland bleibt damit weiterhin Motor der wirtschaftlichen Erholung in Europa. Der Euroraum verzeichnete im Jahr 2014 nur eine Wachstumsrate von 0,9 %.

Veränderung des Bruttoinlandsprodukts



Quelle: Eurostat, Online-Datenbank, Wachstumsrate des realen BIP (Stand: 02/2016)

Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) bleibt weiterhin außerordentlich expansiv. Der Hauptrefinanzierungssatz liegt seit Herbst 2014 auf historisch niedrigem Niveau von 0,05 %. Mit dem EZB-Programm zum Ankauf von Staatsanleihen wird immense Liquidität in die Finanzmärkte gepumpt. Somit wird die derzeitige Niedrigzinsphase zunächst manifestiert. Die Finanzierungsbedingungen für deutsche Unternehmen gestalten sich weiterhin sehr gut. Die Zinssätze sind auf historische Tiefststände gefallen.

Gesamtabschluss 2014

In Hessen stieg das Bruttoinlandsprodukt um 3,2 %. Hierbei hatten das Bau- und Dienstleistungsgewerbe die stärksten Steigerungsraten zu verzeichnen.

Das positive wirtschaftliche Umfeld ist auch im Kammerbezirk der IHK Wiesbaden deutlich spürbar. Der Klima-Index als Mittelwert zwischen aktueller Lagebeurteilung und Erwartungen lässt abermals ein spürbares Wachstum in der Region erwarten. Die Erwartungen der Wiesbadener Wirtschaft für den Verlauf des Jahres sind deutlich positiv.

Die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hat sich um 1.983 auf 128.144 erhöht. Die Arbeitslosenquote stieg in Wiesbaden, bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen, leicht von 7,4 % im Jahr 2013 auf 7,6 % im Jahr 2014 (Stand 09/14). Da sich im Berichtszeitraum die Einwohnerzahlen auf 282.313 Einwohner (+ 2.205) erhöht haben, kann gleichzeitig mit der Anzahl der Arbeitsplätze auch die Arbeitslosigkeit ansteigen.

Gesamtabschluss 2014

1.1.3 Geschäftsverlauf

Der finanzielle Geschäftsverlauf des Verbundes der Landeshauptstadt Wiesbaden im Berichtsjahr war nicht so erfreulich wie in den Vorjahren. Insbesondere bedingt durch einen starken Ergebniseinbruch bei der Kernverwaltung und gesunkenen Jahresergebnissen bei wichtigen Gesellschaften ist ein konsolidierter Fehlbetrag in Höhe von 10,4 Mio. € entstanden. Die ordentlichen Erträge sind um 71 Mio. € zurückgegangen, während die ordentlichen Aufwendungen um 12 Mio. € gestiegen sind. Vor allem durch gesunkene Beteiligungserträge hat sich zudem auch das Finanzergebnis um 18 Mio. € verschlechtert.

Steuern und Schlüsselzuweisungen

in Mio. €	31.12.2014	31.12.2013	Veränderung
Gewerbsteuer (vor Gewerbesteuerumlage)	248,4	317,5	-69,1 ↓
Einkommensteuer	146,1	136,6	9,5 ↑
Schlüsselzuweisungen	110,3	123,3	-13,0 ↓
Grundsteuer (A + B)	57,6	55,1	2,5 ↑

Die Gewerbesteuererträge im Berichtsjahr lagen konsolidiert mit 248,4 Mio. €⁴ mehr als 69 Mio. € unter denen des Vorjahres. Dies erklärt sich insbesondere durch einen das Vorjahresergebnis verbessernden Einmaleffekt von rd. 50 Mio. €.

Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer konnte sich weiter erholen (+ 9,5 Mio. €), erreicht jedoch noch nicht das historische Niveau von 2008. Da die Tarifverträge die Gewinne aus der guten Konjunktur weitergeben, steigt in der Folge auch der Gemeindeanteil der Einkommensteuer weiter leicht an.

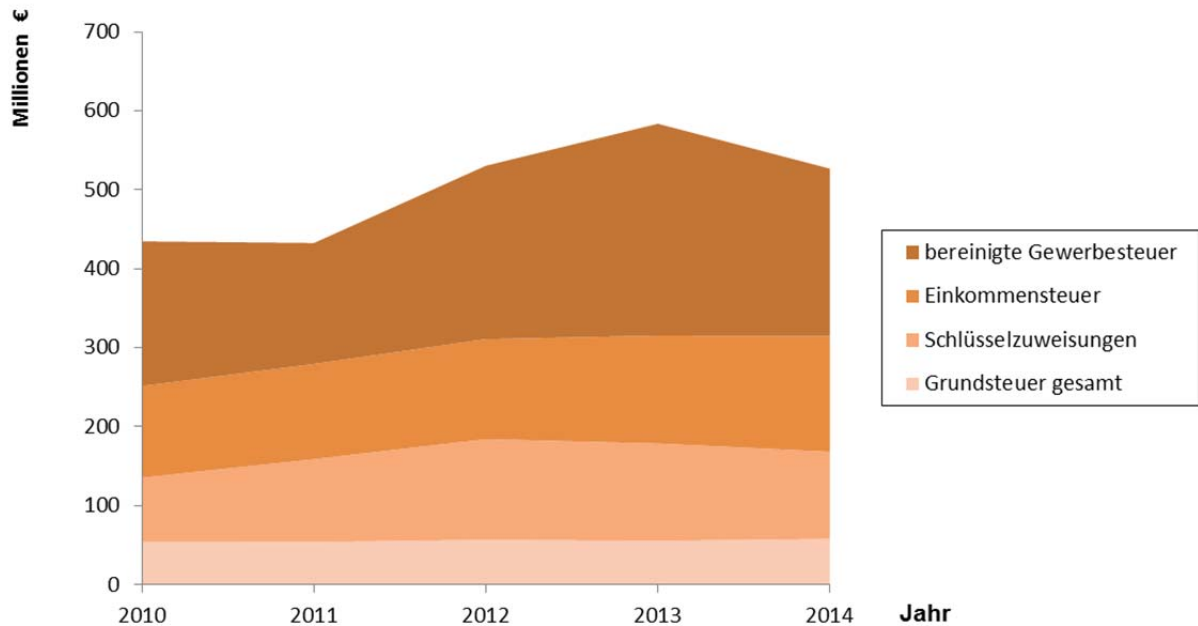
Jeweils mit der Steuerkraft korreliert auch die Schlüsselzuweisung. Bedingt durch die wieder ansteigenden Steuererträge seit 2011 sinkt die Schlüsselzuweisung⁵ um 13,0 Mio. € auf 110,3 Mio. €.

Die nachfolgende Grafik zeigt die Entwicklung der Steuereinnahmen und Schlüsselzuweisungen der Landeshauptstadt Wiesbaden.

⁴ Die Gewerbesteuererträge stehen nicht vollumfänglich zur Verfügung. Sie sind jeweils um die Gewerbesteuerumlage zu bereinigen.

⁵ Berechnungsgrundlage für die Schlüsselzuweisung 2014 sind die Daten des 2. Hj. 2013 und des 1. Hj. 2014.

Wichtige Steuerarten und Schlüsselzuweisungen



Die LHW beschäftigte in ihrem Verbund im Berichtsjahr durchschnittlich 7.365 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Für diese fielen Personal- und Versorgungsaufwendungen von 435,2 Mio. € an. Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen betragen 658,8 Mio. € und die Abschreibungen 149,3 Mio. €.

Stadtentwicklung und Wohnungsbau

Die Wohnungsgesellschaften im Verbund sind im Stadtgebiet Wiesbaden unverändert eine wichtige Säule im Wohnungsmarkt und stellen im Interesse der Stadt durch die Wohnraumversorgung für breite Bevölkerungsschichten einen stabilisierender Faktor für die Mietpreisentwicklung in den Wohnquartieren dar. Durch die Aktivitäten der Gesellschaften im Bereich der energetischen Sanierung der Objekte und des Einsatzes von erneuerbaren Energien im Neubaubereich findet neben der Betriebskostensenkung ebenso der Klimaschutz seine Berücksichtigung. Die Umsatzerlöse im Geschäftsfeld Immobilien sind von 112,5 Mio. € auf 118,8 Mio. € gestiegen und es stehen aufgrund umfangreicher Sanierungs-, Modernisierungs- und Neubauaktivitäten viele Immobilien unmittelbar vor dem Verkauf bzw. der Vermietung. Somit werden die Erlöse aus der Grundstücks- und Wohnungswirtschaft, der Hausbewirtschaftung und der Betreuungstätigkeit weiter ansteigen.

Das Geschäftsfeld der städtebaulichen Projektentwicklung wird insbesondere durch die Aktivitäten der Stadtentwicklungsgesellschaft (SEG) geprägt. Sie stellt die Verbindung zwischen den städtebaulichen Zielen der Stadt und den entsprechenden Flächennachfragern bzw. Nutzern dar. Bei der Entwicklung des neuen Wohngebietes in Wiesbaden-Nordenstadt (Hainweg) verfügt die SEG durch Zukäufe über mehr als 50 % der Flächen.

Gesamtabschluss 2014

Versorgung

Obwohl die Umsatzerlöse im Bereich Energieversorgung rückläufig waren, konnte gegenüber dem Vorjahr - im Wesentlichen bedingt durch die um 5 Mio. € gestiegenen Ausschüttungen der Kraftwerke Mainz-Wiesbaden (KMW) - ein deutlich höheres Unternehmensergebnis erzielt werden. Zum dritten Mal in Folge konnte die ESWE Versorgung das beste Ergebnis der Unternehmensgeschichte erwirtschaften.

Die Stromerlöse sanken 2014 um rd. 7 Mio. €. Maßgebend waren dabei rückläufige Absatzmengen an Tarifkunden und Sondervertragskunden in Wiesbaden, welche durch Neukundengewinnung außerhalb Wiesbadens teilweise kompensiert werden konnte. Die Gaserlöse und die Umsatzerlöse der Fernwärmeversorgung verzeichneten witterungsbedingt einen Rückgang von insgesamt rd. 39 Mio. €. Bei den Gaserlösen wirkte sich zudem der Wegfall eines Großkunden negativ aus.

Die ESWE Versorgung konnte in 2014 erneut die Konzession von der Stadt für Strom und Gas erlangen.

Seit dem 01.01.2012 wird die Wasserversorgung in der Landeshauptstadt Wiesbaden in öffentlich-rechtlicher Form durch den städtischen Eigenbetrieb WLW wahrgenommen. Die ESWE Versorgung ist jedoch weiterhin Eigentümerin des Wassernetzes, das an den Eigenbetrieb verpachtet wird. Die Umsatzerlöse der Wasserversorgung beliefen sich auf 33,6 Mio. €. Die gesamte Netzeinspeisung (Wasserbezug) betrug im Jahr 2014 14.977 Tm³. Unter Berücksichtigung von Netzverlusten und Messdifferenzen belief sich die nutzbare Wasserabgabe im Jahr 2014 auf 14.423 Tm³.

Entsorgung

Im Vergleich zum Vorjahr sind die Leistungsentgelte im Bereich Entsorgung um 8,0 Mio. € auf 78,5 Mio. € gestiegen.

Die Mengenentwicklung in den einzelnen Entsorgungssparten war unterschiedlich.

Im Bereich Straßenreinigung und Winterdienst haben sich die erbrachten Leistungen zum Vorjahr nicht wesentlich verändert.

Im Vorjahresvergleich ist die abgerechnete Abwassermenge um 0,5% gesunken, obwohl der Frischwasserverbrauch, also der Maßstab für die Berechnung der Abwassergebühr im Jahr 2014 um 0,5% gestiegen ist. Der Grund liegt in der Anzahl der stetig steigenden Gartenwasserzähler, deren gemessener Frischwasserverbrauch nicht für die Abwassergebühr herangezogen wird.

Die gebührenpflichtige Abfallmenge bzw. die Leerungsvolumina - gemessen in Liter pro Woche - ist um 0,6 % gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen. Dieser Rückgang entspricht dem Trend der letzten Jahre.

Gesamtabschluss 2014

Nach dem Rückgang der auf der Deponie abgelagerten Abfallmenge im Jahr 2013 um 17.828 Tonnen ist es im Wirtschaftsjahr 2014 zu einer deutliche Erhöhung in Höhe von 94.545 Tonnen gekommen. Diese Erhöhung entspricht einer Steigerung um fast 27%.

Im Jahr 2014 gab es keine Änderungen bei den Gebührensätzen.

Der Geschäftsverlauf der mechanisch-biologischen Abfallbehandlungsanlage (MBA) war geprägt durch den Erwerb von zwei Beteiligungen. Im Zuge des Grundstücksgeschäftes zwischen der Landeshauptstadt Wiesbaden, den ELW und der Dyckerhoff Beton GmbH & Co. KG wurden durch die MBA 50 % Gesellschafteranteile an der DBW Recycling GmbH & Co KG und der DBW Recycling Verwaltungs GmbH erworben. Aufgabe der gemeinsamen Gesellschaft mit der Fa. Bickhardt Bau AG ist der Abbau und die Vermarktung von Rohstoffen (Sand, Kies, Ton) aus dem ehemaligen Steinbruch der Firma Dyckerhoff AG, die Rekultivierung der abgebauten Flächen sowie die mechanische Aufbereitung mineralischer Abfälle.

Verkehr

Das Geschäftsjahr 2014 war für die Verkehrsgesellschaften geprägt von verschiedenen Themenstellungen.

Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt hat am 20. November 2014 zur Kenntnis genommen, dass die Voraussetzungen zur Direktvergabe der ÖPNV-Leistungen mit Bussen im Stadtverkehr an die ESWE Verkehrsgesellschaft mbH gemäß EU-Verordnung 1370/2007 erfüllt sind und hat die Direktvergabe der ÖPNV-Leistungen an ESWE Verkehr beschlossen.

Weitere wesentliche Rahmenbedingungen für die ESWE Verkehr im Geschäftsjahr 2014 waren der von der Landeshauptstadt Wiesbaden beschlossene Nahverkehrsplan, die Weiterentwicklung des Fahrplanangebotes in enger Abstimmung mit der Mainzer Verkehrsgesellschaft mbH im gemeinsamen Verkehrsverbund Mainz- Wiesbaden (VMW) sowie die Veränderungen in den Auswirkungen der vertraglichen Finanzierungsinstrumente im Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV).

In einer Sondersitzung des Aufsichtsrates der ESWE Verkehrsgesellschaft am 08.04.2014 wurden die Geschäftsführer Uwe Cramer und Stefan Burghardt von ihren Aufgaben als Geschäftsführer mit sofortiger Wirkung entbunden. Herr Jörg Gerhard wurde als alleiniger Geschäftsführer ernannt. Im Juni 2014 wurde die WiBus Wiesbadener Busgesellschaft mbH in ESWE Verkehr Fahrbetrieb GmbH (EVFB) umbenannt. Im Rahmen von Neustrukturierungen wurden am 12.08.2014 die von der WVV gehaltenen Anteile an der EVFB auf die ESWE Verkehrsgesellschaft übertragen. Am 10.09.2014 hat die ESWE Verkehrsgesellschaft des Weiteren einen Ergebnisabführungsvertrag mit der EVFB rückwirkend zum 01.01.2014 geschlossen.

Die Umsatzerlöse im Linienverkehr beliefen sich auf 42,6 Mio. € (Vj. 43,6 Mio. €). Das Ergebnis im Verkehrsbereich hat sich gegenüber dem Vorjahr deutlich verschlechtert.

Gesamtabschluss 2014

Soziales

Durch soziale Leistungen sind Transferaufwendungen i. H. v. 336,3 Mio. € (Vj. 343,0 Mio. €) entstanden. Diese entfallen mit 160,7 Mio. € hauptsächlich auf Leistungen an natürliche Personen nach dem SGB XII (u. a. Grundsicherung im Alter) und mit 114,4 Mio. € auf Leistungen nach dem SGB II (Grundsicherung für Arbeitsuchende).

Die Pflegeeinrichtung des Feierabendheims Simeonhaus GmbH konnte aufgrund der veralteten baulichen Strukturen nicht mehr wirtschaftlich betrieben werden und wurde aufgrund der Anordnung des Versorgungsamtes zum 29.02.2012 geschlossen. Bis zum 30.09.2014 beschränkte sich die Tätigkeit der Gesellschaft auf den Betrieb des "Wohnen mit Service" mit 45 Bungalows und 26 Apartments als Förderung der Altersfürsorge. Seit der Veräußerung der Betriebsgrundstücke nebst Aufbauten an die GWW Wiesbadener Wohnungsbaugesellschaft mbH zum 01. Oktober 2014 beschränkt sich die Tätigkeit der Gesellschaft auf das Erbringen von Serviceleistungen für diese Bewohner.

Die Altenhilfe Wiesbaden GmbH hatte im Geschäftsjahr 2014 mit einem starken Rückgang der Auslastung beider Häuser zu kämpfen. Jedoch konnte mittels der zum 01. Januar 2014 vereinbarten Pflegesatzerhöhung und einer besseren Belegungsstruktur des Moritz-Lang-Hauses eine Ertragssteigerung erzielt werden.

Nach der Teilprivatisierung der HSK Kliniken 2012 und der damit verbundenen Entflechtung der Konzernstruktur war eine Neuausrichtung der HSK Rhein-Main GmbH erforderlich. Im Zuge dessen wurde die Gesellschaft in „EGW Gesellschaft für ein gesundes Wiesbaden mbH“ umfirmiert und der Gegenstand des Unternehmens angepasst. Neben der fortbestehenden Funktion als Management-Holding beinhaltet das Aufgabenspektrum nun auch die Profilierung und Stärkung der LHW als Gesundheitsstadt sowie die Förderung des Gesundheitswesens in Wiesbaden.

Die RHÖN-KLINIKUM AG und die HELIOS Kliniken GmbH haben im September 2013 einen Kaufvertrag über den Erwerb von Kliniken, medizinischen Versorgungszentren und Servicegesellschaften der RHÖN-KLINIKUM AG abgeschlossen. Gegenstand der vertraglichen Vereinbarungen ist u. a. auch der Verkauf und die Abtretung der im Eigentum der RHÖN-KLINIKUM AG stehenden Geschäftsanteile an der HSK Kliniken GmbH als städtisches Krankenhaus der Maximalversorgung an die HELIOS Kliniken GmbH. Der entsprechende Stadtverordnetenbeschluss der LHW erfolgte am 22. Mai 2014.

Die Wiesbadener Jugendwerkstatt GmbH stellt für die berufliche Integration und Reintegration arbeitsloser oder von Arbeitslosigkeit bedrohter Menschen geeignete Angebote im Bereich der Berufsvorbereitung, Ausbildung/Umschulung und Beschäftigung bereit. Der Verlauf des (abweichenden) Geschäftsjahres 2013/2014 war durch zwei gegenläufige Tendenzen gekennzeichnet. Während in der ersten Geschäftsjahreshälfte die vollständige Platzierung der Kapazität des Beruflichen Integrations- und Trainingszentrum gelang, ging in der zweiten Hälfte die Zahl der Zuweisungen durch den Träger der Maßnahme zurück. Der durch den Kostenträger veranlasste Abbau der AGH-Maßnahmen (Arbeitsgelegenheiten nach § 16d SGB II) reduzierte darüber hinaus ebenfalls die geplante Auslastung. Diesem unbefriedigenden Geschäftsverlauf konnte kurzfristig nicht gegengesteuert werden.

Gesamtabschluss 2014

Tourismus und Sonstiges

Im Jahre 2014 konnte Wiesbaden rund 1,2 Mio. Übernachtungen verzeichnen und somit erneut die Rekordmarke des Vorjahres deutlich überbieten.

Der Eigenbetrieb TriWiCon bildet das Dach über die Messe- und Kongressaktivitäten der LHW und kann eine einheitliche Unternehmensstrategie festlegen und die Gesellschaften wie die Rhein-Main-Hallen GmbH, die Kurhaus Wiesbaden GmbH und die Wiesbaden Marketing GmbH nach diesen Grundsätzen steuern. Mit dieser Struktur soll die Wettbewerbssituation im hart umkämpften Markt entscheidend verbessert werden.

Die wirtschaftliche Situation der TriWiCon ist im Wesentlichen bestimmt von den Ergebnissen der Rhein-Main-Hallen GmbH (RMH) und des Kurhauses. Im Jahr 2014 konnten die RMH ein weiteres Jahr mit guter Nachfrage verzeichnen, wobei zu berücksichtigen ist, dass Veranstaltungen lediglich bis 30.06.2014 durchgeführt werden konnten, da danach der vollständige Rückbau der Hallen planmäßig gestartet ist. Für die RMH konnte weiterhin der Trend nach vermehrten kurzfristigen und standortunabhängigen Veranstaltungen beobachtet werden. Die Anfragen für Messen und Fachkongresse sind deutlich zurückgegangen. Wissenschaftliche Kongresse leiden unter dem Druck einer sich verändernden Finanzierung. Haben sich in der Vergangenheit medizinische Kongresse beispielsweise vorrangig über die Vermietung kongressbegleitender Ausstellungsflächen finanziert, suchen heute die beteiligten Unternehmen nach anderen Möglichkeiten einer Beteiligung an den Veranstaltungen, so dass sich die wirtschaftliche Grundlage der Veranstaltungen verändert. Zunehmend werden daher die Erwartungen an die Städte und Veranstaltungszentren über Zugeständnisse bei den Mietkonditionen erhöht.

Die denkmalgeschützte Bausubstanz des Kurhauses ist jedoch ein Herausstellungsmerkmal gegenüber anderen Destinationen.

Im Juli 2014 wurde das Kurhaus durch ein Hochwasserereignis in Mitleidenschaft gezogen. Dabei wurde das untere Kellergeschoss vollständig und das obere Kellergeschoss bis zu 1,80 m überflutet. Die dadurch entstandenen Schäden in Höhe von 5 - 6 Mio. € sind durch eine Elementarversicherung abgedeckt.

Im Gegensatz zu den Vorjahren wurden zwei Großveranstaltungen, der Ball des Sports und der Ironman, nicht mehr über die Wiesbaden Marketing abgewickelt. Dies führte 2014 zu rückläufigen Umsatzerlösen im Geschäftsfeld Tourismus Marketing. Im Geschäftsfeld Tourist Service konnten durch Stadtführungen, Hotelzimmervermittlungen, Rahmenprogramme, Kartenvorverkauf und Souvenirgeschäft höhere Umsatzerlöse als 2013 generiert werden.

Der Eigenbetrieb Mattiaqua betreibt die städtischen Einrichtungen in den Bereichen Gesundheit / Wellness, Frei- und Hallenbäder und Freizeit sowie die Sicherstellung der Nutzung von Thermalquellen und der Versorgung des Stadtgebietes mit Thermalwasser. Die im letzten Jahr aufgestellte Prognose leicht steigender Umsätze aus Besuchen bei nahezu konstanten Kosten der Leistungserbringung hat sich leider nur zum Teil erfüllt. Konnten die Kosten der Leistungserbringung noch auf dem Niveau des Vorjahres gehalten werden, musste aufgrund des schlechten Sommers bei den Umsätzen aus Besuchen ein starker Rückgang verzeichnet werden. Die Besuchszahlen verschlechterten sich im Berichtsjahr 2014 von

Gesamtabschluss 2014

rd. 1,4 Millionen auf weniger als 1,3 Millionen. Die aufgrund eines technischen Defektes zeitweilig erforderliche Schließung der Henkell-Kunsteisbahn hat sich ebenfalls umsatzschwächend ausgewirkt. Da die Aufwendungen geringfügig über denen des Vorjahres lagen, erhöhte sich insgesamt der Betriebsverlust. Das Geschäftsjahr ist zudem begleitet von einer personellen Veränderung auf Ebene der Betriebsleiter. Bis zum 17. Dezember 2014 wurde der Eigenbetrieb gemeinsam von Karsten Schütze und Gunnar Feuerbach geleitet. Ab dem 18. Dezember wurde die alleinige Betriebsleitung durch Karsten Schütze übernommen.

Gesamtabschluss 2014

1.1.4 Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Unternehmen und Eigenbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden erfüllen den öffentlichen Zweck der Daseinsvorsorge. In den Darstellungen auf den folgenden Seiten werden der Unternehmenszweck der einzelnen Sparten beschrieben und die dazu gehörenden Gesellschaften aufgeführt.

Stadtentwicklung und Wohnungsbau

Stadtentwicklung

Vorbereitung und Durchführung von Maßnahmen der Stadtentwicklung auf der Grundlage städtebaulicher Entwicklungskonzepte sowie die Besorgung der städtebaulichen Planung.

Erwerb, Veräußerung, Verwaltung und Bewirtschaftung von Grundstücken sowie die Durchführung von Baumaßnahmen durch Dritte auf eigenen Grundstücken, die Betreuung von Bau- und Sanierungsvorhaben der Stadt und Übernahme entsprechender Projektmanagementaufgaben.

Des Weiteren die Entwicklung, Projektierung, Erstellung und das Facility-Management von Immobilien.

- SEG Stadtentwicklungsgesellschaft Wiesbaden mbH*
- WiBau GmbH*

Wohnungsbau

Sichere und sozial verantwortbare Wohnraumversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung sowie die Betreuung, die Bewirtschaftung, Errichtung und Verwaltung von Bauten aller Art in allen Rechts- und Nutzungsnormen.

Erwerb, Belastung und Veräußerung von sowie die Ausgabe von Erbbaurechten.

Entwicklung, Verwaltung und Verwertung des Immobilienbestands.

- GeWeGe Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Wiesbaden mbH*
- GWW Wiesbadener Wohnungsbaugesellschaft mbH*
- WIM Liegenschaftsfonds GmbH Co. KG
- WIM Immobilienmanagement GmbH *
- WVV Grundstücksverwaltung*

* Gesellschaften innerhalb des WVV-Teilkonzerns

Ver- und Entsorgung, Verkehr

Versorgung

Versorgung mit Energie (Wärme, Gas, Strom) und Wasser sowie Betrieb und Bau der dafür notwendigen Anlagen und Netze.

Erwerb, Verwaltung und Veräußerung von Beteiligungen an anderen Unternehmen, sowie die Erbringung von Dienstleistungen für verbundene Unternehmen.

- Abwasserverband Flörsheim
- Bürgersolaranlagen Wiesbaden GmbH
- ESWE BioEnergie*
- ESWE Taunuswind*
- ESWE Windpark GmbH*
- ESWE WP Uettingen GmbH & Co. KG*
- ESWE Versorgungs AG*
- Kraftwerke Mainz Wiesbaden AG (KMW)*
- SW Netz*
- THEE ESWE Windparkbeteiligungs GmbH & Co. KG*
- THEE ESWE Windparkbeteiligungs Verwaltungs GmbH*
- WLW Wasserversorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden
- WVW Wiesbaden Holding GmbH*
- WWE Wiesbadener Windpark Entwicklungsgesellschaft*

Entsorgung

Fachgerechte Beseitigung der im Stadtgebiet anfallenden Abfälle und Abwässer sowie die Gewährleistung der Straßenverkehrssicherungspflicht im Winter.

- DBW Recycling GmbH & Co. KG
- DBW Recycling Verwaltungs GmbH
- ELW Entsorgungsbetriebe
- MBA Wiesbaden GmbH

Verkehr

Beförderung von Personen und Gütern bzw. Erstellung von Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Beförderung von Personen und Gütern.

- ESWE Verkehr Fahrbetrieb GmbH (ehem. WiBus GmbH)*
- ESWE Verkehrsgesellschaft mbH*
- ESWE Verkehrsservice GmbH*
- Verkehrsverbund Mainz-Wiesbaden GmbH*

*Gesellschaften innerhalb des WVW-Teilkonzerns

Soziales

Altenpflege und Klinikum

Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens und der Altersfürsorge durch das Errichten bzw. Betreiben von Alten- und Pflegeheimen sowie eines Großklinikums.

Erbringung stationärer und ambulanter Krankenhausleistungen sowie bedarfs- und leistungsgerechte stationäre bzw. teilstationäre Pflege bzw. Betreuung alter oder pflegebedürftiger Menschen.

- AHW Altenhilfe Wiesbaden GmbH
- EGW Gesellschaft für ein gesundes Wiesbaden mbH (ehem. HSK Rhein-Main GmbH)
- Feierabendheim Simeonhaus GmbH
- HSK Dr. Horst Schmidt Kliniken GmbH
- HSK Pflege

Ausbildung und Beschäftigung

Existenzgründung durch Qualifizierung von Existenzgründungswilligen aus benachteiligten Gruppen des Arbeitsmarktes sowie Integration/Reintegration arbeitsloser und von Arbeitslosigkeit bedrohter Menschen durch Bereitstellung von Angeboten im Bereich Berufsvorbereitung, Ausbildung/Umschulung, Beschäftigung und Unterstützung beim Übergang in den Beruf.

- WJW Wiesbadener Jugendwerkstatt GmbH
- EXINA GmbH

Tourismus, Informationstechnik und Sonstiges

Tourismus, Kongresse, Veranstaltungen

Betrieb des Kurhauses, der Rhein-Main-Hallen, der städtischen Einrichtungen in den Bereichen „Gesundheit/Wellness“, „Frei- und Hallenbäder“ und „Freizeit“ sowie die Sicherstellung der Nutzung von Thermalquellen und der Versorgung im Stadtgebiet mit Thermalwasser.

Konzeption, Organisation und Durchführung von Veranstaltungen, insbesondere von Messen und Kongressen in Wiesbaden. Stärkung des Tourismus und der Wettbewerbsfähigkeit der LHW gegenüber anderen Städte und Regionen sowie als Messe- und Kongressstandort.

- Kurhaus Wiesbaden GmbH
- Mattiaqua Eigenbetrieb der Landeshauptstadt Wiesbaden für Quellen, Bäder und Freizeit
- Rhein-Main-Hallen GmbH
- TriWiCon Eigenbetrieb für Messe, Kongress und Tourismus
- Wiesbaden Marketing GmbH

Informationstechnik und Sonstiges

Erbringung von Leistungen der elektronischen Datenverarbeitung und Telekommunikationsdienstleistungen sowie hiermit zusammenhängende Leistungen.

Die Bereitstellung von Kapital an die Nassauische Sparkasse.

- WIVERTIS
- WiTCOM Wiesbadener Informations- und Telekommunikations mbH*
- ZVN Finanz GmbH

Gesamtabschluss 2014

Der Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks lässt sich anhand der folgenden Kennzahlen nachvollziehen. Weitergehende Informationen können dem Beteiligungsbericht für 2014 entnommen werden.

Kennzahlen	31.12.2014	31.12.2013
Ver- und Entsorgung, Verkehr		
Versorgung:		
Nutzbare Abgabe Vertrieb Strom (MWh)	1.180.983	1.329.228
Nutzbare Abgabe Vertrieb Gas (MWh)	2.550.167	3.507.708
Nutzbare Abgabe Wasser (Tm ³)	14.423	14.110
Durchschnittlicher Wasserverbrauch je Einwohner (m ³)	57,0	56,1
Nutzbare Abgabe Fernwärme (MWh)	227.060	269.520
Länge des Fernwärmenetzes (km)	73	70
Entsorgung:		
Abwasserbeseitigung (Tm ³)	29.269	29.459
Straßenreinigung (Berechnungsmeter)	738.875	739.162
Deponie- Anlieferung und Ablagerung (Tonnen)	447.096	352.551
Verkehr:		
Linienlänge (km)	653	653
Beförderungsfälle (Tsd.)	51.754	51.989
Platzkilometer im Linienverkehr (Mio. km)	922	901
Platzausnutzung im Linienverkehr (%)	28,2	29,1
Stadtentwicklung und Wohnungsbau		
Anzahl Wohnungen	12.990	13.007
Wohnfläche in m ²	830.477	831.537
Soziales, Altenpflege, Ausbildung und Beschäftigung		
Auslastung Altenhilfe (%)	95	97
Auszubildende inkl. Umschüler	407	494
Tourismus, Kongresse, Veranstaltungen und Sonstiges		
Anzahl Veranstaltungen Rhein-Main-Halle	41	66
Anzahl Besucher Rhein-Main-Halle	101.769	197.431
Anzahl Besucher Mattiaqua	1.268.000	1.397.000

Gesamtabschluss 2014

1.1.5 Vermögenslage⁶

	31.12.2014		31.12.2013		Veränderung	
	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%
Aktivseite						
Langfristig						
Immaterielle Vermögensgegenstände	35		37		-2	-5%
Sachanlagevermögen	3.113		2.969		144	5%
	3.148	73	3.006	71	142	5%
Finanzanlagen, Sparkasse	624	14	626	15	-2	0%
Forderungen	38	1	39	1	-1	-3%
	3.810	88	3.671	87	139	4%
Kurzfristig						
Vorräte	91	2	66	1	25	38%
Forderungen	148	4	206	5	-58	-28%
Flüssige Mittel	264	6	286	7	-22	-8%
	503	12	558	13	-55	-10%
	4.313	100	4.229	100	84	2%
	=====	=====	=====	=====	=====	
Passivseite						
Langfristig						
Eigenkapital	1.833	42	1.828	43	5	0%
Langfr. Rückstellungen	574	13	555	13	19	3%
Verbindlichkeiten	1.402	33	1.340	32	62	5%
	3.809	88	3.723	88	86	2%
Kurzfristig						
Verbindlichkeiten und Kurzfr. Rückstellungen	504	12	506	12	-2	0%
	504	12	506	12	-2	0%
	4.313	100	4.229	100	84	2%
	=====	=====	=====	=====	=====	

Die Bilanzsumme ist mit 4.313 Mio. € gegenüber dem Vorjahr (4.229 Mio. €) um 2 % gestiegen.

⁶ Hinweis: Bei der Verwendung von gerundeten Beträgen und Prozentangaben können gelegentlich geringfügige Differenzen auftreten.

Gesamtabschluss 2014

Das städtische Vermögen ist mit einem Anteil von 88 % (Vj. 87 %) durch Investitionen in langfristige Sach- und Finanzanlagen geprägt. Die Sachanlagen haben sich im Vergleich zu 2013 um 144,1 Mio. € erhöht. Netto, das heißt unter Berücksichtigung der Abgänge, wurden im Berichtsjahr 260,3 Mio. € (Vj. 143,8 Mio. €) in Sachanlagen investiert. Dies entspricht einer Investitionsquote von 5 % und einer Reinvestitionsquote von 224 %.⁷

Die Passiva zeigen die Finanzierung des städtischen Vermögens. Die Finanzierung erfolgte mit einem Anteil von 88 % (Vj. 87 %) langfristig.

Die Eigenkapitalquote unter Einschluss der Sonderposten beträgt 42 % (Vj. 43 %).

Die Unternehmen tragen einen Anteil von 74 % (Vj. 76 %) an den Kreditverbindlichkeiten des Verbundes.

Die Pro-Kopf-Verschuldung - bezogen auf die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen - betrug zum Stichtag 5.342 € und stieg damit im Berichtsjahr geringfügig an.⁸

⁷ Diese Kennzahlen werden in Anlage 7 erläutert.

⁸ Diese Kennzahl wird in Anlage 7 erläutert.

Gesamtabschluss 2014

1.1.6 Vermögensvergleich Einzel- mit Gesamtabchluss

Die folgende Gegenüberstellung zeigt einen vermögensorientierten Vergleich zwischen dem Einzelabschluss der LHW (Kernverwaltung) und der Gesamtvermögensrechnung (Bilanz) unter Einbeziehung der konsolidierten Unternehmen.

in Mio. €	Einzelabschluss Kernverwaltung	Gesamtabschluss
Aktiva	2.613	4.313
Anlagevermögen	2.336	3.772
Umlaufvermögen	249	512
Rechnungsabgrenzungsposten	28	29
Passiva	2.613	4.313
Eigenkapital	1.335	1.511
Sonderposten	280	322
Rückstellungen	496	698
Verbindlichkeiten	466	1.738
Rechnungsabgrenzungsposten	36	44

Die Bilanzsumme des Einzelabschlusses erhöht sich durch die Einbeziehung der Gesellschaften von rd. 2,6 Mrd. € auf rd. 4,3 Mrd. €. Das bedeutet, dass nach Berücksichtigung aller Konsolidierungsmaßnahmen ca. 38 % (Vj. 40 %) des Vermögens des Verbundes in den städtischen Unternehmen verwaltet wird. Neben dem Vermögen sind aber auch Schulden i. H. v. rd. 1,3 Mrd. € ausgegliedert worden. Während sich im Einzelabschluss der Stadt aufgrund einer Gesamtverschuldung von rd. 1,0 Mrd. € eine Eigenkapitalquote von 62 % ergibt, beträgt die Gesamtverschuldung des Verbundes rd. 2,5 Mrd. € mit einer Eigenkapitalquote von 42 %.

Gesamtabschluss 2014

1.1.7 Ergebnissituation

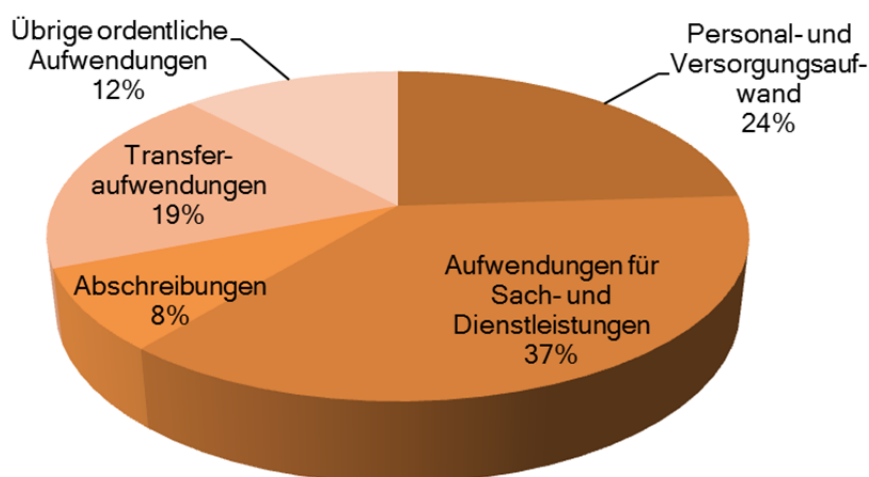
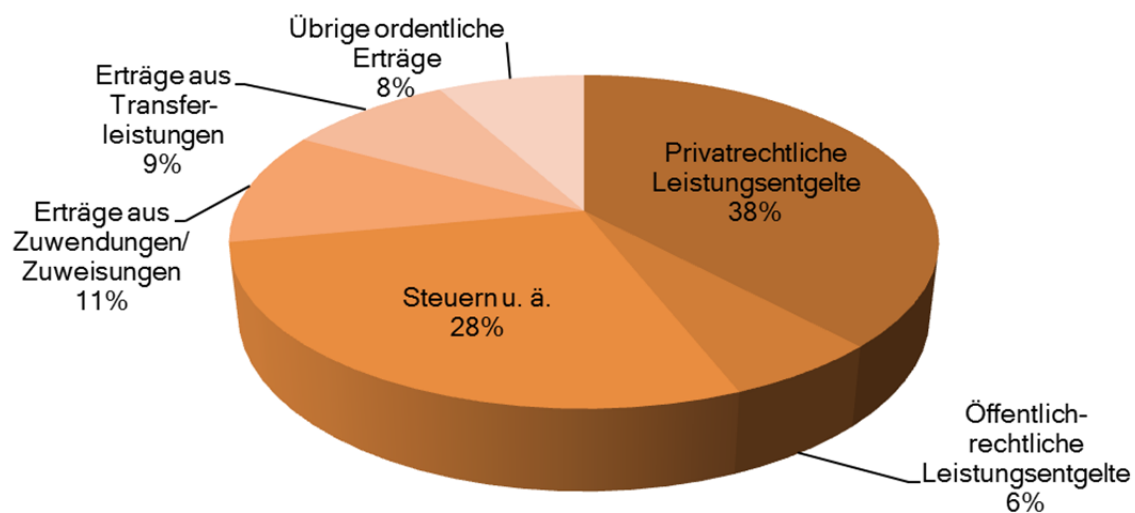
	2014	2013	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Privatrechtliche Leistungsentgelte	692	738	-46
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	116	113	3
Steuern u. ä.	496	553	-57
Erträge aus Zuwendungen/ Zuweisungen	195	202	-7
Erträge aus Transferleistungen	168	167	1
Übrige ordentliche Erträge	141	106	35
Ordentliche Erträge	1.808	1.879	-71
Personal- und Versorgungsaufwand	435	426	9
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	659	673	-14
Abschreibungen	150	137	13
Transferaufwendungen	336	343	-7
Übrige ordentliche Aufwendungen	213	202	11
Ordentliche Aufwendungen	1.793	1.781	12
Verwaltungsergebnis	15	98	-83
Finanzergebnis	-27	-10	-17
Außerordentliches Ergebnis	2	2	0
Jahresfehlbetrag/-überschuss	-10	90	-100

Gesamtabschluss 2014

Im Berichtsjahr entstand ein Jahresfehlbetrag von 10 Mio. €. Das Verwaltungsergebnis beläuft sich auf 15 Mio. €

Die ordentlichen Erträge sind geprägt durch die privatrechtlichen Leistungsentgelte (38 %), und den Steuern (28 %). Bei den ordentlichen Aufwendungen sind die größten Positionen die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und für Personal und Versorgung. Die entsprechenden Quoten betragen 37 % bzw. 24 %. Der Aufwandsdeckungsgrad beträgt 101 % (Vj. 105 %).⁹

Das Finanzergebnis ist mit - 27 Mio. € negativ, da die Zinsaufwendungen die Beteiligungserträge übersteigen. Die Zinslastquote beläuft sich auf 3,8 %.¹⁰



⁹ Diese Kennzahl wird in Anlage 7 erläutert.

¹⁰ Diese Kennzahl wird in Anlage 7 erläutert.

Gesamtabschluss 2014

1.1.8 Ergebnisvergleich Einzel- mit Gesamtabchluss

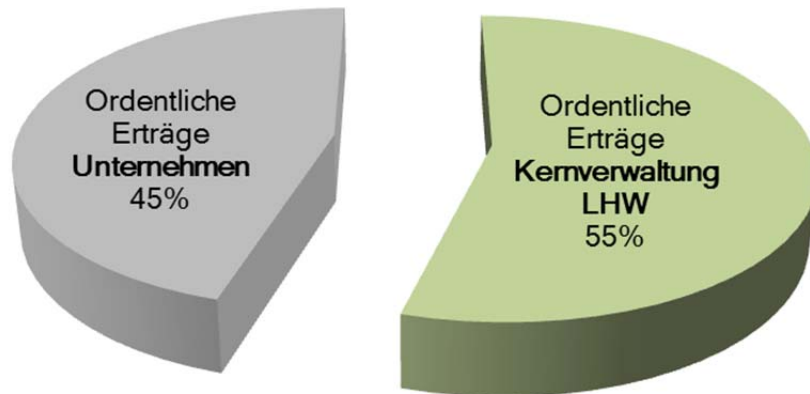
Die folgende Gegenüberstellung zeigt einen ergebnisorientierten Vergleich zwischen dem Einzelabschluss der Kernverwaltung der LHW und der Gesamtergebnisrechnung unter Einbeziehung der konsolidierten Unternehmen.

in Mio. €	Einzelabschluss Kernverwaltung	Gesamtabschluss
Ordentliche Erträge	1.004	1.808
Ordentliche Aufwendungen	1.034	1.793
Verwaltungsergebnis	-30	15
Finanzergebnis	16	-27
Ordentliches Ergebnis	-14	-12
Außerordentliches Ergebnis	-2	2
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	-16	-10
Anderen Gesellschaften zustehendes Ergebnis	0	-22
Ergebnisvortrag aus Vorjahren	28	157
Entnahme/Zuführung zu den Rücklagen	-28	-28
Gesamtbilanzgewinn	-16	97

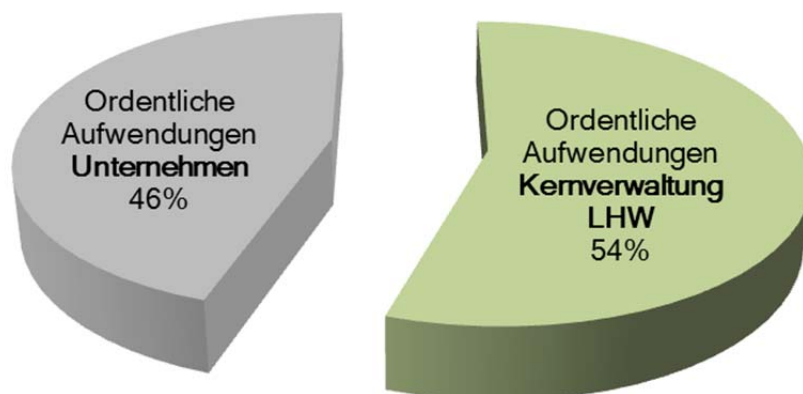
Sowohl die ordentlichen Erträge als auch die ordentlichen Aufwendungen des Einzelabschlusses erhöhen sich durch die Einbeziehung der Aufgabenträger jeweils von gerundet 1,0 Mrd. € auf rd. 1,8 Mrd. €. Das bedeutet, dass sich nach Berücksichtigung aller Konsolidierungsmaßnahmen das Volumen der Geschäftstätigkeit des Verbundes durch die Einbeziehung fast verdoppelt. Der Jahresfehlbetrag verringert sich von 16,4 Mio. € (Vj. +27,6 Mio. €) auf 10,4 Mio. € (Vj. +90,4 Mio. €). Der Bilanzgewinn entwickelt sich aus den Dritten (i. W. Thüga) zustehenden Anteilen am Jahresüberschuss, den Ergebnissen des Vorjahres und der Zuführung zu den Rücklagen der Muttergesellschaft.

Gesamtabschluss 2014

Der Beitrag der Unternehmen zu den konsolidierten ordentlichen Erträgen im Verbund ermittelt sich mit 45 %.



Zu den konsolidierten ordentlichen Aufwendungen trugen die Unternehmen mit 46 % bei.



Gesamtabschluss 2014

1.1.9 Finanzlage

in Mio. €	31.12.2014	31.12.2013
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	133	167
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-208	-148
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	53	23

Im Berichtsjahr wurde ein positiver Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit in Höhe von 133 Mio. € erzielt. Dieser wurde in Höhe von 208 Mio. € zur Finanzierung von Investitionen des Berichtsjahres verwendet. Durch die Aufnahme zusätzlicher Finanzkredite flossen dem Verbund 53 Mio. € zu, so dass sich der Finanzmittelfonds zum 31.12. des Berichtsjahres um rd. 22 Mio. € verringert hat (Vj. + 41 Mio. €).

Gesamtabschluss 2014

1.2 Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Haushaltsjahres 2014

Im Februar 2015 hat die Landeshauptstadt Wiesbaden den Rücktritt vom Kaufvertrag mit der OFB Projektentwicklungsgesellschaft über die Grundstücke des Parkhauses Rhein-Main-Halle an der Wilhelmstraße erklärt, auf denen im vorderen Bereich das Stadtmuseum entstehen sollte. Mit der OFB wurde hierzu ein Vergleich geschlossen. Auf dem Grundstück soll unter Einbindung der Bevölkerung die Planung für die künftige Bebauung vorangetrieben werden. Diese könnte in der Errichtung eines Hotels bestehen. Auf dem hinteren Teil soll ein Wohnquartier entstehen.

Der seitens der TriWiCon geplante Neubau der Rhein-Main-Hallen wird mit wesentlichen finanziellen Auswirkungen für den Haushalt der Landeshauptstadt Wiesbaden verbunden sein. Die geplanten Baukosten sollen knapp 200 Mio. € betragen. Die daraus resultierende Haushaltsbelastung der Stadt für den erforderlichen Verlustausgleich liegt voraussichtlich in der Größenordnung von 7 Mio. € p. a.. Mit dem Abbruch der alten Halle wurde im August 2014 begonnen. Anfang 2018 soll der Neubau der Rhein-Main-Hallen abgeschlossen sein.

Der verstärkten Zuwanderung von Flüchtlingen bzw. Asylsuchenden durch Zuweisungen durch das Land wurde zunächst durch die Bereitstellung von Notunterkünften in Turnhallen Rechnung getragen. Mittlerweile ist die Unterbringung, Betreuung und medizinische Versorgung in festen Einrichtungen und Dauerunterkünften gewährleistet. Die Mehrausgaben werden im Wesentlichen durch Landesmittel abgedeckt. Des Weiteren sind zwei Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes in der Landeshauptstadt eingerichtet.

Aufgrund der vom TÜV in 2014 festgestellten Mängel an der Henkell Kunsteisbahn ist vorgesehen, die marode Eissportanlage nicht aufwändig zu sanieren sondern an einer anderen Stelle im Stadtgebiet einen Ersatzneubau zu errichten, der teilweise durch einen Verkauf der bisher genutzten Grundstücke finanziert werden soll. Der laufende Betrieb wurde durch eine Eisbahn mit mobiler Kühlfläche an der alten Stelle sichergestellt.

Geleistete unbezahlte Mehrarbeitsstunden bei der Berufsfeuerwehr im Zeitraum vom 01.01.2001 bis 31.12.2009 wurden Mitte 2015 nach erteilter aufsichtsrechtlicher Genehmigung mit 1,8 Mio. € abgegolten.

Im April 2015 wurde die ESWE Verkehr Fahrbetrieb GmbH zusammen mit der ESWE Verkehr Service auf die ESWE Verkehrsgesellschaft verschmolzen. Zudem wurde Herr Prof. Dr.-Ing. Hermann Zemlin mit Beschluss des Aufsichtsrates zum zweiten Geschäftsführer der Gesellschaft berufen. Das Arbeitsgerichtsverfahren mit den fristlos gekündigten ehemaligen Geschäftsführern führte zu keinem Erfolg für die Landeshauptstadt Wiesbaden.

Im Geschäftsjahr 2015 hat die Beteiligungsgesellschaft WVV Wiesbaden Holding GmbH (bis 15. März 2015: WVV Grundstücksverwaltungs GmbH) ihren Anteil an der Kom9 GmbH & Co. KG (Kom9) im Rahmen des Erwerbs weiterer Anteile um 12,7 Mio. € erhöht.

Gesamtabschluss 2014

Im Zuge des Erwerbs von Geschäftsanteilen an der HSK Kliniken GmbH durch HELIOS Kliniken GmbH wurde der Namen von „HSK Dr. Horst Schmidt Kliniken GmbH“ in „HELIOS Dr. Horst Schmidt Kliniken Wiesbaden GmbH“ geändert. Für den geplanten Klinik-Neubau neben der heutigen Klink erfolgte der Spatenstich im Juni 2016.

Zur nachhaltigen Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit hat die Stadtverordnetenversammlung in der Sitzung am 01. Oktober 2015 beschlossen, eine tragfähige Perspektive für die Altenpflege in städtischer Trägerschaft unter dem Dach der Altenhilfe Wiesbaden GmbH zu entwickeln. Die Planungen für das Neubauvorhaben der HSK Pflege GmbH am Standort der HSK Kliniken gemäß der beschlossenen Konzeption (StVV-Beschluss vom 20.12.2012) wurden mittlerweile eingestellt (s. auch Abschnitt 1.4).

Mit Wirkung zum 1. Januar 2016 wurde Herr Thomas Baum zum neuen Betriebsleiter des Bäderbetriebs Mattiaqua bestellt.

Am 1. Januar 2016 wurde die erste Stufe einer neuen Straßenreinigungssatzung in Kraft gesetzt.

Ebenfalls zum 1. Januar wurden Gewerbe-, Grund- und Hundesteuer erhöht und außerdem eine Zweitwohnungssteuer erhoben. Zudem hat das Land die Fehlbelegungsabgabe wieder eingeführt.

Im Frühjahr 2016 fand der Erörterungstermin des Regierungspräsidiums wegen der Einwendungen gegen die als Beitrag zum Klimaschutz von der ESWE-Tochter Taunuswind geplanten Windräder auf dem Taunuskamm statt.

Im März 2016 haben die Abrissarbeiten am alten Gericht in der Moritzstraße begonnen, wo die Hochschule Fresenius den Neubau für die Fachbereiche Design, Wirtschaft und Medien errichten wird.

Im Mai 2016 hat die Stadtverordnetenversammlung den Kauf der City-Passage I + II durch die WVV zu einem Preis von 25 Mio. € plus Nebenkosten beschlossen, um diesen zentralen Innenstadtbereich mit einem Partner zu entwickeln.

Gesamtabschluss 2014

1.3 Chancen und Risiken

Die **Landeshauptstadt Wiesbaden** zählt zu den Wanderungsgewinnern bis 2030¹¹. Da die Bevölkerungszahl zu den Verteilungsfaktoren des kommunalen Finanzausgleichs zählt, garantiert dies weiterhin die stetige Teilhabe an den Mitteln zur Kommunalfinanzierung. Während andere Kommunen vor der Frage des Rückbaus von Wohngebäuden und Infrastruktur stehen, zeigt die Prognose für die Landeshauptstadt die Chance auf, eine stetige wirtschaftlich positive Entwicklung als leistungsstarke Kommune zu nehmen. Durch die Anziehungskraft des Rhein-Main-Gebietes als Ballungsraum und der hohen Attraktivität Wiesbadens als Wohn- und Arbeitsort besteht allerdings auch ein hoher Bedarf an Wohnraum und die Herausforderung für die LHW und ihre Wohnungsbaugesellschaften, Wohnen in Wiesbaden auch in Zukunft für breite Bevölkerungsschichten attraktiv und bezahlbar zu machen. Mit den Planungsverfahren zu neuen Wohngebieten wurden städtebauliche, funktionale und wirtschaftlich überzeugende Konzepte gesucht, die durch die Neuschaffung von zeitgemäßen Wohnformen und attraktiven Freiräumen eine langfristige Bindung der Bewohner und Nutzer an ihr Umfeld unterstützen.

Durch den Abriss und Neubau der Rhein-Main-Hallen erhält die Landeshauptstadt Wiesbaden wieder einen konkurrenzfähigen Messebau an der alten Stelle. Einerseits bieten sich bei guter Auslastung Chancen für die Entwicklung der Gewerbesteuer durch die Umsätze, welche die Messebesucher in Wiesbaden tätigen. Andererseits kann eine positive Geschäfts- zu einer ebenfalls guten Ergebnisentwicklung und damit zu geringeren Betriebskostenzuschüssen führen.

Die Ertragslage der LHW ist abhängig von der Gewerbesteuer. Nachdem sie im Jahr 2013 von einer deutlichen Zunahme gegenüber den Vorjahren profitiert hat, wurde das Jahr 2014 von einem deutlichen Rückgang geprägt. Diese Steuerart sowie der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer werden stark von der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und dem Konjunkturverlauf bzw. dem Erfolg einzelner großer Unternehmen bestimmt.

Finanzielle Risiken können durch die Verlagerung von Aufgaben von Bund und Ländern an die Kommunen erwachsen, aber auch durch Leistungsgesetze, deren Finanzierung zu großen Teilen den Kommunen obliegt. Als Beispiel ist der Ausbau der Kinderbetreuung zu nennen, der ab der Endausbaustufe 2017 zusätzliche Ergebnisbelastungen in Höhe von geschätzten 18,5 Mio. € pro Jahr bedeutet, die durch Steuern, Gebühren oder Einsparungen an anderer Stelle zu erwirtschaften sind.

Zusätzliche Risiken erwachsen auch aus den Jahressteuergesetzen, die regelmäßig Auswirkungen auf die Gewerbesteuer und den Gemeindeanteil aus der Einkommenssteuer haben.

Darüber hinaus ergeben sich Risiken durch die höchstrichterliche Rechtsprechung zur Umsatzsteuer (EuGH und BFH), welche die Umsatzsteuerpflicht der öffentlichen Hand erheblich ausweitet. Die Auswirkungen auf die Landeshauptstadt Wiesbaden sind derzeit noch nicht absehbar.

¹¹ Wiesbadener Stadtanalysen Nr. 47, Wiesbaden, 2012

Gesamtabschluss 2014

Die Zahl der betreuten Flüchtlinge und Asylbewerber stieg im Jahr 2014 deutlich an. Hierdurch entstehen Risiken für den Haushalt in den Bereichen Zuwanderung, Integration und Grundsicherung durch steigende Kosten für das Personal und die Leistungen an Hilfeempfänger. Das Risiko besteht vor allem in einer nur teilweisen Erstattung der Kosten durch den Bund und das Land.

Die Landeshauptstadt Wiesbaden wirkt diesen Risiken über ihre aktive Mitgliedschaft in kommunalen Spitzenverbänden, die Teilnahme an Anhörungen zu Gesetzesvorhaben und durch direkten Kontakt zu staatlichen Stellen entgegen.

Im Rahmen des Beteiligungscontrollings wird die unternehmerische Planung der Aufgabenträger durch das Beteiligungsmanagement überwacht. Das Beteiligungsmanagement stellt sicher, dass die vorgegebenen Kontrollmechanismen beachtet werden. Es koordiniert den Informationsaustausch mit den Unternehmen und ggf. den Fachdezernaten. Das Beteiligungscontrolling dient insbesondere dazu, Budgetabweichungen frühzeitig festzustellen und an den Magistrat sowie an die Gremien zu berichten. Im Bedarfsfall werden gleichzeitig Gegensteuerungsmaßnahmen bei den Geschäftsführungen und Betriebsleitungen eingefordert. Steuerungsrelevante Informationen über Einzelgesellschaften und Unternehmensbereiche werden von dem Beteiligungsmanagement als Teil des Finanzdezernats generiert. Ziel der Systematisierung ist es, zeitnah zuverlässige Aussagen über die wirtschaftliche Entwicklung und die Risiken der einzelnen Gesellschaften, der Unternehmensbereiche sowie letztendlich des städtischen Beteiligungsportfolios treffen zu können.

Das Beteiligungsmanagement prüft ferner die Jahresabschlüsse der Beteiligungsgesellschaften mit Blick auf den Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 HGrG (nach IDW PS 720). Zu beachten ist dort vor allem der Fragenkreis 4 „Risikofrüherkennungssystem“. Die Geschäftsführungen der städtischen Gesellschaften haben in ihren Gesellschaften Maßnahmen ergriffen und Frühwarnsignale definiert, mit denen bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können.

Das Prüfungsfeld wurde um das EU-Beihilfenrecht erweitert. Die IDW Richtlinien beinhalten auch das neu in Kraft getretene Legislativpaket der EU-Kommission (Almunia-Paket). Das Paket verschärft die Definition der Daseinsvorsorge und beeinflusst den neuen Prüfungsstandard des Abschlussprüfers. Dieser beinhaltet nun die Überprüfung beihilfenrechtlicher Sachverhalte nach Artikel 107 AEUV, insbesondere zugunsten öffentlicher Unternehmen (IDW EPS 700). Das Beteiligungsmanagement hat sich dem Sachverhalt angenommen und im Rahmen eines Beihilfenchecks eine Verifizierung des Beihilfetatbestandes im Sinne des EU-Rechtes in Zusammenarbeit mit einer Rechtsanwalts- und Steuerberatungsgesellschaft durchgeführt. Seit dem 1. Quartal 2015 werden die verifizierten Tatbestände mit der Rechtsanwalts- und Steuerberatungsgesellschaft schrittweise einer beihilferechtlichen Lösung zugeführt.

Der Finanzmittelbestand des Verbundes am Ende des Jahres betrug 264 Mio. €. Mehrere Jahre mit sinkenden Erträgen bzw. Gewerbesteuerereinnahmen verbunden mit gleichbleibenden oder steigenden Ausgaben würden zu einem Liquiditätsrisiko führen, wenn die hinreichende Aufnahme von Liquiditätskrediten, etwa durch eine verhaltene Vergabebereitschaft der kommunalfinanzierenden Banken, erschwert wäre. Solche Tendenzen sind für die Lan-

Gesamtabschluss 2014

deshauptstadt Wiesbaden nicht erkennbar. Das derzeit bestehende niedrige Zinsniveau bewirkt eine deutliche Haushaltsentlastung.

Aufgrund der Aufgaben und der Leistungsstruktur der Landeshauptstadt Wiesbaden existiert eine Reihe von allgemeinen Organisationsrisiken. Als solche sind beispielsweise zu nennen: Korruption, Veruntreuung, Entscheidung zugunsten unwirtschaftlicher Handlungsalternativen, Vermögens- oder Personenschäden aufgrund fahrlässiger Handlungen, Vermögensschäden aufgrund mangelhafter Vertragsgestaltung, Vermögensschäden aufgrund mangelhafter Leistungserbringung Dritter. Zur Reduzierung dieser Risiken hat die Landeshauptstadt Wiesbaden geeignete Maßnahmen ergriffen und durch interne Vorschriften geregelt.

Der Eigenbetrieb **Wasserversorgung** ist operativen Risiken ausgesetzt, wie dem möglichen Ausfall von Versorgungsleitungen und sonstigen Anlagen, die zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit erforderlich sind. Eine sachgerechte Instandhaltung und Wartung reduziert diese Risiken. Das Hauptrisiko bei den Wasserversorgungsbetrieben besteht darin, dass steigende Wasserbezugspreise durch die derzeit gültigen Wassergebühren nicht mehr gedeckt sind und dass aufgrund politischer Vorgaben die Kostensteigerungen nicht an die Gebührenpflichtigen weitergegeben werden könnten. Dieses Risiko wird jedoch als nicht wesentlich eingestuft.

Im **Energiebereich** stellt die Energiewende nach wie vor eine der größten Herausforderungen der letzten Jahrzehnte dar. Die am 1. August 2014 in Kraft getretene Reform des EEG soll eine zentrale Maßnahme für die erfolgreiche Umsetzung der Energiewende darstellen und bisher erkannte Fehlsteuerungen hinsichtlich der überbordenden Subventionierung eindämmen.

Hinsichtlich der Vertriebsaktivitäten ist festzustellen, dass sich der Wettbewerb im Privat- und Geschäftskundenbereich weiterhin verschärft. Aus dieser Entwicklung ergeben sich für den Versorgungsbereich sowohl Chancen durch die Erweiterung des Vertriebsgebiets als auch Risiken durch Kundenverluste. Hier werden nach wie vor, trotz zunehmenden Wettbewerbs, gute Chancen gesehen, nachhaltig auch in den Gebieten außerhalb von Wiesbaden zu wachsen, wobei hier nur sehr geringe Gewinnmargen realisiert werden können.

Neben den aktuellen Planungen für einen Windpark vor Ort auf dem „Taunuskamm“, für den Ende April 2015 die Genehmigung nach Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) beantragt wurde, wird der Ausbau des Fernwärmenetzes forciert.

Ein Risiko besteht in der künftigen Stromerzeugung bei der KMW. Die gesunkenen Strompreise aufgrund des Ausbaus der Erneuerbaren Energien machen einen wirtschaftlichen Betrieb der Kraftwerke unter den derzeitigen Rahmenbedingungen weiterhin schwierig. Dies hat erhebliche Auswirkungen auf das zukünftige Ergebnis der KMW.

Für die **ESWE Verkehr** war die vorrangige Entscheidung zu treffen, innerhalb welcher Konstellation der beteiligten Gesellschaften die erforderlichen rechtlichen Schritte für ein erfolgreiches Konzessionsverfahren 2017 vorbereitet werden sollen. Die Voraussetzungen für die Verschmelzung der ESWE Verkehr mit der ESWE Verkehr Fahrbetrieb GmbH und der ESWE Verkehr Service GmbH wurden geschaffen. Am 28. April 2015 hat der Magistrat der Stadt bereits seine Zustimmung erteilt. Mit Gesellschafterbeschluss vom 14. April 2015 wur-

Gesamtabschluss 2014

de die ESWE Verkehr Fahrbetrieb GmbH rückwirkend zum 1. Januar 2015 auf die ESWE Verkehr verschmolzen. Mit Gesellschafterbeschluss vom 20. April 2015 wurde die ESWE Verkehr Service GmbH rückwirkend zum 1. Januar 2015 auf die ESWE Verkehr verschmolzen. Die Eintragungen in das Handelsregister erfolgten am 28. Mai 2015 bzw. am 1. Juni 2015. Aus Sicht der Geschäftsführung stellt das bevorstehende Konzessionsverfahren die wesentliche Entscheidung für die Zukunft der Gesellschaft dar, welche auf einen guten Weg gebracht ist.

Darüber hinaus sind im operativen Geschäft die anspruchsvollen Rahmenbedingungen einer kontinuierlichen Personalbeschaffung für die Fahrdienstbereiche zu bearbeiten. Für das Jahr 2015 und die folgenden Perioden sieht die Geschäftsführung in diesen Themen eine in der Verkehrsbranche verbreitete und anspruchsvolle Aufgabenstellung. Die derzeitige Arbeitsmarktsituation unter Berücksichtigung der aktuell gültigen und anzuwendenden Tarifverträge stellt die Gesellschaft vor schwierige Rahmenbedingungen. Die Geschäftsführung steht in Gesprächen mit den Arbeitnehmervertretungen, um die Attraktivität der Fahrdiensttätigkeit im Rahmen der angestrebten wirtschaftlichen Zielsetzungen zu verbessern und somit vorrangig die Entwicklung der Krankenstände positiv zu beeinflussen. Für das Jahr 2015 wird die umfassende Einführung eines betrieblichen Gesundheitsmanagements angestrebt.

Für das Geschäft der **Wohnungswirtschaft** sind weiterhin keine wesentlichen Risiken erkennbar. Chancen ergeben sich hier durch die Anhebung der für die Gesellschaften relevanten Quadratmetermietpreise auf Basis des Mietspiegels der Stadt Wiesbaden sowie die Reduzierung von Leerständen durch die Sanierung und Aufwertung der Wohnungsbestände sowie Neubau und Nachverdichtung auf eigenen vorhandenen Grundstücken.

Mit den von der WVV Grundstücksverwaltung gehaltenen Anteilen an der Kom9 GmbH & Co. KG ist die Erwartung verknüpft, dass auch künftig eine nachhaltige Rendite erzielt werden kann, die die Finanzierungsaufwendungen übersteigt. Die Kom9 KG hält eine Beteiligung an der Thüga Holding GmbH & Co. KGaA, München.

Im Bereich der städtebaulichen Projektentwicklung bestehen aufgabentypische Risiken, die sich u. a. aus den langen Projektlaufzeiten, den schwer abzuschätzenden Kosten und der Notwendigkeit, zahlreiche unterschiedliche Beteiligte einbinden zu müssen, ergeben. Weiterhin ergeben sich im Hinblick auf zukünftig anstehende Erschließungsmaßnahmen Kostenrisiken, die zum Zeitpunkt der Grundstücksankäufe nicht vollumfänglich ausgeschaltet werden können.

Mit dem Erwerb des Immobilienkomplexes Mauritiusgalerie in unmittelbarer Nachbarschaft des Walhalla-Theaters im Jahr 2010 durch die WVV Wiesbaden Holding GmbH wurden die strategischen Möglichkeiten zur Entwicklung dieser zentralen Lage in Wiesbaden erweitert. Die Umbauarbeiten sehen eine Neugestaltung des gesamten Immobilienkomplexes vor, zu dem neben dem Gewerbebereich auch ein Hotel und ein Parkhaus gehören. Das erste Teilprojekt (Stadtbibliothek, Musikbibliothek und Medienzentrum) wurde im März 2014 erfolgreich abgeschlossen. Die in 2014 noch leer stehenden Gewerbebereiche sind inzwischen erfolgreich an die Stadtpolizei und einen Systemgastronom vermarktet. Die Sanierung von Parkhaus und Wohnungen sind die nächsten Schritte. Ziel ist es - wie auch für die übrigen Immobilienobjekte der WVV Holding - eine nachhaltige Ertragssicherheit zu gewährleisten.

Gesamtabschluss 2014

Unverändert ergeben sich für die WVV Holding Chancen aus der Bündelung der immobilienwirtschaftlichen Aktivitäten. Die Zusammenarbeit der in Wiesbaden ansässigen Wohnungsbau- und Stadtentwicklungsgesellschaften GWW, GeWeGe, SEG und WiBau unter dem Dach der WIM GmbH wird beständig weiterentwickelt, wohnungswirtschaftliche Kompetenzen werden gebündelt und der bisher verfolgte Weg der Zusammenfassung immobilienwirtschaftlicher Dienstleistungen in Wiesbaden wird weiterhin zur Ertragssicherung beitragen.

Durch den Erwerb der City-Passage im Sommer 2016 durch die WVV werden städtebauliche Chancen zur Stadtentwicklung in einem sensiblen Bereich im Herzen der Stadt wahrgenommen. Dem steht ein grundlegendes Risiko gegenüber, das u. a. durch den zeitlichen Druck für die Kaufentscheidung entstanden ist. Bei der Erarbeitung planerischer und wirtschaftlicher Handlungsalternativen und der Suche eines Partners, der das Neubauvorhaben unter Beachtung städtischer Interessen realisiert bzw. finanziert, kann sich herausstellen, dass weitere Kosten (z. B. für Planung, Vermarktung) entstehen, die bei der Investitionsentscheidung nicht berücksichtigt wurden.

Für den **Entsorgungsbereich** wurde im Risikobericht des Gesamtabschlusses 2013 ausgeführt, dass für 2014 der Ausblick günstiger ausfalle, als der Rückblick auf 2013. Diese Einschätzung hat sich bestätigt.

In den Jahren 2007 bis 2013 betrug die jährliche Anliefermenge auf der Deponie Dyckerhoffbruch durchschnittlich ca. 360.000 Mg (t). In 2014 erfolgte - insbesondere im IV. Quartal - ein Anstieg auf insgesamt 470.000 Mg (ca. 30 % Zuwachs zum langjährigen Mittelwert). Dieser Anstieg hat sich im ersten Quartal 2015 fortgesetzt. Aufgrund dieses erheblichen Mengenanstieges mussten die Entsorgungsentgelte für die Deponie im Januar und Februar 2015 z. T. drastisch erhöht werden, um den geordneten Deponiebetrieb aufrecht zu erhalten. Nach dem I. Quartal 2015 beträgt die für das Jahr 2015 hochgerechnete Ablagerungsmenge trotzdem noch 500.000 bis 600.000 Mg. Deshalb wurden die Dichtungsbaumaßnahmen beschleunigt. Im Jahr 2015 erfolgte die Herstellung des letzten Bauabschnitts der Basisabdichtung des Deponieabschnittes III (und damit verbunden des letzten Abschnitts der Zwischenabdichtung zum Deponieabschnitt II - die sog. Nordhangabdichtung). Ausgelöst wurde die deutliche Mengensteigerung durch vielfältige überregionale Schließungen von Deponien der Klassen DK I (mäßig belastete, nicht gefährliche Abfälle) und DK II (belastete, jedoch nicht gefährliche Abfälle). Im Rhein-Main-Gebiet ist faktisch neben der ELW Deponie (DK II) nur noch die Deponie in Büttelborn (DK II) in der Ablagerungsphase. Die oben beschriebene Mengenentwicklung erscheint nachhaltig und der Entsorgungsdruck auf die Deponie der Entsorgungsbetriebe wird zunehmen. Die Entsorgungsentgelte für 2016 ff. werden weiter angehoben, so dass dann eine Zielmenge von ca. 350.000 Mg/a nicht überschritten werden soll.

Der Deponieabschnitt III/3 hat eine Restlaufzeit bis ca. 2020. Dann werden die derzeit genehmigten Verfüllabschnitte III/1 bis III/3 vollständig verfüllt sein. Das seit 2014 beim Regierungspräsidium Darmstadt anhängige Planfeststellungsverfahren mit dem Ziel der Plangenehmigung der Erweiterung um den Deponieabschnitt III/4 wird aktuell mit Nachdruck vorangetrieben; der förmliche Genehmigungsantrag mit Umweltverträglichkeitsprüfung und Beteiligung der Öffentlichkeit soll Mitte 2016 gestellt werden, die Plangenehmigung soll ca. Ende 2017 vorliegen. Nach Ausführung des ersten Bauabschnittes kann die Ablagerung im neuen Deponieabschnitt III/4 voraussichtlich ab Ende 2019, spätestens ab Ende 2020, beginnen.

Gesamtabschluss 2014

Gegenstand des Plangenehmigungsverfahrens ist eine Jahresmenge von 100.000 Mg, was zu einer Laufzeitverlängerung des Deponieabschnittes III von 30 bis 40 Jahren führen wird.

Das Risiko erheblicher (kostenfreier) Mengenanlieferungen von Asbest von der RMA gem. Kooperationsvertrag vom 31.03.2000 konnte im Zuge der Anpassung des Vertrages ab dem 01.07.2014 minimiert werden. Ab diesem Zeitpunkt ist die Überlassungsmenge von Asbestabfällen nun auf 15.000 Tonnen jährlich begrenzt.

Durch weitere technische Optimierungen bei der Deponiegasentwicklung konnte im Jahr 2014 gegenüber dem Vorjahr die erfasste und verwertete Deponiegasmenge um ca. 12% gesteigert werden. Die Maßnahmen wirken nachhaltig. Dadurch wird jedoch der verbleibende Zeitraum der wirtschaftlichen Nutzung des Deponiegases verkürzt, da seit dem 01.06.2005 kein unbehandelter Hausmüll und damit keine Organik mehr auf der Deponie abgelagert werden darf.

Durch die Veränderung der Altersstruktur und die steigende Anzahl leistungsgeminderter Mitarbeiter zeichnet sich ab, dass trotz aller Rationalisierungs- und Optimierungsmaßnahmen (z. B. Neuorganisation der Straßenreinigung und des Winterdienstes und neue Abfallsammeltouren) vor allem bei der Umsetzung der operativen Aufgaben in den Abteilungen Straßenreinigung inklusive Winterdienst und Abfallsammlung & Transport mit zunehmenden Problemen bei der Realisierung der zu erbringenden Leistung zu rechnen ist. Dies hat in der Vergangenheit zu höheren Aufwendungen für den Einsatz von Zeitarbeitskräften geführt und verstärkt zukünftig u. a. das Erfordernis zur Ausschreibung bzw. Drittvergabe von Dienstleistungen.

Das grundsätzliche Problem der rückläufigen Entwicklung bei den Abfallgebühren wird durch die Aktivitäten von privaten Abfallberatungsunternehmen -vor allem bei den Großwohnanlagen - verschärft.

Durch die Ausweitung der Wertstoffeffassung im Rahmen der Neufassung der Abfallwirtschaftssatzung zum 01.01.2015 (z. B. durch Einführung der flächendeckenden Wertstofftonne und der obligatorischen Biotonne) wird das Leistungsspektrum erweitert, was sich auch in erhöhten Aufwendungen niederschlagen wird, die dann in der Gebührenbedarfskalkulation zu berücksichtigen sind.

Ein latentes Risiko bildet zudem die Entwicklung der Altpapiererlöse, da diese in den vergangenen Jahren bei stabil hohen Preisen deutlich gebührenentlastend wirkten, jedoch stark von den allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen abhängen.

Der dramatische Verfall der zu erzielenden Erlöse für Dienstleistungen im Auftrag der dualen Systeme hat dazu geführt, dass die ELW sich bis auf die PPK-Entsorgung (Papier, Pappe, Kartonnage) komplett aus dem operativen Geschäft zurückgezogen haben. Dienstleistungen im Auftrag des Dualen Systems spielen nunmehr eine marginale Rolle (Reinigung der Depotcontainer-Standplätze und Vermietung der Leichtverpackungsbehälter).

Die moderate Anhebung der Straßenreinigungsgebühren konnte das Defizit in dieser Sparte nicht dauerhaft ausgleichen. Zudem werden die Ansprüche an die Quantität der Dienstleistungen immer höher (Stichwort „Saubere Stadt Wiesbaden“). Dies hat die ELW dazu bewo-

Gesamtabschluss 2014

gen, eine neue Straßenreinigungssystematik zu entwerfen, über die im Jahr 2016 Beschluss gefasst wird.

Aufgrund der Erfahrungen aus mehreren strengen Wintern in den vergangenen Jahren wurde der Winterdienst bei den ELW vollkommen neu geplant und strukturiert sowie auf die so genannten östlichen Vororte ausgeweitet. Zudem beteiligen sich die ELW an einem gemeinsamen zentralen Streusalzlager, welches seit dem Jahr 2012 von acht Kommunen aus Südhessen betrieben wird. Hierfür konnte eine Aufstockung der Mittel durch die Stadt erwirkt werden, die dann jedoch in der extremen Wintersaison 2012/2013 bei weitem nicht kostendeckend waren. Aufgrund des relativ milden Winters 2013/2014 hat sich die finanzielle Situation im Winterdienst allerdings zunächst entspannt.

Die Arbeiten zur Vorhaltung einer Notstromversorgung für die Sparte Entwässerung wurde 2013 gestartet und befindet sich derzeit in der Umsetzung. Mit einem Projektabschluss wird Ende 2016 gerechnet.

Unter Berücksichtigung der aktuellen Wasserrahmenrichtlinie ist mit einer Verschärfung von Grenzwerten im Ablauf der Klärwerke nicht vor 2021 zu rechnen. Eine weitere Reduzierung der Phosphorablaufwerte im Hinblick auf Begrenzung der Düngemittelpotentiale im Gewässer hat sich bezogen auf den Rhein entspannt und bleibt nur noch hinsichtlich Nordsee unter Umständen relevant. Grenzwerte für Mikroverunreinigungen (Medikamentenreste, Östrogenität u. a.) sind mittelfristig zu erwarten, da durch die menschlichen Ausscheidungen derartige Stoffe den Kläranlagenprozess ohne den gewünschten Rückhalt durchlaufen. Für das Hauptklärwerk sollte eine Sicherung des zukünftigen Flächenbedarfs bei weitergehenden Reinigungsanforderungen erreicht werden. Durch die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange kann es zu Auflagen bezüglich weiterer Maßnahmen im Bereich der Emissionsminderung bzw. des Immissionsschutzes sowie hinsichtlich naturschutzrechtlicher Belange kommen. Im Klärwerk Biebrich werden Versuche gefahren, die Kapazität zu erweitern. Dazu wird unter der aktuellen Belastungssituation die Anlage mit weniger Filterzellen betrieben. Erste Ergebnisse hinsichtlich einer Stromeinsparung sind im Jahr 2016 zu erwarten.

Die Planungsleistungen zur Erneuerung der BHKW-Anlage auf dem Hauptklärwerk sind beauftragt. Die Entwurfs- und Genehmigungsphase ist abgeschlossen. Die Umsetzung der BHKWs erfolgt dann im Jahre 2015 und 2016. Der elektrische Wirkungsgrad der BHKWs liegt bei Werten über 40%, die derzeitigen Anlagen verfügen lediglich über einen Wirkungsgrad von 30%. Bei gleichbleibendem Klärgasanfall lassen sich ab 2016 dann ca. 2 Mio. kWh mehr erzeugen.

Aus der deutlichen Positionierung der Landeshauptstadt Wiesbaden als Sportstadt können sich Chancen auf steigende Besuchszahlen, insbesondere im Segment Sport sowie durch Maßnahmen im Touristiksektor im Segment Gesundheit und Wellness, ergeben. Aus diesem Grund ist **Mattiaqua** sehr stark abhängig von der uneingeschränkten Funktionsfähigkeit ihrer Einrichtungen. Technische oder bauliche Probleme in den Einrichtungen können daher erhebliche Auswirkungen auf die Ertragslage haben. Der hohe Sanierungsbedarf der Wiesbadener Bäder wird Gegenstand eines Bädergutachtens sein, das im Laufe des Jahres 2016 vorliegen wird.

Gesamtabschluss 2014

Mattiaqua ist ebenfalls dem Risiko von Katastrophen (Hochwasser, Sturm) ausgesetzt. Der Eintritt solcher Katastrophen kann insbesondere in dem Segment Freizeit zu erheblichen ungeplanten Aufwendungen und Teilschließungen des Betriebs führen. Auch der Ausfall der Informationstechnologie kann zu massiven Einschränkungen im Segment Gesundheit und Wellness führen.

In den Einrichtungen besteht das Risiko von Unfällen und Verletzungen von Gästen. Auch wenn diesem Risiko durch geeignete und den Normen entsprechende Maßnahmen begegnet wird, kann nicht vollständig ausgeschlossen werden, dass es zu leichten und schweren Unfällen kommt.

Zur nachhaltigen Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit soll eine tragfähige Perspektive für die **Altenpflege** in städtischer Trägerschaft unter dem Dach der Altenhilfe Wiesbaden GmbH entwickelt werden. Es zeichnete sich in beiden Häusern ein Trend des Auslastungsrückgangs ab, der sich in verminderten Erlösen niederschlagen könnte.

Gemäß den Beiträgen zur Sozialplanung Nr. 34/2014 „Hilfe- und Pflegebedarf älterer Menschen in Wiesbaden bis 2030“ (Grundlagenbericht zur Altenhilfeplanung) des Amtes für Soziale Arbeit leben gegenwärtig 54.000 ältere Menschen über 65 Jahre in Wiesbaden. Gemäß den aktuellen Bevölkerungsprognosen soll sich die Anzahl bis zum Jahr 2030 auf 62.000 erhöhen. Der stärkste Zuwachs wird bei den Hochbetagten (über 80-Jährigen) erwartet. Deren Zahl soll von derzeit 14.500 auf knapp 20.000 somit 34 % ansteigen. Gemäß Bericht umfasst die Anzahl der Pflegeplätze in Wiesbaden zum Ende des Geschäftsjahres 2014 knapp 2.400. Um den erwarteten Mehrbedarf im Bereich der vollstationäre Pflege sicherstellen zu können, geht das Amt für Soziale Arbeit davon aus, dass bis zum Jahr 2020 rund 200 zusätzliche Pflegeplätze sowie bis zum Jahr 2030 insgesamt 400 zusätzliche Pflegeplätze in Wiesbaden benötigt werden. Parallel hierzu wird ein zusätzlicher Personalbedarf an Fachkräften von 200 Vollzeitstellen prognostiziert. Die jüngst veröffentlichten Berichte der WHO lassen zudem erkennen, dass sich die Anzahl der an Demenz erkrankten Menschen bis zum Jahr 2030 verdoppeln könnte. Dieser Wandel stellt große Herausforderungen an die Weiterentwicklung der pflegerischen Versorgung und ihre Finanzierung.

Für die **Wiesbadener Jugendwerkstatt GmbH (WJW)** bestehen generelle Risiken nur in der Änderung der gesetzlichen Grundlagen und in deren Ausgestaltung, die in der Regel der politischen Gestaltung unterliegen. Um die Abhängigkeit der Gesellschaft von diesen nicht vorhersehbaren Änderungen zu reduzieren, versucht die Gesellschaft - wie schon in den vergangenen Jahren - die Refinanzierung aus Marktaktivitäten weiter zu steigern. Es werden Chancen gesehen in der Steigerung der Produktivität der Gesellschaft, der Ausschöpfung der schon vorhandenen Nachfragepotentiale und der Erweiterung des Angebotsspektrums. Die Gesellschaft verhandelt gegenwärtig einen Kooperationsvertrag mit einer regional tätigen Einzelhandelsgenossenschaft für 12 Ladenstandorte im Umkreis von Wiesbaden.

Als nach wie vor wesentliches Risikofeld sind die Wirkungen der Reform der Dienstleistungen im Arbeitsmarkt anzusehen. Die hieraus resultierenden Auswirkungen können noch nicht definitiv überblickt werden.

Die abschließende Sicherung der Pachtflächen der Domäne Mechtildshausen steht immer noch aus. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass der Abschluss des Pachtvertrages

Gesamtabschluss 2014

zwischen dem Land Hessen und der WJW GmbH im Laufe des 2. Halbjahres 2016 erfolgen wird.

Der beschlossene Abriss der **Rhein-Main-Hallen** und ihr Neubau bieten die Chance auf einen konkurrenzfähigen Messebau am bisherigen Standort, aber auch zusätzliche Haushaltsbelastungen. Zudem fehlen während der Bauzeit die Erträge. Auch für die Zeit nach der erneuten Inbetriebnahme 2018 besteht ein inhärentes Vermarktungsrisiko.

Der Verbund der Landeshauptstadt Wiesbaden wird regelmäßigen **Betriebsprüfungen** durch das Finanzamt Wiesbaden unterzogen. Hierbei bestehen Risiken, wenn die Prüfung das Erfordernis von Steuernachzahlungen ergibt. Derzeit ist das Risiko jedoch nicht bezifferbar.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Gesamtwürdigung des Risikoszenarios zu dem Ergebnis führt, dass sowohl im Berichtsjahr als auch für die Zukunft keine Risiken erkennbar sind, die den Fortbestand des Verbunds gefährden.

Gesamtabschluss 2014

1.4 Bewertung des Gesamtabschlusses im Hinblick auf die dauernde Leistungsfähigkeit und perspektivischer Ausblick

In einem weiterhin günstigen wirtschaftlichen Umfeld sind im Hinblick auf das für die Landeshauptstadt Wiesbaden prognostizierte Bevölkerungswachstum und die allgemeine demografische Entwicklung in den kommenden Jahren einige strategische Handlungsfelder zu bearbeiten. Hierzu zählen - jeweils unter Finanzierungsvorbehalt - der Ausbau der Kinderbetreuung, des Nahverkehrs, der Energieversorgung, der medizinischen und sozialen Einrichtungen, die Förderung des Wohnungsbaus, sowie die Schaffung von Bedingungen die einen weiteren Zuwachs an Arbeitsplätzen gewährleisten. Im strategischen Handlungsfeld „Gesundheitsstadt Wiesbaden“ nahm der Erhalt der Dr. Horst-Schmidt-Kliniken als kommunales Krankenhaus der Maximalversorgung einen bedeutenden Stellenwert ein. Durch den Teilverkauf mit dem Eingehen einer strategischen Partnerschaft mit der HELIOS Kliniken GmbH kann der Weiterbetrieb für die Zukunft ohne städtische Zuschüsse gesichert werden.

Weitere strategische Ziele sind die Neuausrichtung des Messe- und Kongresswesens, die kommunale Offensive für den Klimaschutz mit der Erzeugung regenerativer Energien und der Steigerung der Energieeffizienz sowie die kontinuierliche Verbesserung von subjektiv empfundener Sicherheit und Sauberkeit in der Landeshauptstadt.

Der Verbund der Landeshauptstadt Wiesbaden ist durchaus gut aufgestellt, um die stetige Erfüllung seiner Aufgaben dauerhaft zu sichern. Die langfristige Vermögens- und Kapitalstruktur stellt sich als stabil dar, die Eigenkapitalquote von 42 % ist eine mehr als solide Basis um grundsätzlich auch rückläufige Entwicklungen auffangen zu können. Die sehr gute Finanz- und Ergebnissituation wird allerdings durch die politischen Weichenstellungen in der Energiewirtschaft bzw. bereits getroffene Festlegungen im Hinblick auf die nächsten Jahre belastet. Dies gilt z. B. für zusätzliche Kosten aus der Strukturveränderung im Öffentlichen Personennahverkehr, den weiteren Ausbau der Kinderbetreuung, die erforderlichen Schulsanierungen und Neubauten und den Kapitaldienst aus Investitionen (u. a. Neubau der Rhein-Main-Hallen). Da kurz- und mittelfristige größere zusätzliche Einnahmen mit hoher Unsicherheit behaftet sind, werden die Kreditverbindlichkeiten (und die Belastungen aus diesen) voraussichtlich weiter zunehmen, um die neuen Investitionen zu finanzieren. Der Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit sowie die vorhandenen liquiden Mittel werden hierfür nicht ausreichen.

Das Jahresergebnis des **städtischen Haushalts** schloss nach zwei positiven Jahren wieder mit einem Fehlbetrag in Höhe von rd. 16 Mio. €. Gemäß Haushaltsplan war ein Defizit von rd. 21 Mio. € erwartet worden, für das Jahr 2015 wurde ein Fehlbetrag von rd. 13 Mio. € geplant. Im Frühjahr 2016 konnte Wiesbadens Stadtkämmerer Axel Imholz jedoch berichten, dass das Haushaltsjahr 2015 mit einem Überschuss von 18,5 Mio. € abgeschlossen hat. Der Grund hierfür war eine nicht vorhersehbare Steigerung der Gewerbesteuer zum Jahresende 2015 und die sehr geringe Zuführung zu der Pensionsrückstellung. Allerdings handelt es sich hierbei um Einmaleffekte, die sich in den Folgejahren nicht unmittelbar fortschreiben dürften. Ob sich dauerhaft größere Entscheidungsspielräume ergeben, wird sich erst im weiteren Verlauf der Jahre 2016 und 2017 ergeben. Insbesondere die sehr volatile und nur schwer prognostizierbare Gewerbesteuer macht Prognosen äußerst unsicher. Zunächst muss sich

Gesamtabschluss 2014

zeigen, ob die nachhaltige Finanzpolitik des Doppelhaushalts 2016/2017 mit der Mischung aus moderaten Ertragssteigerungen und struktureller Aufgabenkritik tatsächlich greifen wird.

Die auf Hessen bezogene neueste Steuerschätzung geht zwar davon aus, dass im Jahr 2020 die 10 Mrd. € Grenze der kommunalen Steuererträge übersprungen werden soll und diese hohen Erwartungen grundsätzlich positiv stimmen sollten. Trotzdem stecken in den Prognosen noch viele Risiken. Auch der Tarifabschluss im Öffentlichen Dienst hat zwar zu mehrheitlicher Zufriedenheit geführt, wirkt aber schon wie ein Wechsel, ausgestellt auf die wachsenden kommunalen Steuereinnahmen. Diese speisen sich hauptsächlich aus der Gewerbesteuer, lediglich die Einkommensteuer soll weniger anwachsen als noch im November 2015 vorhergesagt: Allerdings ist immer noch nicht abschließend geklärt, in welcher Höhe sich Bund und Land an den Integrationskosten für anerkannte Flüchtlinge beteiligen werden. In den ersten Monaten des Jahres 2016 waren die Zahlen der Ankommenden zwar erstmals rückläufig und es entstand eine Zeit des Durchatmens. Unabhängig davon ist sicher, dass die Herausforderung noch bevorsteht, die Menschen mit hoher Bleibeperspektive zu integrieren.

Die Liegenschaften, die die **WVV Holding** seit Jahren im Bestand hat, führen auch weiterhin aufgrund der nachhaltigen Mietauslastung zu einem stabilen Ergebnisbeitrag. Unverändert ergeben sich für die WVV Holding Chancen aus der Bündelung der immobilienwirtschaftlichen Aktivitäten. Die Zusammenarbeit der in Wiesbaden ansässigen Wohnungsbau- und Stadtentwicklungsgesellschaften GWW, GeWeGe, SEG und WiBau unter dem Dach der WIM GmbH wird beständig weiterentwickelt, wohnungswirtschaftliche Kompetenzen werden gebündelt und der bisher verfolgte Weg der Zusammenfassung immobilienwirtschaftlicher Dienstleistungen in Wiesbaden wird weiterhin zur Ertragssicherung beitragen.

In den übrigen Beteiligungsunternehmen der Holding wurden bereits in den Vorjahren Konsolidierungsmaßnahmen eingeleitet, die in Anbetracht der immer bedeutender werdenden Liberalisierung der Energie- und Verkehrswirtschaft zwingend erforderlich sind. Bei Fortsetzung dieses erfolgreichen Konsolidierungsprozesses wird sich die Ergebnisentwicklung trotz der Risiken mittelfristig weiterhin positiv darstellen.

Die von der Beteiligungsgesellschaft WVV Wiesbaden GmbH (bis 16. März 2016: WVV Grundstücksverwaltungs GmbH) gehaltenen Anteile an der Kom9 GmbH & Co. KG sichern auch künftig eine nachhaltige Rendite, die höher ist als die Finanzierungsaufwendungen.

Obwohl die politischen Rahmenbedingungen nach wie vor weder seriös planbar noch verlässlich sind, beteiligt sich ESWE Versorgung aktiv am Gelingen der Energiewende vor Ort. Dem Ausbau erneuerbarer Energien wird nach wie vor eine strategische Schlüsselrolle zugemessen. Die Nutzung von Windkraft, Biomasse, Sonnenenergie, Wasserkraft und Erdwärme steht hierbei weiterhin im Fokus der Überlegungen.

Eine Aussage zur Prognose der kommenden Geschäftsjahre des Verkehrsbereiches steht unter dem Vorbehalt der einzubeziehenden zukünftig andauernden Anpassungen, die sich durch die Neustrukturierung ergeben haben. Zudem wird der eingeschlagene Weg zur kontinuierlichen Optimierung der Unternehmensstrukturen und -prozesse weiter verfolgt, um zukünftig unter den weiter wachsenden Herausforderungen hochwertige Verkehrsleistungen anbieten zu können.

Gesamtabschluss 2014

Die Bewertung des Risikoszenarios führt aus Sicht der Geschäftsführung zu dem Ergebnis, dass durch die ergriffenen Steuerungsmaßnahmen sowohl im Berichtsjahr als auch für die Zukunft keine Risiken erkennbar sind, die den Fortbestand gefährden. Für das Geschäftsjahr 2015 wird ein positives, gegenüber dem Vorjahr jedoch leicht rückläufiges Jahresergebnis erwartet.

Der Eigenbetrieb **WLW** (Wasserversorgung) geht für die Wirtschaftsjahre 2015 und 2016 jeweils von leicht positiven Ergebnissen aus.

Der Wirtschaftsplan des Jahres 2015 der **Entsorgungsbetriebe** beinhaltet ein deutlich positives Ergebnis. Allerdings werden die in den Planungsprämissen unterstellten Erhöhungen der Abfall- u. Schmutzwassergebühren nicht realisiert. Lediglich die Erhöhung der Niederschlagswassergebühr ist durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen worden. Deutlich höher als ursprünglich geplant sind die Anpassungen der Personalkosten durch die mittlerweile erfolgten Tarifverhandlungen. Weiterhin das Jahresergebnis stark belastend sind die hohen Zins-Zuführungen zu den Deponiefolgekostenrückstellungen, bedingt durch die anhaltende Niedrigzinsphase. Unter den genannten Bedingungen wird es nicht einfach werden, das positive Jahresergebnis zu erreichen.

Bei der **MBA Wiesbaden** ist die Preisentwicklung bei den Abfällen zur Verwertung und den Abfällen zur Beseitigung relativ stabil. Bedingt durch die Reduzierung der Verbrennungskapazitäten entfällt das Risiko des Wegfalls gewerblicher Abfallmengen weitgehend. Als überschaubares Risiko verbleibt der Ausfall von Entsorgungsanlagen. Chancen für die Gesellschaft ergeben sich aus der Beteiligung an der DBW Recycling GmbH & Co. KG durch die Akquisition mineralischer Abfälle zur weiteren Aufbereitung und Verwertung.

Zur nachhaltigen Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der **Altenhilfe** hat die Stadtverordnetenversammlung im Oktober 2015 beschlossen, eine tragfähige Perspektive für die Altenpflege in städtischer Trägerschaft unter dem Dach der Altenhilfe Wiesbaden GmbH (AHW) zu entwickeln. Auf Basis der aktuellen Ausgangslage sind durch die AHW als Arbeitsgrundlage die vorhandenen und absehbaren Herausforderungen an die kommunalen Altenpflegeeinrichtungen in Wiesbaden zu erarbeiten. Mittels einer Machbarkeitsstudie soll die Sanierungsfähigkeit des Moritz-Lang-Hauses (auch in der Variante „bei laufendem Betrieb“) untersucht werden. Im Kontext der seitens der Gesellschafterin LHW zum 01.10.2015 beauftragten Machbarkeitsstudie als Alternative zu einem Ersatzneubau würde die dann verbesserte Bausubstanz eine Restnutzungsdauer von 30 Jahre erreichen können.

Die Planungen für das Neubauvorhaben der **HSK Pflege** GmbH am Standort der HSK Kliniken gemäß der beschlossenen Konzeption sind eingestellt.

Seit 2015 beschränkt sich der Betrieb des Feierabendheims **Simeonhaus** GmbH auf das Erbringen von Serviceleistungen für die neue Grundstückseigentümerin, die GWW.

Die **HSK Rhein-Main** GmbH wird sich zukünftig neu ausrichten und weitere Geschäftsfelder zur wirtschaftlichen Leistungserfüllung erschließen. Dazu gehört unter anderem die Profilierung und Stärkung der Landeshauptstadt Wiesbaden als Gesundheitsstadt sowie die Förderung des Gesundheitswesens in Wiesbaden durch geeignete Projekte und Maßnahmen. Im Zuge dessen erfolgte eine Umbenennung in „EGW Gesellschaft für ein gesundes Wiesba-

Gesamtabschluss 2014

den mbH“. Nach der Inbetriebnahme des Klinikneubaus durch HELIOS sollen für nicht mehr benötigte Grundstücksflächen Vermarktungsstrategien mit Synergieeffekten zum Klinikneubau entwickelt und umgesetzt werden. Dadurch soll mittelfristig die Selbstfinanzierung der HSK Rhein-Main sichergestellt werden. Die Umsetzung wird in den nächsten Jahren zu überprüfen sein.

Die Zusammenarbeit von Kurhaus Wiesbaden GmbH, Rhein-Main-Hallen GmbH und Wiesbaden Marketing GmbH unter der Dachgesellschaft **TriWiCon** wird in der Zukunft weitere Umsatzpotentiale für alle Gesellschaften generieren. Der Abriss der alten Rhein-Main-Hallen ist vollzogen und der Rohbau des neuen RheinMain Congress Center wird zurzeit erstellt. Der Focus der Aktivitäten liegt in der Akquise von Veranstaltungen für das Congress Center. Die Betriebsleitung sieht derzeit keine Risiken, die den Bestand der TriWiCon und ihrer Beteiligungen gefährden könnten. Für die Folgejahre wird ein planmäßiger Geschäftsverlauf erwartet.

Für die nächsten beiden Jahre erwartet die Betriebsleitung der **Mattiaqua** im Vergleich zum Wirtschaftsjahr 2014 wieder leicht steigende Umsätze aus Besuchen. Allerdings ist davon auszugehen, dass aufgrund des zu behebenden Instandhaltungstaus und der zu erwartenden Entgelterhöhungen die Kosten der Leistungserbringung deutlich ansteigen werden. Nach Ansicht der Betriebsleitung existieren zurzeit keine Risiken, die den Bestand des Eigenbetriebs gefährden könnten.

Für die **WJW** erwartet die Geschäftsführung eine weitere Absenkung der Auslastung mit negativem Einfluss auf das Ergebnis.

In nahezu allen Gesellschaften der Landeshauptstadt Wiesbaden stehen weiterhin Strukturveränderungen und notwendige Optimierungsprozesse an, um das Leistungsspektrum für die Bürgerinnen und Bürger nachhaltig aufrechtzuerhalten und den städtischen Haushalt zu entlasten.

Für den Verbund der Landeshauptstadt Wiesbaden ist für das Jahr 2015 mit einem positiven Jahresergebnis zu rechnen. Die dauernde Leistungsfähigkeit des Verbundes ist gewährleistet.

1.5 Angaben zu den nicht einbezogenen Aufgabenträgern

Die Angaben über die nicht einbezogenen Aufgabenträger sind dem Punkt 3.1.2 zu entnehmen.

Zu weiteren Angaben gemäß § 55 Abs. 2 GemHVO wird auf den Beteiligungsbericht 2014 verwiesen.

Gesamtabschluss 2014

2. Zusammengefasste Vermögens-, Ergebnis- und Finanzrechnung

2.1 Zusammengefasste Vermögensrechnung

AKTIVA Position	31.12.2014		31.12.2013	
	€	€	€	€
1 ANLAGEVERMÖGEN				
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände				
1.1.1 Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte	6.640.938,65		5.664.404,77	
1.1.2 Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	28.479.722,00		31.037.912,00	
		35.120.660,65		36.702.316,77
1.2 Sachanlagevermögen				
1.2.1 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten auf fremden Grundstücken	1.937.683.422,73		1.848.560.202,24	
1.2.2 Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	835.795.888,12		847.284.720,49	
1.2.3 Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung	80.769.081,00		42.318.902,77	
1.2.4 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	122.795.893,78		81.180.714,60	
1.2.5 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	135.848.282,38		149.405.558,35	
		3.112.892.568,01		2.968.750.098,45
1.3 Finanzanlagevermögen				
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	1.926.960,87		1.926.960,87	
1.3.2 Ausleihungen an verbundene Unternehmen	1.800,00		3.600,00	
1.3.3 Beteiligungen	307.771.712,66		312.741.580,79	
1.3.4 Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	29.827.879,90		26.920.492,55	
1.3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens	50,00		35.700.050,00	
1.3.6 Sonstige Ausleihungen (sonstige Finanzanlagen)	111.268.375,51		75.333.030,07	
		450.796.778,94		452.625.714,28
1.4 Sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen		173.640.000,00		173.640.000,00
		3.772.450.007,60		3.631.718.129,50
2 UMLAUFVERMÖGEN				
2.1 Vorräte einschließlich Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		6.990.523,79		5.838.639,38
2.2 Fertige und unfertige Erzeugnisse, Leistungen und Waren		84.041.850,22		60.380.743,03
2.3 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
2.3.1 Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen und -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	46.227.109,23		52.907.515,41	
2.3.2 Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben, Umlagen	18.589.934,31		23.672.367,33	
2.3.3 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	44.570.404,67		80.185.625,72	
2.3.4 Forderungen gegen verbundene Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen	552.568,49		289.893,63	
2.3.5 Sonstige Vermögensgegenstände	46.703.717,15		58.834.936,61	
		156.643.733,85		215.890.338,70
2.4 Wertpapiere des Umlaufvermögens		0,00		35.000,00
2.5 Flüssige Mittel		263.833.554,94		286.137.621,97
		511.509.662,80		568.282.343,08
3 RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		29.370.184,91		29.288.954,48
		4.313.329.855,31		4.229.324.427,06

Gesamtabschluss 2014

PASSIVA Position	31.12.2014		31.12.2013	
	€	€	€	€
1 EIGENKAPITAL				
1.1 Netto-Position		1.259.089.688,26		1.259.089.688,26
1.2 Rücklagen, Sonderrücklagen und Stiftungskapital				
1.2.1 Kapitalrücklagen		0,00		0,00
1.2.2 Rücklagen aus Überschüssen des Ergebnisses	90.808.720,24		63.241.767,10	
1.2.3 Zweckgebundene Rücklagen		0,00		0,00
1.2.4 Sonderrücklagen		0,00		0,00
1.2.5 Stiftungskapital	1.883.960,87		1.883.960,87	
		92.692.681,11		65.125.727,97
1.3 Gesamtbilanzgewinn/-verlust		96.684.456,26		156.101.453,92
1.4 Anteile Dritter am Eigenkapital		62.269.256,87		63.922.018,22
		1.510.736.082,50		1.544.238.888,37
2 SONDERPOSTEN				
2.1 Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge				
2.1.1 Zuweisungen vom öffentlichen Bereich	236.689.236,12		201.403.169,20	
2.1.2 Zuweisungen vom nicht öffentlichen Bereich	18.194.398,85		14.732.624,45	
2.1.3 Investitionsbeiträge	36.196.652,61		37.183.037,00	
		291.080.287,58		253.318.830,65
2.2 Sonstige Sonderposten		31.086.450,87		30.638.181,00
		322.166.738,45		283.957.011,65
3 RÜCKSTELLUNGEN				
3.1 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		504.238.132,67		489.957.239,68
3.2 Rückstellungen für Finanzausgleich und Steuerschuldverhältnisse		422.046,12		125.374,95
3.3 Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien		69.260.977,35		64.543.291,46
3.4 Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten		628.546,14		829.775,67
3.5 Sonstige Rückstellungen		123.700.868,82		121.180.865,04
		698.250.571,10		676.636.546,80
4 VERBINDLICHKEITEN				
4.1 Anleihen		0,00		0,00
4.2 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen				
4.2.1 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.301.789.350,21		1.230.688.339,41	
4.2.2 Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern	34.296.334,04		35.876.908,01	
4.2.3 Sonstige Verbindlichkeiten aus Krediten	171.877.711,34		165.088.563,23	
4.2.4 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für die Liquiditätssicherung	0,00		0,00	
4.2.5 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	46.109,34		88.870,68	
		1.508.009.504,93		1.431.742.681,33
4.3 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen und Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen		2.687.779,32		13.540.862,09
4.4 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		76.495.640,06		64.402.902,56
4.5 Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben		4.657.245,10		4.957.730,13
4.6 Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen		6.791.519,00		17.761.790,27
4.7 Sonstige Verbindlichkeiten		139.122.124,06		148.491.035,08
		1.737.763.812,47		1.680.897.001,46
5 RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		44.412.650,79		43.559.978,78
		4.313.329.855,31		4.229.289.427,06

Gesamtabschluss 2014

2.2 Zusammengefasste Ergebnisrechnung

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis des Haushaltsjahres 2014 in €	Ergebnis des Vorjahres 2013 in €
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	691.543.440,78	738.028.359,61
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	116.234.762,99	113.255.065,71
3	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	12.266.250,15	10.807.615,66
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	40.981.751,12	28.931.997,68
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	495.639.131,91	553.251.472,53
6	Erträge aus Transferleistungen	167.624.909,19	166.477.054,54
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	195.058.978,85	202.176.317,09
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	16.715.748,32	16.893.438,62
9	Sonstige ordentliche Erträge	71.364.908,48	48.950.262,51
10	Summe der ordentlichen Erträge	1.807.429.881,79	1.878.771.583,95
11	Personalaufwendungen	392.178.369,93	375.838.282,42
12	Versorgungsaufwendungen	42.989.723,36	50.160.002,83
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	658.763.453,79	673.366.936,64
14	Abschreibungen	149.306.671,74	136.708.183,96
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	88.756.744,68	70.515.876,88
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	106.073.818,90	115.201.762,32
17	Transferaufwendungen	336.273.215,47	342.974.808,92
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	18.413.751,56	16.147.266,97
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen	1.792.755.749,43	1.780.913.120,94
20	Verwaltungsergebnis	14.674.132,36	97.858.463,01
21	Finanzerträge	40.550.985,92	54.903.778,90
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	67.766.177,90	64.127.379,40
23	Finanzergebnis	-27.215.191,98	-9.223.600,50
24	Ordentliches Ergebnis	-12.541.059,62	88.634.862,51
25	Außerordentliche Erträge	17.519.293,51	13.872.836,01
26	Außerordentliche Aufwendungen	15.343.246,68	12.123.992,95
27	Außerordentliches Ergebnis	2.176.046,83	1.748.843,06
28	Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-10.365.012,79	90.383.705,57
29	Anderen Gesellschaftern zustehendes Ergebnis	-22.112.895,20	-20.028.046,34
Ergebnisverwendung			
30	Ergebnisvortrag aus Vorjahren	156.729.317,39	104.893.195,96
31	Zuführung zu / Entnahme aus den Rücklagen	-27.566.953,14	-19.147.401,27
32	Gesamtbilanzgewinn/-verlust	96.684.456,26	156.101.453,92

Gesamtabschluss 2014

2.3 Zusammengefasste Finanzrechnung

Ziffer	Rechen- vorschrift	Posteninhalt	Ergebnis des Haushalts- jahres 2014 in €	Ergebnis des Vorjahres 2013 in €
1		Periodenergebnis (einschließlich Ergebnisanteilen von Minderheitsgesellschaftern) vor außerordentlichen Posten	-12.541.060	88.634.863
2	+ / -	Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	122.825.668	118.432.224
3	+ / -	Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	21.614.024	27.137.727
3a	-	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für erhaltene Investitionsweisungen, -beiträge u. -zuschüsse	-16.715.748	-16.893.439
4	+ / -	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen / Erträge	4.220.096	-23.786.257
5	- / +	Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-3.977.521	-7.642.274
6	- / +	Zunahme/Abnahme der Vorräte, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	33.783.159	-33.634.591
7	+ / -	Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-18.375.141	9.526.104
8	+ / -	Aufwendungen und Erträge aus außerordentlichen Posten	2.176.047	5.148.843
9		Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (Summe aus 1 bis 8)	133.009.524	166.923.199
10a	+ / -	Ein- / Auszahlungen aus erhaltenen Investitionszuweisungen, -beiträgen und -zuschüssen für Sachanlagen	54.161.676	13.399.361
10b	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	23.268.700	17.917.360
11	-	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-280.200.493	-154.593.678
12a	+ / -	Ein- / Auszahlungen auf erhaltene Investitionszuweisungen, -beiträgen und -zuschüssen für immaterielle Anlagevermögen	1.667.807	689.976
12b	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	123.492	532.419
13	-	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-4.530.305	-5.728.579
14	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	1.985.009	3.150.226
15	-	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-4.781.307	-24.808.250
16	+	Einzahlungen aus dem Verkauf von konsolidierten Unternehmen und sonstigen Geschäftseinheiten	0	0
17	-	Auszahlungen aus dem Erwerb von konsolidierten Unternehmen und sonstigen Geschäftseinheiten	0	0
18	+	Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	35.000	0
19	-	Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	0	-35.000
20		Cashflow aus Investitionstätigkeit (Summe aus 10 bis 19)	-208.270.421	-149.476.164
21	+	Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen (Kapitalerhöhungen, Verkauf eigener Anteile etc.)	-25	0
22	-	Auszahlungen an Unternehmenseigner und Minderheitsgesellschafter (Dividenden, Erwerb eigener Anteile, Eigenkapitalrückzahlungen, andere Ausschüttungen)	-23.137.768	-19.902.256
23	+	Einzahlungen aus der Aufnahme von (Finanz-) Krediten	168.127.733	126.174.724
24	-	Auszahlungen aus der Tilgung von (Finanz-) Krediten	-92.033.110	-83.162.965
25		Cashflow aus Finanzierungstätigkeit (Summe aus 21 bis 24)	52.956.830	23.109.504
26		Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds (Summe aus 9, 20, 25)	-22.304.067	40.556.539
27	+ / -	Wechselkurs-, Konsolidierungskreis - und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	0	0
28	+	Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	286.137.622	245.581.083
29	=	Finanzmittelfonds am Ende der Periode (Summe aus 26 bis 28)	263.833.555	286.137.622

Gesamtabschluss 2014

3. Anhang

3.1 Allgemeine Angaben

3.1.1 Rechtliche Grundlagen

Die rechtlichen Grundlagen für die Erstellung des Gesamtabschlusses bilden die Hessische Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung vom 16.12.2011 und die Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) vom 27.12.2011. Die Hinweise zur GemHVO des hessischen Staatsministeriums des Innern und für Sport vom 22.01.2013 wurden beachtet.

Durch den Verweis in § 112 Abs.7 HGO auf das Handelsgesetzbuch (HGB) sind einige Konsolidierungsvorschriften des HGB auf den Gesamtabschluss anzuwenden. Der Verweis bezieht sich auf die §§ 300 bis 307 HGB (handelsrechtliche Vorschriften zur Vollkonsolidierung) sowie §§ 311 f. HGB (handelsrechtliche Vorschriften zur Einbeziehung assoziierter Unternehmen mit dem Rechtsstand 06.12.2011).

Da ein Verweis auf § 308 HGB fehlt, konnte auf eine einheitliche Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden durch die LHW und die einbezogenen Aufgabenträger verzichtet werden (vgl. 3.2 Hinweise zur GemHVO).

Die Hinweise zu § 53 GemHVO sehen gem. 5.2 bei der Kapitalkonsolidierung ein Wahlrecht bei der Kapitalkonsolidierung vor. Dieses wurde zugunsten der Buchwertmethode ausgeübt.

Gem. 5.4. der Hinweise können (Teil-)Konzernabschlüsse einzubeziehender Aufgabenträger als Konsolidierungsbasis verwendet werden.

Aufrechnungsdifferenzen, die nicht mit vertretbarem Aufwand zu klären waren, dürfen gemäß 6.4 der Hinweise ergebniswirksam verrechnet werden.

3.1.2 Abgrenzung des Konsolidierungskreises

Im Gesamtabschluss der LHW hat die Kernverwaltung die Funktion des (obersten) Mutterunternehmens. Der Konsolidierungskreis setzt sich daher aus allen verbundenen und assoziierten Unternehmen der LHW zusammen, soweit sie nicht wegen Nachrangigkeit keine Berücksichtigung finden.

Zu den **verbundenen** zählen alle Unternehmen, auf die die LHW einen beherrschenden Einfluss ausübt, ihr also z. B. unmittelbar oder mittelbar die Mehrheit der Stimmrechte zusteht. Hierzu zählen auch die Eigenbetriebe.

Stehen der LHW unmittelbar oder mittelbar mind. 20 % bis einschl. 50 % der Stimmrechte zu, wird von einem maßgeblichen Einfluss auf die Geschäfts- und Finanzpolitik des Unternehmens ausgegangen. Diese als **assoziiert** bezeichneten Unternehmen werden mit dem anteiligen Eigenkapital angesetzt.

Gesamtabschluss 2014

Die HGO hat zur Bestimmung des Konsolidierungskreises den Begriff des Aufgabenträgers eingeführt. Die Definition des Aufgabenträgers richtet sich nach den Bestimmungen des § 112 Abs. 5 HGO und bezeichnet eine wirtschaftlich und organisatorisch selbstständige Organisationseinheit in privatrechtlicher oder öffentlich-rechtlicher Form, die wirtschaftliche, nicht-wirtschaftliche oder hoheitliche Aufgaben der LHW erfüllt. Zu den Aufgabenträgern zählen u. a. rechtlich selbstständige Gesellschaften (z. B. GmbHs) sowie Eigenbetriebe, aber auch Anstalten des öffentlichen Rechts und Stiftungen.

Auf die Einbeziehung der Nassauische Sparkasse in den Konsolidierungskreis wurde gemäß § 112 Abs. 5 Satz 1 Nr. 2 HGO verzichtet. An sonstigen Anstalten des öffentlichen Rechts ist die LHW nicht beteiligt.

Für den Abwasserzweckverband Flörsheim, an dem die LHW mit 38,5 % beteiligt ist, lagen die Voraussetzungen des § 112 Abs. 5 Nr. 3 HGO grundsätzlich vor. Da der Zweckverband bei Erstellung seiner Jahresabschlüsse jedoch im Verzug ist, konnte eine Einbeziehung at equity nicht erfolgen.

Stiftungen sind in diesem Abschluss nicht zu konsolidieren, da die LHW derzeit nur über treuhänderische, nicht jedoch über rechtlich selbstständige Stiftungen verfügt.

Aufgabenträger gem. § 112 Abs. 5 Nr. 5 HGO (dies sind Aufgabenträger mit kaufmännischer Rechnungslegung, deren finanzielle Grundlage wegen rechtlicher Verpflichtung wesentlich durch die Gemeinde gesichert wird) gibt es derzeit bei der LHW nicht.

Daher konnte der Begriff des Aufgabenträgers in der LHW auf Unternehmen reduziert werden.

Unternehmen, die zum Konsolidierungskreis zählen, jedoch von nachrangiger Bedeutung für die Darstellung der tatsächlichen Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der LHW sind, müssen nicht in den Gesamtabschluss nach der Vollkonsolidierungsmethode einbezogen werden (§ 112 Abs. 5 Satz 4 HGO i. V. m. § 112 Abs. 1 Satz 4 HGO).

Eine nachrangige Bedeutung ist gemäß den Hinweisen zur Gemeindehaushaltsverordnung anzunehmen, wenn die Bilanzsumme und die ordentlichen Erträge dauerhaft maximal 5 % der unkonsolidierten Bilanzsumme und der ordentlichen Erträge aller konsolidierungspflichtigen Unternehmen und der LHW ausmachen. Wenn die Betrachtung einzelner Indikatoren zu unterschiedlichen Ergebnissen führen sollte, wird über die Einbeziehung anhand einer wertenden Gesamtbetrachtung entschieden.

Gesamtabschluss 2014

Aufgabenträger von nachrangiger Bedeutung, die deshalb nicht in den Konsolidierungskreis der LHW aufgenommen wurden, sind folgende:

Verbundene Unternehmen

- Exina GmbH
- Bürgersolaranlagen GmbH

Assoziierte Unternehmen

- ZVN Finanz GmbH

Die WVV Wiesbaden Holding GmbH wird mit ihren Tochtergesellschaften über den geprüften und testierten Konzernabschluss als Teilkonzern in den Gesamtabschluss einbezogen. Die dort ausgeübten Einbeziehungswahlrechte wurden beibehalten. In den Konsolidierungskreis der WVV ergaben sich im Berichtsjahr folgende Veränderungen:

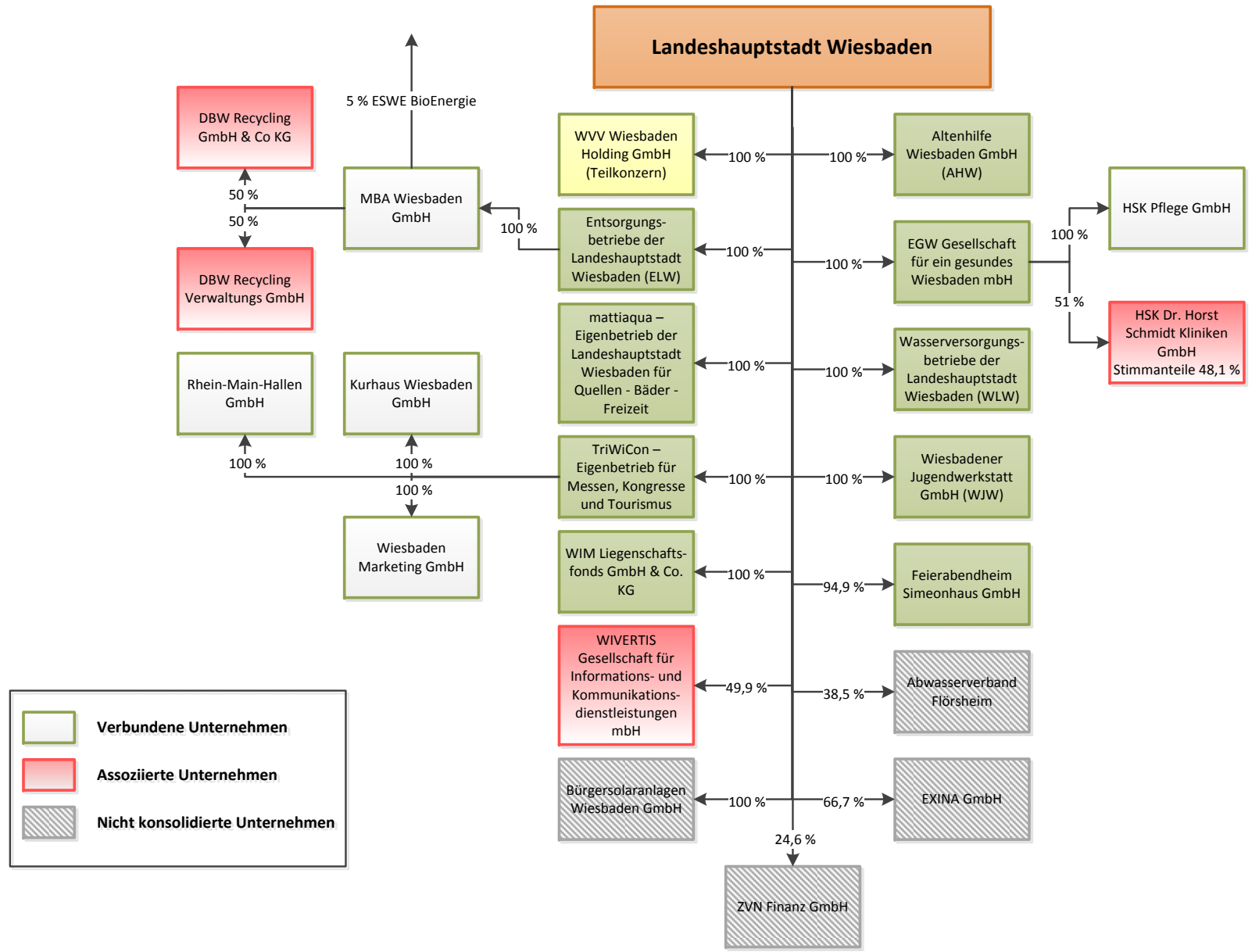
Die WiBus Wiesbadener Busgesellschaft mbH (WiBus GmbH) hat sich im Berichtsjahr in ESWE Verkehr Fahrbetrieb GmbH umfirmiert. Die Beteiligung wurde mit notariellem Vertrag vom 04.08.2014 mittels Abspaltung rückwirkend zum 01.01.2014 auf die ESWE Verkehr übertragen. Der übertragene Buchwert betrug 1 €. In diesem Zusammenhang sind Fremdan-teile am Eigenkapital in Höhe von -83 T€ entstanden.

Die ARGE Energiesparpartnerschaft Dr. Horst-Schmidt-Kliniken GbR, Wiesbaden, (Anteilsbesitz 50 %), die gemäß § 311 Abs. 2 HGB nicht in den Konzernabschluss einbezogen wurde, wurde 30.06.2014 mit Erreichen des befristeten Gesellschaftszweckes aufgelöst.

Die KHKW GmbH & Co. KG, Mainz, (Anteilsbesitz 25 %), die gemäß § 311 Abs. 2 HGB nicht in den Konzernabschluss einbezogen wurde, wurde zum 03.12.2014 aufgelöst.

Im Zuge des Grundstücksgeschäftes zwischen der Kernverwaltung der Landeshauptstadt Wiesbaden, den ELW und der Dyckerhoff Beton GmbH & Co. KG wurden durch die MBA 50 % der Gesellschafteranteile an der DBW Recycling GmbH & Co. KG und der DBW Recycling Verwaltungs GmbH mit Wirkung zum 01.01.2014 erworben (Kaufvertrag 27.06.2014). Die Anteile der beiden Gesellschaften werden unter den Anteilen an assoziierten Unternehmen ausgewiesen.

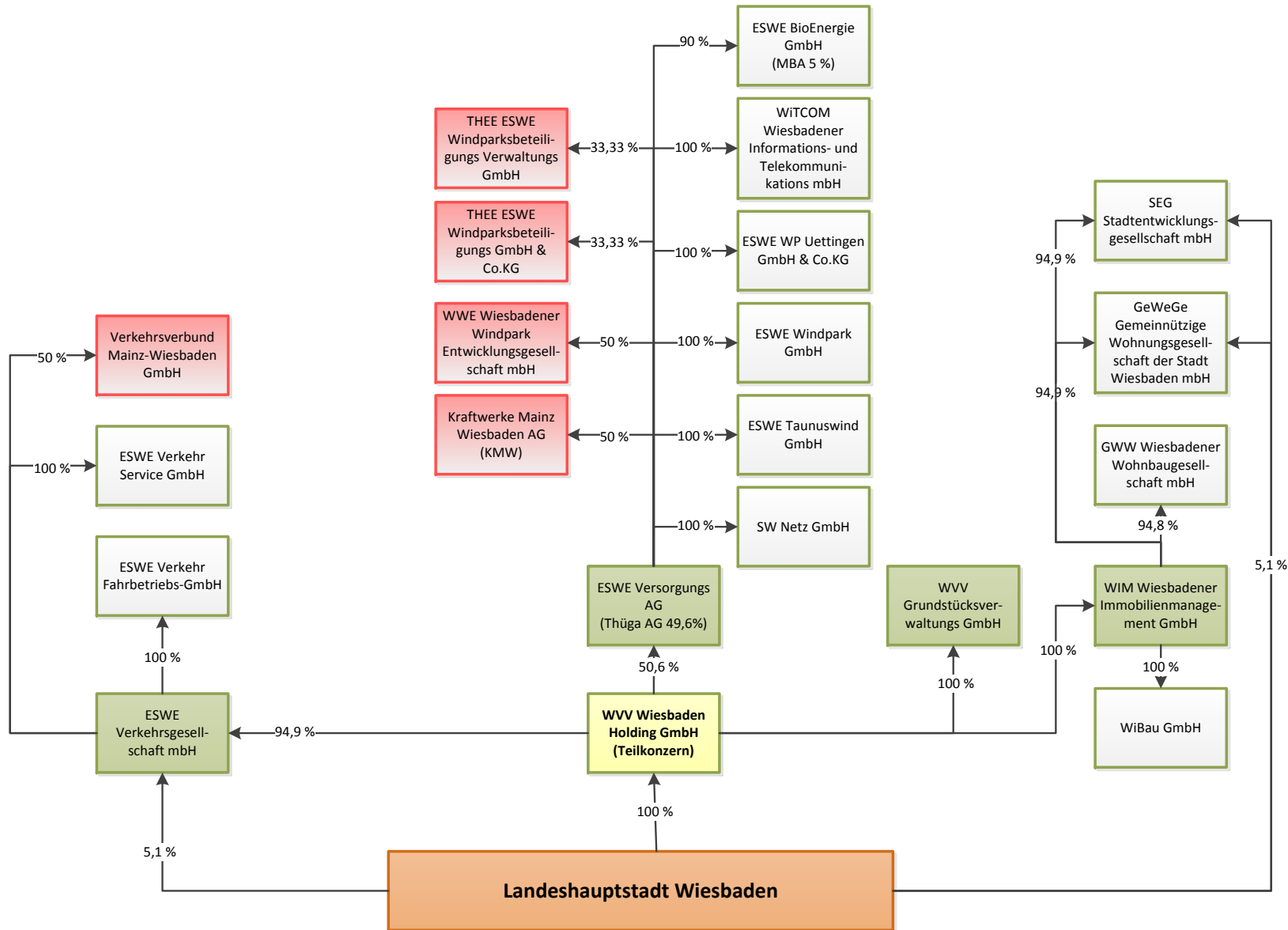
Eine Übersicht der in den Konsolidierungskreis aktuell einbezogenen Unternehmen ist der folgenden Darstellung zu entnehmen.



Ansicht Verbund

Gesamtabschluss 2014

Ansicht Teilkonzern



Gesamtabschluss 2014

3.1.3 Konsolidierungsgrundsätze

Kommunen erbringen ihre Leistungen gemeinsam mit ihren Beteiligungen. Die Leistungen der LHW werden auch in einem Zusammenwirken der städtischen Ämter mit den Beteiligungen innerhalb des Verbundes erbracht. In einem Gesamtabchluss sind die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage gemäß § 297 Abs.3 HGB nun so darzustellen, als ob die LHW und ihre Aufgabenträger insgesamt ein einziger Aufgabenträger wären. Dazu sind im Rahmen der Gesamtabchlussenerstellung die internen Verflechtungen zu eliminieren und die Gesamtleistung des Verbundes an Dritte darzustellen. Die Eliminierung erfolgt durch die Kapital-, Schulden-, Aufwands- und Ertragskonsolidierung sowie durch die Zwischenergebniseliminierung.

Kapitalkonsolidierung

Bei der Kapitalkonsolidierung werden die Beteiligungsbuchwerte der Anteile an den einbezogenen Aufgabenträgern mit dem auf diese Anteile entfallenden Eigenkapital der Aufgabenträger verrechnet. Diese Verrechnung ist notwendig, da eine einfache Addition der Buchwerte zu einer Doppelerfassung führen würde.

At-Equity-Konsolidierung

Die at-Equity einbezogenen Aufgabenträger werden mit dem anteiligen Eigenkapital zu Buchwerten angesetzt. Die Wertansätze der Beteiligungen sind nach § 312 Abs. 4 HGB in den Folgejahren um den Betrag der anteiligen Eigenkapitalveränderungen zu erhöhen oder zu vermindern; auf die Beteiligung entfallende Gewinnausschüttungen sind abzusetzen.

At-Equity angesetzte Aufgabenträger	Stand 01.01.2014 in €	anteilige Eigenkapital- veränderung in €	Stand 31.12.2014 in €
HSK Dr. Horst Schmidt Kliniken GmbH*	0	0	0
WIVERTIS Wiesbadener Informations- u. Telekommunikationsgesellschaft mbH	470.527	204.180	674.707

*Ausweis mit 0 € wegen anhaltender Verluste

Die Ansätze sind entsprechend der Entwicklung des Eigenkapitals auf den Stichtag fortgeschrieben.

Gesamtabschluss 2014

Schuldenkonsolidierung

Im Rahmen der Schuldenkonsolidierung gem. § 303 HGB werden gewährte und erhaltende Investitionszuwendungen, Anzahlungen, Ausleihungen und andere Forderungen, Rückstellungen und Verbindlichkeiten zwischen den in den Gesamtabchluss einbezogenen verbundenen Unternehmen einschließlich der LHW sowie entsprechende Rechnungsabgrenzungsposten eliminiert.

Aufwands- und Ertragskonsolidierung

In der zusammengefassten Ergebnisrechnung werden entsprechend § 305 HGB alle Erträge aus Beziehungen zwischen verbundenen Unternehmen mit den entsprechenden Aufwendungen verrechnet, soweit sie nicht als Erhöhung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen oder als andere aktivierte Eigenleistungen ausgewiesen werden.

Zwischenergebniseliminierung

§ 304 HGB verlangt, dass in den Gesamtabchluss aufzunehmende Vermögensgegenstände, die ganz oder teilweise auf Lieferungen oder Leistungen zwischen in den Gesamtabchluss einbezogenen Aufgabenträgern beruhen, in der zusammengefassten Vermögensrechnung mit einem Betrag angesetzt werden, zu dem sie angesetzt werden könnten, wenn die in den Gesamtabchluss einbezogenen Aufgabenträger auch rechtlich eine Einheit bilden würden.

Entstandene Verluste aus Grundstücksverkäufen zwischen der Kernverwaltung und den Aufgabenträgern in Höhe von 3,8 Mio. € sind neutralisiert worden (Walkmühle).

Wesentlichkeit

§ 303 Abs. 2, § 304 Abs. 2 und § 305 Abs. 2 HGB erlauben einen Verzicht auf Konsolidierungsmaßnahmen, wenn die Beträge für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Verbundes nur von untergeordneter Bedeutung sind. Die Hinweise des Ministeriums des Innern und für Sport gehen in 6.5, 7.2 und 8.3 auf eine mögliche Quantifizierung ein und verweisen auf die Regelung aus 2.11. Die hier zugrunde gelegte Wesentlichkeitsgrenze bewegt sich im Rahmen dieser Vorgaben.

Gesamtabschluss 2014

3.1.4 Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Auf eine einheitliche Bewertung wurde verzichtet, da gem. § 53 GemHVO von den Aufgabenträgern auch bei abweichenden Ansatz- und Bewertungsvorschriften grundsätzlich keine Anpassung der Posten für den Gesamtabschluss vorgenommen werden muss. Im Folgenden werden daher lediglich cursorisch die wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden der LHW, des WVV Konzerns und der ELW wiedergeben, die am Stichtag 47 % (LHW), 40 % (WVV) und 10 % (ELW) also insgesamt 97 % zum Gesamtvermögen des Verbundes der LHW und ihrer Aufgabenträger beitrugen. Im Übrigen wird auf die jeweiligen Darstellungen in den Einzelabschlüssen verwiesen.

AKTIVA

Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagevermögen

Die immateriellen Vermögensgegenstände sind zu Anschaffungskosten bewertet und werden linear nach der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer abgeschrieben. Investitionszuschüsse an Dritte sind als immaterielle Vermögensgegenstände ausgewiesen und werden grundsätzlich über den Zeitraum der Zweckbindung abgeschrieben.

Sachanlagen werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen bzw. bei voraussichtlich dauernder Wertminderung zum niedrigeren beizulegenden Wert bewertet. Für die Eröffnungsbilanzwerte der Kernverwaltung der LHW wurden die entsprechenden Sonderregelungen zu Grunde gelegt. Die Nutzungsdauer für die Vermögensgegenstände der Kernverwaltung der LHW orientiert sich grundsätzlich an der kommunalen Abschreibungstabelle Hessen, für die Aufgabenträger an den handelsrechtlichen Vorschriften. Für den Deponiekörper findet die leistungsabhängige Abschreibung nach § 7 Abs. 1 Satz 5 EStG Anwendung.

Finanzanlagen

Bei der Bewertung der Eigenbetriebe kommt in der Kernverwaltung zwischenzeitlich die fortgeführte Eigenkapitalspiegelbildmethode zur Anwendung, bei den sonstigen Aufgabenträgern sind die Finanzanlagen zu Anschaffungskosten bewertet, gegebenenfalls - bei voraussichtlich dauerhafter oder vorübergehender Wertminderung - unter Absetzung außerplanmäßiger Abschreibungen.

Umlaufvermögen

Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe werden - soweit keine Verbrauchsfiktion unterstellt und folglich kein Wert angesetzt wurde - zu durchschnittlichen fortgeschriebenen Einstandspreisen bewertet. Zudem wurde das strenge Niederstwertprinzip beachtet. Bestandsrisiken aufgrund verminderter Verwertbarkeit oder langer Lagerdauer wird durch angemessene Wertabschläge Rechnung getragen.

Fertige und unfertige Erzeugnisse und Leistungen werden zu Herstellungs- bzw. Anschaffungskosten bewertet. Bestandsrisiken aufgrund langer Lagerdauer oder verminderter Verwertbarkeit wird grundsätzlich durch angemessene Wertabschläge Rechnung getragen.

Gesamtabschluss 2014

Forderungen, sonstige Vermögensgegenstände und flüssige Mittel sind grundsätzlich zum Nennbetrag angesetzt. Bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind Ausfallrisiken durch angemessene Einzelwertberichtigungen sowie durch pauschale Wertberichtigungen berücksichtigt worden.

Aktive Rechnungsabgrenzung

Die Rechnungsabgrenzungsposten sind mit dem Nennwert bilanziert.

Aktive latente Steuern

Gem. § 274 HGB wurde bei den Aufgabenträgern von dem Wahlrecht Gebrauch gemacht, die aktiven latenten Steuern nicht in der Bilanz auszuweisen. Bei der Kernverwaltung werden keine aktiven latenten Steuern ausgewiesen. Auf eine gesonderte Ermittlung von latenten Steuern auf Ebene des Gesamtabschlusses wird entsprechend der Hinweise des Ministeriums des Innern und für Sport verzichtet.

PASSIVA

Eigenkapital

Die Nettoposition (Basiskapital) ergab sich als Saldo durch den Vergleich von Vermögen mit (zweckgebundenen) Rücklagen, Sonderrücklagen und Schulden in der Eröffnungsbilanz der Kernverwaltung zum 01.01.2007. Diese verändert sich nur, wenn ein Verlustvortrag durch die Ergebnisse der folgenden 5 Jahre nicht ausgeglichen werden kann. Dies war bisher nicht erforderlich.

Sonderposten

Erhaltene Zuschüsse für Investitionen, Zuweisungen und Beiträge sind als Sonderposten ausgewiesen und werden, soweit sie einem einzelnen Vermögensgegenstand zuzuordnen sind, grundsätzlich ertragswirksam über den gleichen Zeitraum wie der bezuschusste Vermögensgegenstand aufgelöst. In allen anderen Fällen erfolgt die Auflösung linear über die durchschnittliche Nutzungsdauer der entsprechenden Vermögenskategorie. Pauschale Investitionszuwendungen werden über 20 Jahre aufgelöst (z. B. Schulbaupauschale, allgemeine Investitionspauschale und Baukostenzuschüsse, soweit diese nicht aktivisch abgesetzt sind).

Mit Einführung des Gesamtabschlusses wurde die Bilanzierung der Sonderposten im Verbund grundsätzlich vereinheitlicht. Zuwendungen für Investitionen wurden bei den Aufgabenträgern vor dem 01.01.2012 teilweise von den Anschaffungskosten abgesetzt.

Die Auflösung des Kanalbeitragsfonds erfolgt linear über 33 Jahre.

Gesamtabschluss 2014

Rückstellungen

Die Berechnung der Pensions- und Beihilferückstellungen erfolgte nach dem Teilwertverfahren gemäß § 6a EStG. Die Ermittlung der Rückstellung für Altersteilzeit erfolgte auf Basis der Stellungnahme des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW) vom 18.11.1998 zur Rechnungslegung (IDW RS HFA 3). Den nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelten Teilwerten liegt unter Verwendung der Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck für die Kernverwaltung der LHW ein Rechnungszinsfuß von 4,5 % zugrunde und entspricht dem nach handelsrechtlichen Grundsätzen zum 31.12.2014 anzusetzenden Zinsfuß von 4,53 %. Dieser Rechnungszinsfuß entspricht nicht dem in § 41 Abs. 5 GemHVO-Doppik vorgesehenen Rechnungszins von 6 %. Diese vorsichtige kaufmännische Kalkulation führt zwar zu einer höheren Zuführung an die Pensionsrückstellung, reduziert damit aber auch das Risiko einer unzureichenden Pensionsrückstellung bei der „Inanspruchnahme“ in späteren Jahren.

Die Zuschüsse nach der Hessischen Beihilfenverordnung stellen eine unmittelbare Verpflichtung der LH Wiesbaden dar. Für die Beihilfeverpflichtungen gegenüber ausgeschiedenen Beamtinnen und Beamten wird eine Rückstellung gebildet. Bei der Bewertung der Beihilfeverpflichtungen zum Stichtag 31.12.2014 wurde eine durchschnittliche Beihilfezahlung in Höhe von 4.100 € p. a. in Ansatz gebracht.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen der Aufgabenträger sind nach dem Anwartschaftsbarwertmethode unter Berücksichtigung künftiger Entwicklungen sowie vereinfachend gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB unter Anwendung des pauschalen durchschnittlichen Marktzinssatzes der Deutschen Bundesbank für Restlaufzeiten von 15 Jahren bewertet. Zum Bilanzstichtag wurde ein Zinssatz von 4,53 % zugrunde gelegt (für die Altersteilzeitrückstellungen der WVV 2,80 %). Für 2015 liegt dieser Zinsfuß bei 3,89 %.

Die Rückstellung der Kernverwaltung für das Leistungsentgelt nach § 18 TVöD errechnet sich aus der Differenz zwischen dem Gesamtvolumen für das Leistungsentgelt (2 % der ständigen Monatsentgelte des Vorjahres aller unter den TVöD fallenden Beschäftigten) und dem Teilbetrag i. H. v. 6 % des Tabellenentgelts des Monats September. Das Leistungsentgelt soll auf Basis der abgeschlossenen Dienstvereinbarung ausgezahlt werden.

Die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle bis zur Bilanzerstellung bekannt gewordenen ungewissen Schulden sowie sonstige Risiken, die das abgelaufene Geschäftsjahr betreffen. Sie sind in Höhe der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung zu erwartenden Ausgaben zum Erfüllungsbetrag bewertet.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten sind zum Erfüllungsbetrag bewertet. Leibrenten wurden mit ihrem Barwert (Kapitalwert) bilanziert.

Gesamtabschluss 2014

Passive Rechnungsabgrenzung

Die Rechnungsabgrenzungsposten sind mit dem Nennwert bilanziert.

Passive latente Steuern

Passive latente Steuern werden weder von der Kernverwaltung der LHW noch von den Aufgabenträgern ausgewiesen. Auf eine gesonderte Ermittlung von passiven latenten Steuern wird auf der Ebene des Gesamtabschlusses verzichtet.

Gesamtabschluss 2014

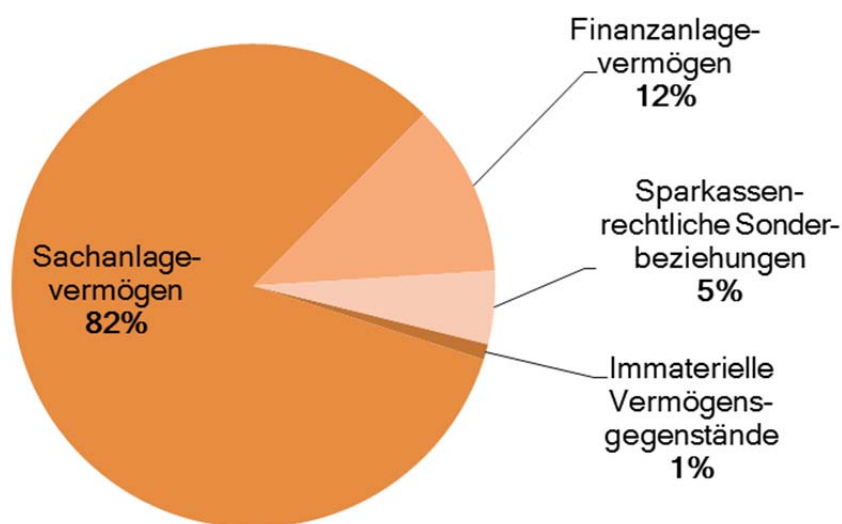
3.2 Erläuterungen zu den Posten der zusammengefassten Vermögensrechnung

3.2.1 Anlagevermögen

Das Anlagevermögen ist im Berichtszeitraum auf nunmehr 3.772,4 Mio. € gestiegen.

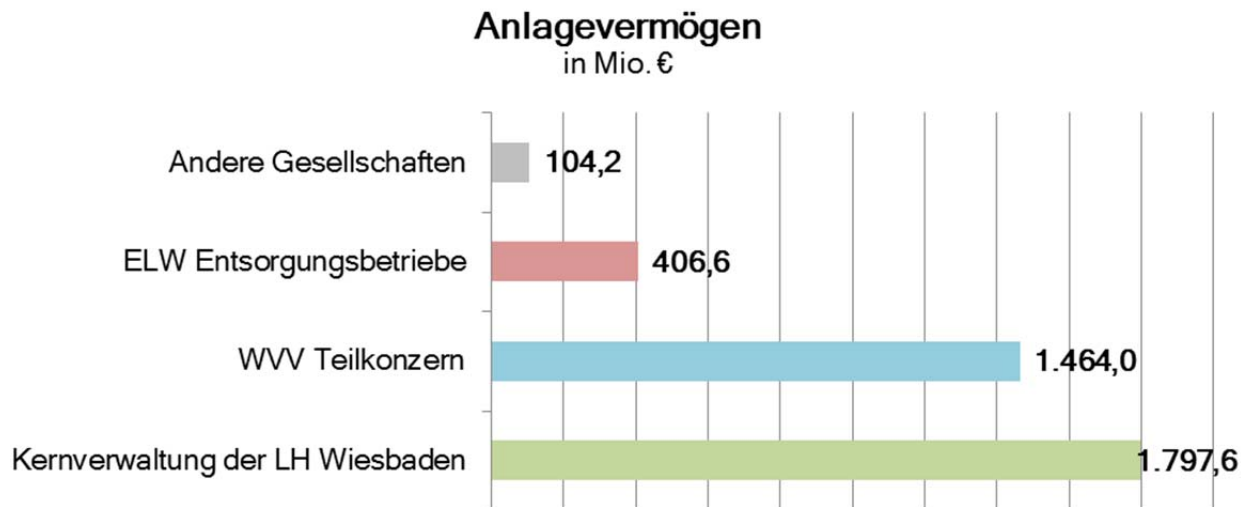
in Mio. €	31.12.2014	31.12.2013	Veränderung
Anlagevermögen	3.772,4	3.631,7	140,7 ↑
Immaterielle Vermögensgegenstände	35,1	36,7	-1,6 ↓
Sachanlagevermögen	3.112,9	2.968,8	144,1 ↑
Finanzanlagevermögen	450,8	452,6	-1,8 ↓
Sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen	173,6	173,6	0,0 →

Die Struktur sieht folgendermaßen aus:



Gesamtabschluss 2014

Das Anlagevermögen verteilt sich auf die LHW und ihre Aufgabenträger wie folgt:



Die detaillierte Entwicklung des Anlagevermögens im Gesamtabchluss zeigen die folgenden Erläuterungen sowie der Anlagenspiegel (Anlage 1).

Immaterielle Vermögensgegenstände

in Mio. €	31.12.2014	31.12.2013	Veränderung
Immaterielle Vermögensgegenstände	35,1	36,7	-1,6 ↓
Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte	6,6	5,7	0,9 ↑
Geleistete Investitionszuweisungen, -zuschüsse	28,5	31,0	-2,5 ↓

Im Berichtsjahr verringerten sich die immateriellen Vermögensgegenstände insgesamt um 1,6 Mio. €.

Materiell wichtigste Position sind die geleisteten Investitionszuweisungen, insbesondere für die Bereiche Sport, Kultur und Kinderbetreuung (z. B. Deutsches Rotes Kreuz).

Bei den Konzessionen, Lizenzen und ähnlichen Rechten sind Investitionen im Zusammenhang mit der Einführung der e-Akte von 1,2 Mio. € getätigt worden.

Gesamtabschluss 2014

Sachanlagevermögen

in Mio. €	31.12.2014	31.12.2013	Veränderung
Sachanlagevermögen	3.112,9	2.968,8	144,1 ↑
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten auf fremden Grundstücken	1.937,7	1.848,6	89,1 ↑
Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	835,8	847,3	-11,5 ↓
Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung	80,8	42,3	38,5 ↑
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	122,8	81,2	41,6 ↑
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	135,8	149,4	-13,6 ↓

Im Berichtsjahr erhöhte sich das Sachanlagevermögen insgesamt um 144,1 Mio. €.

Die folgende Tabelle verdeutlicht die Veränderungen:

Sachanlagevermögen in Mio. €	
Stand Sachanlagevermögen zum 01.01.2014	2.968,8
Zugänge	280,6
Abschreibungen (abzgl. Zuschreibungen)	-116,0
Umbuchungen	-0,2
Konzernkreisveränderungen	0,0
Abgänge (abzgl. Abschreibungen auf Abgänge)	-20,3
Stand Sachanlagevermögen zum 31.12.2014	3.112,9

Gesamtabschluss 2014

Die Zusammensetzung der Zugänge zeigt die folgende Tabelle:

Zugänge Sachanlagevermögen in Mio. €	
Übernahme der "Nassauischen Altertümer" vom Land Hessen	38,7
Erwerb von Grundstücken	26,2
Neubau Platz der deutschen Einheit	49,1
Neubau RMH (Anlagen im Bau)	6,0
Bau u. Sanierung von Wohngebäuden	48,6
Betriebs- und Verwaltungsgebäude	11,0
Kindertagesstätten	7,9
Schulen	6,3
Infrastrukturvermögen	9,2
Verteilungsanlagen	7,5
Technische Anlagen	9,0
Versorgungsleitungen zum Netzausbau	5,6
Fahrzeuge Personennahverkehr	6,2
Abwassersammlungsanlagen (Kanäle)	9,9
Abwasserreinigungsanlage (Klärwerke)	2,6
Investitionen im Bereich Abfallbehandlung und mobile Entsorgung	2,0
Übrige (einschließlich der Neu- und Ersatzbeschaffung von Betriebs- und Geschäftsausstattung)	34,8
Summe	280,6

Die Abgänge im Sachanlagevermögen i. H. v. 20,3 Mio. € resultieren insbesondere aus Grundstücksverkäufen sowie dem Abriss von Gebäuden (z. B. Rhein-Main-Halle).

Gesamtabschluss 2014

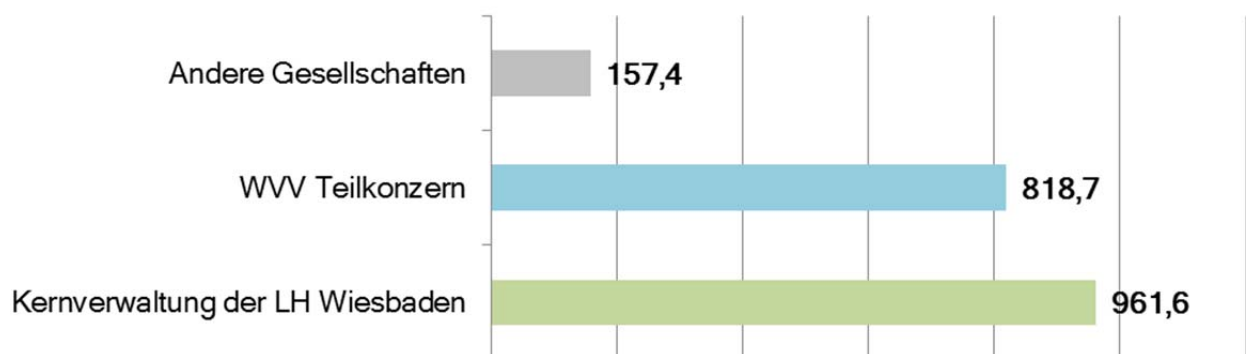
Das Sachanlagevermögen ist zum einen geprägt durch Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten auf fremden Grundstücken, zum anderen durch das Infrastrukturvermögen.

in Mio. €	31.12.2014	31.12.2013	Veränderung
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten auf fremden Grundstücken	1.937,7	1.848,6	89,1 ↑
Wohngebäude (einschließlich Grund und Boden)	685,5	697,3	-11,8 ↓
Schulgebäude (einschließlich Grund und Boden)	486,9	493,0	-6,1 ↓
Verwaltungs- und Bürogebäude (einschließlich Grund und Boden)	131,9	132,2	-0,3 ↓
Unbebaute Grundstücke	164,3	138,9	25,4 ↑
Sonstiges	469,1	387,2	81,9 ↑

Im Berichtsjahr erhöhte sich diese Bilanzposition auf 1.937,7 Mio. €. Zusammen mit den Schulgebäuden (486,9 Mio. €) bilden die Wohngebäude (685,5 Mio. €) die bedeutendsten Positionen in diesem Segment.

Die Position setzt sich wie nachstehend zusammen:

Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten auf fremden Grundstücken in Mio. €



Den wertmäßig größten Anteil haben die Kernverwaltung der LHW und der WVV-Teilkonzern.

Das Sachanlagevermögen wird zum anderen geprägt durch Sachanlagen im Gemeingebrauch und Infrastrukturvermögen.

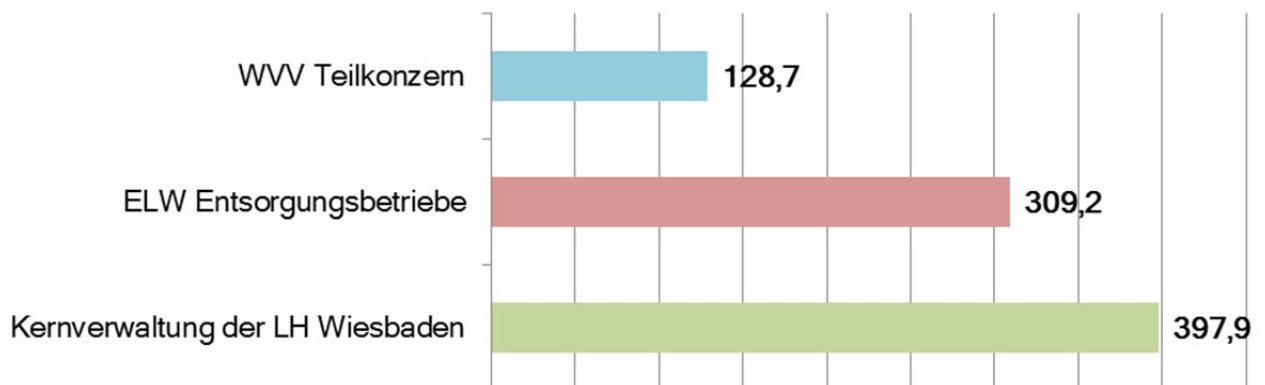
Gesamtabschluss 2014

in Mio. €	31.12.2014	31.12.2013	Veränderung
Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	835,8	847,3	-11,5 ↓
Kanalisation, Kläranlagen	296,7	302,2	-5,5 ↓
Straßen, Wege, Plätze	211,9	221,8	-9,9 ↓
Energieversorgungsnetz	128,7	127,9	0,8 ↑
Kultur- u. Naturgüter, öffentliche Grünflächen, Friedhofsanlagen	64,6	64,5	0,1 ↑
Wald	47,7	46,2	1,5 ↑
Sonstiges	86,2	84,7	1,5 ↑

Im Berichtsjahr verringert sich das Infrastrukturvermögen auf 835,8 Mio. € (Vorjahr 847,3 Mio. €). Wesentliche Positionen sind die Kanalisation und Kläranlagen mit 296,7 Mio. €, Straßen, Wege und Plätze mit 211,9 Mio. € sowie das Energieversorgungsnetz mit 128,7 Mio. €. Der Werteverzehr bei den Straßen spiegelt das subjektive Gefühl bei der Benutzung des öffentlichen Straßennetzes.

Das Infrastrukturvermögen verteilt sich folgendermaßen auf die Kernverwaltung der LHW, die ELW und den WVV-Teilkonzern:

Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen in Mio. €



Gesamtabschluss 2014

Finanzanlagen

in Mio. €	31.12.2014	31.12.2013	Veränderung
Finanzanlagevermögen	450,8	452,6	-1,8 ↓
Anteile an verbundenen Unternehmen	1,9	1,9	0,0 →
Beteiligungen	307,8	312,8	-5,0 ↓
Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	29,8	26,9	2,9 ↑
Wertpapiere des Anlagevermögens	0,0	35,7	-35,7 ↓
Sonstige Ausleihungen (sonstige Finanzanlagen)	111,3	75,3	36,0 ↑

Die Anteile an verbundenen Unternehmen beinhalten die nicht konsolidierten Aufgabenträger von nachrangiger Bedeutung sowie das Sondervermögen der fiduziarischen Stiftungen der Landeshauptstadt.

Im Berichtsjahr ist das Finanzanlagevermögen geringfügig auf 450,8 Mio. € gesunken.

Die Verringerung resultiert im Wesentlichen aus der Verminderung der Anteile an assoziierten Unternehmen des WVV-Teilkonzerns um 4,8 Mio. € aufgrund der at-Equity-Bewertung.

Die Wertpapiere des Anlagevermögens bestanden 2013 aus einem Schuldscheindarlehen in Höhe von 35,7 Mio. € bei der DZ-Bank (Anlage aus den Erlösen des Teilverkaufs der Stadtwerke Wiesbaden AG an die Thüga AG aus dem Jahre 2001). Da es jederzeit kündbar wäre wird es ab 2014 in der Position „Sonstige Ausleihungen“ ausgewiesen.

Weiter beinhalten die Ausleihungen im Wesentlichen niedrig verzinsten Darlehen zur Förderung von preisgünstigem Wohnraum für breite Schichten der Bevölkerung.

Gesamtabschluss 2014

3.2.2 Umlaufvermögen

in Mio. €	31.12.2014	31.12.2013	Veränderung
Umlaufvermögen	511,5	568,2	-56,7 ↓
Vorräte einschließlich Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	7,0	5,8	1,2 ↑
Fertige und unfertige Erzeugnisse, Leistungen und Waren	84,1	60,4	23,7 ↑
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	156,6	215,9	-59,3 ↓
Flüssige Mittel	263,8	286,1	-22,3 ↓

Insgesamt sank im Berichtsjahr das Umlaufvermögen um 56,7 Mio. € und beträgt zum 31.12.2014 insgesamt 511,5 Mio. €.

Die Position „Fertige und unfertige Erzeugnisse, Leistungen und Waren“ stieg 2014 um 23,7 Mio. €, was im Wesentlichen durch den Erwerb von zum Verkauf bestimmten Grundstücken beim WVV-Teilkonzern bedingt war.

Dahingegen sanken die Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände um 59,3 Mio. €. Im WVV-Teilkonzern sanken im Wesentlichen die Forderungen aus Lieferung und Leistung im Vergleich zum Vorjahr um 31,7 Mio. €. Bei der LHW sanken die Forderungen aus Zuweisungen (-6,7 Mio. €), die Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben (-5,2 Mio. €) sowie die sonstigen Vermögensgegenstände (-7,6 Mio. €).

Die Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände in Höhe von 156,6 Mio. € setzen sich wie folgt zusammen:

Gesamtabschluss 2014

in Mio. €	31.12.2014	31.12.2013	Veränderung
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	156,6	215,9	-59,3 ↓
Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	46,2	52,9	-6,7 ↓
Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben, Umlagen	18,6	23,7	-5,1 ↓
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	44,6	80,2	-35,6 ↓
Forderungen gegen verbundene Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen	0,5	0,3	0,2 ↑
Sonstige Vermögensgegenstände	46,7	58,8	-12,1 ↓

Die Forderungen aus Zuweisungen u. ä. beinhalten einen Anspruch der LHW gegenüber dem Land Hessen i. H. v. 38,7 Mio. €, der gemäß den Förderrichtlinien zur Umsetzung des Hessischen Sonderinvestitionsprogramms sowie des Zukunftsinvestitionsgesetzes des Bundes hier ausgewiesen ist. In gleicher Höhe ist bei den Kreditverbindlichkeiten gegenüber dem Kreditmarkt ein entsprechender Gegenposten passiviert. Des Weiteren bestehen Forderungen der LHW für die Gemeindeanteile Einkommensteuer und Umsatzsteuer für das 4. Quartal 2014 (5,2 Mio. €) sowie Forderungen gegenüber Bundesministerium für Arbeit und Soziales in Höhe von 0,8 Mio. €.

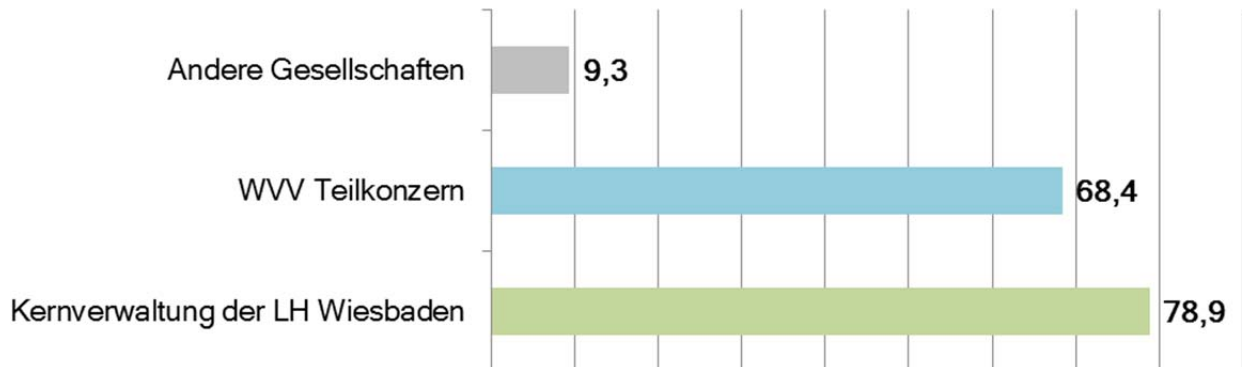
Die Forderungen aus Steuern, insbesondere der Gewerbesteuern haben im Vergleich zum Vorjahr um 5,1 Mio. € abgenommen.

Die sonstigen Vermögensgegenstände sanken um 12,1 Mio. € auf 46,7 Mio. €. Die Position setzt sich im Wesentlichen aus Steuerforderungen des WVV-Teilkonzerns i. H. v. 26,1 Mio. € und Nebenforderungen (5,7 Mio. €), Forderungen für Darlehen, die nach dem BSHG, SGB II und SGB XII vergeben wurden (2,2 Mio. €) sowie Forderungen ans Finanzamt i. H. v. 3,0 Mio. € der LHW zusammen.

Die Aufteilung der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände auf die Aufgabenträger ergibt folgendes Bild:

Gesamtabschluss 2014

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände in Mio. €



Die Restlaufzeiten sind dem Forderungsspiegel (Anlage 2) zu entnehmen.

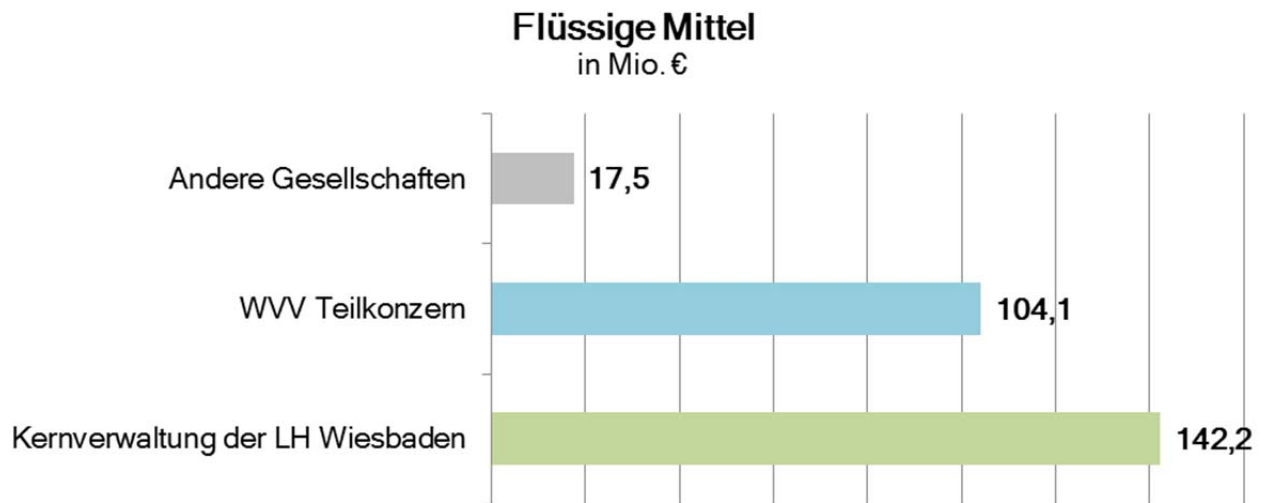
Flüssige Mittel

in Mio. €	31.12.2014	31.12.2013	Veränderung
Flüssige Mittel	263,8	286,1	-22,3 ↓
Guthaben bei Kreditinstituten	263,7	285,9	-22,2 ↓
Kasse	0,1	0,2	-0,1 ↓

Zum 31.12.2014 betragen die flüssigen Mittel 263,8 Mio. €. Die Entwicklung ist aus der Finanzrechnung ersichtlich, welche die Mittelherkunft und -verwendung der liquiden Mittel aufzeigt.

Gesamtabschluss 2014

Bezogen auf die Gesellschaften stellt sich die Verteilung folgendermaßen dar:



3.2.3 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

in Mio. €	31.12.2014	31.12.2013	Veränderung
Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten	29,4	29,3	0,1 ↑
Kernverwaltung der LH Wiesbaden	28,0	27,8	0,2 ↑
WVV Teilkonzern	1,2	1,3	-0,1 ↓
WJW Wiesbadener Jugendwerkstatt GmbH	0,1	0,1	0,0 →
Sonstige	0,1	0,1	0,0 →

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten ist gegenüber dem Vorjahr im Wesentlichen unverändert und beträgt im Berichtsjahr 29,4 Mio. €. Er beinhaltet u. a. Anspar- und Sonderbeiträge von Landesdarlehen (5,2 Mio. €) sowie im Dezember 2014 gezahlte Transferaufwendungen (17,6 Mio. €) und Beamtenbezüge (4,8 Mio. €) für den Januar des Folgejahres.

Gesamtabschluss 2014

3.2.4 Eigenkapital

Das Eigenkapital verringerte sich im Berichtszeitraum um 33,4 Mio. € auf 1.510,8 Mio. €.

in Mio. €	31.12.2014	31.12.2013	Veränderung
Eigenkapital	1.510,8	1.544,2	-33,4 ↓
Netto-Position	1.259,1	1.259,1	0,0 →
Rücklagen, Sonderrücklagen und Stiftungskapital	92,7	65,1	27,6 ↑
Gesamtbilanzgewinn/-verlust	96,7	156,1	-59,4 ↓
Anteile Dritter am Eigenkapital	62,3	63,9	-1,6 ↓

Die Nettosition der LHW beträgt 1.259,1 Mio. €. Da ab dem Jahr 2011 keine ergebnisneutralen Korrekturen der Eröffnungsbilanz mehr möglich sind, bleibt die Nettosition insoweit unverändert.

Zum 01.01.2014 wurde der Jahresüberschuss der Kernverwaltung der Landeshauptstadt aus 2013 i. H. v. 27,6 Mio. € der Rücklage des ordentlichen Ergebnisses zugeführt, so dass sich die Rücklage entsprechend erhöht hat. Bei dem in dieser Position enthaltenen Stiftungskapital i. H. v. 1,9 Mio. € handelt es sich um das auf der Aktivseite unter den Anteilen an verbundenen Unternehmen in gleicher Höhe ausgewiesene Sondervermögen.

Der Gesamtbilanzgewinn reduzierte sich um 59,4 Mio. € auf nunmehr 96,7 Mio. €. Er setzt sich aus dem um die Anteile Dritter reduzierten Gesamtjahresergebnis, dem Ergebnisvortrag sowie den Entnahmen bzw. Zuführungen zu den Rücklagen zusammen.

Die Anteile Dritter am Eigenkapital, die einen Ausgleichsposten für fremde Gesellschafter darstellen, haben sich im Berichtsjahr nur geringfügig verändert.

Die detaillierte Entwicklung des Eigenkapitals kann dem Eigenkapitalspiegel (Anlage 3) entnommen werden.

Gesamtabschluss 2014

3.2.5 Sonderposten

in Mio. €	31.12.2014	31.12.2013	Veränderung
Sonderposten	322,2	284,0	38,2 ↑
Sonderposten für erhaltenen Investitionszuweisungen, -zuschüsse und -beiträge	291,1	253,3	37,8 ↑
Sonstige Sonderposten	31,1	30,7	0,4 ↑

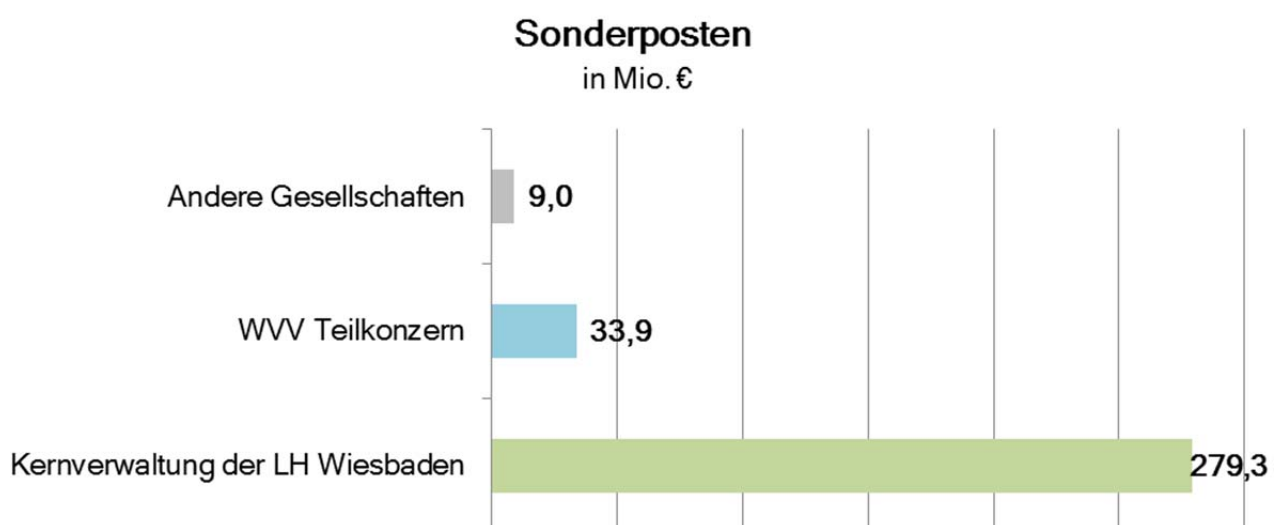
Im Berichtsjahr nahmen die Sonderposten um 38,2 Mio. € auf 322,2 Mio. € zu. Die detaillierte Entwicklung ist im Sonderpostenspiegel dargestellt (Anlage 5).

Die Kernverwaltung der LHW bilanziert Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge in Höhe von 279,2 Mio. €. Davon entfallen 236,7 Mio. € auf Zuweisungen vom öffentlichen Bereich, 8,6 Mio. € auf Zuschüsse vom nicht öffentlichen Bereich und 33,8 Mio. € auf Erschließungsbeiträge für Straßen.

Die Zuweisungen vom öffentlichen Bereich beinhalten neben den zweckgebundenen Zuschüssen für Einzelmaßnahmen als größere Positionen die Schulbaupauschale mit 45,3 Mio. € sowie die allgemeine Investitionspauschale mit 32,1 Mio. €.

Die Sonderposten der Kernverwaltung der LHW machen insgesamt rd. 87 % des Postens aus.

Die sonstigen Sonderposten entfallen fast ausschließlich auf den WVV-Teilkonzern und beinhalten neben den Investitionszuschüssen für Baumaßnahmen im geförderten Wohnungsbau auch die vereinnahmten Baukostenzuschüsse aus den Verteilnetzen der Energieversorgung.



Gesamtabschluss 2014

3.2.6 Rückstellungen

in Mio. €	31.12.2014	31.12.2013	Veränderung
Rückstellungen	698,2	676,6	21,6 ↑
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	504,2	490,0	14,2 ↑
Rückstellungen für Finanzausgleich und Steuerschuldverhältnisse	0,4	0,1	0,3 ↑
Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien	69,3	64,5	4,8 ↑
Rückstellungen für die Sanierungen von Altlasten	0,6	0,8	-0,2 ↓
Sonstige Rückstellungen	123,7	121,2	2,5 ↑

Im Berichtsjahr erhöhten sich die Rückstellungen um 21,6 Mio. € auf 698,2 Mio. €. Die Entwicklung der Rückstellungen ist im Rückstellungsspiegel (Anlage 4) dargestellt.

Materiell wichtigste Position sind die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen. Sie betreffen im Wesentlichen die Kernverwaltung der LHW.

in Mio. €	31.12.2014	31.12.2013	Veränderung
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	504,2	490,0	14,2 ↑
Kernverwaltung der LH Wiesbaden	481,1	467,8	13,3 ↑
WVV Teilkonzern	15,3	14,9	0,4 ↑
ELW Entsorgungsbetriebe	7,3	6,6	0,7 ↑
Rhein-Main-Hallen GmbH	0,3	0,3	0,0 →
TriWiCon	0,2	0,2	0,0 →
Mattiaqua (Bäderbetrieb)	0,0	0,1	-0,1 ↓
AHW AltenHilfe Wiesbaden GmbH	0,0	0,1	-0,1 ↓

Unter den Rückstellungen für Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen werden bei der LHW zum einen Verpflichtungen für Versorgungsansprüche von Beamtinnen/Beamten und ihren Hinterbliebenen ausgewiesen (422,7 Mio. €). Zum anderen wird gemäß der Hessischen Bei-

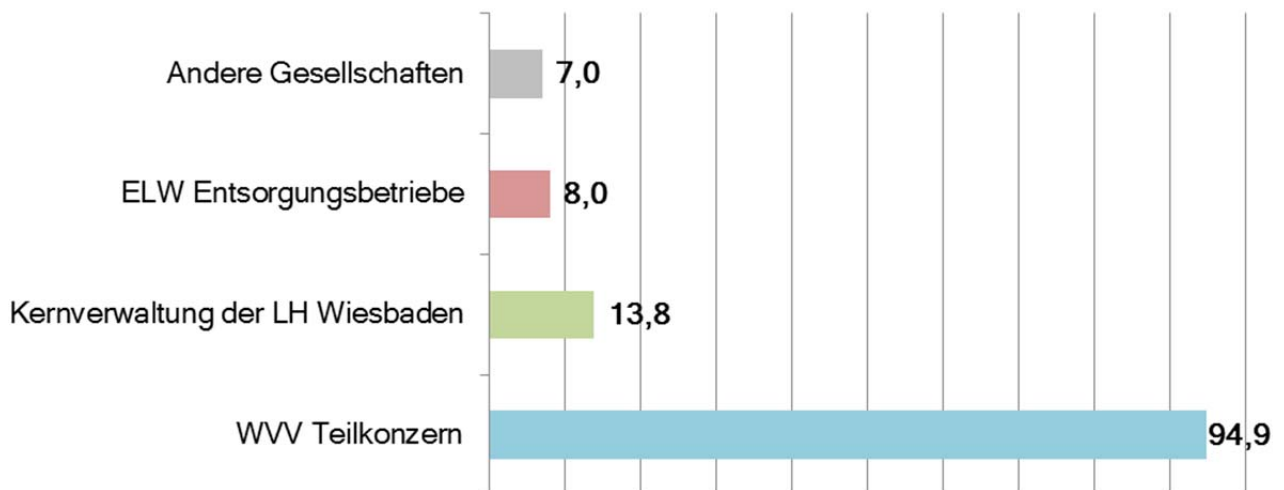
Gesamtabschluss 2014

hilfenverordnung aktiven und ausgeschiedenen Beamtinnen/Beamten und deren beihilfeberechtigten Angehörigen Beihilfe als Zuschuss im Krankheitsfall gewährt (58,0 Mio. €). Des Weiteren sind in dieser Position Rückstellungen für Altersteilzeit i. H. v. 0,5 Mio. € enthalten. Beim WVV-Teilkonzern bezieht sich die Rückstellung von 15,2 Mio. € auf Pensionäre und zukünftige Pensionäre der ESWE Versorgung, der ESWE Netz GmbH, von ESWE Verkehr sowie der GWW, GeWeGe und SEG. Die ELW Entsorgungsbetriebe weisen für Pensions- und Beihilfeverpflichtungen ihrer Beamtinnen und Beamten 7,3 Mio. € aus.

Die Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien i. H. v. 69,3 Mio. € wurden für die Deponie Dyckerhoffbruch inkl. Oberflächenabdichtung und Nachsorgeleistungen gebildet.

Die sonstigen Rückstellungen i. H. v. 123,7 Mio. € betreffen mit 94,9 Mio. € im Wesentlichen den WVV Teilkonzern.

Sonstige Rückstellungen in Mio. €



Gesamtabschluss 2014

Die wesentlichen Posten sind der folgenden Tabelle zu entnehmen:

Sonstige Rückstellung (in Mio. €)	31.12.2014
WVV Teilkonzern	
Risikovorsorge für Rückzahlungsverpflichtungen wegen überhöhter Wasserpreise bei der ESWE Versorgungs AG	22,8
Ausstehende Rechnungen aus Lieferungen und Leistungen	19,4
Rückstellungen für den Personalbereich (Urlaub, Gleitzeit, Beihilfen, Aufwendungen f. Pensionäre, Jubiläen)	15,9
Bauinstandhaltungen	2,7
Netzentgelte	10,0
Energiespezifische Risiken	3,0
Drohende Verluste aus schwebenden Geschäft	7,0
Kernverwaltung der LH Wiesbaden	
Rückstellungen für die nicht ausgezahlten Leistungsentgelte nach dem TvöD	3,9
Rückstellungen für das Lebensarbeitszeitkonto	4,7
ELW Entsorgungsbetriebe	
Rückstellungen für den Personalbereich (Urlaub, Überstunden, Altersteilzeit, Jubiläen)	3,0
Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung und Rückbaukosten im Entwässerungsbereich	1,6

Gesamtabschluss 2014

3.2.7 Verbindlichkeiten

Im Berichtsjahr haben sich die Verbindlichkeiten in Höhe von 1.737,8 Mio. € um 56,9 Mio. € bzw. 3,4 % erhöht. Sie setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. €	31.12.2014	31.12.2013	Veränderung
Verbindlichkeiten	1.737,8	1.680,9	56,9 ↑
Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahme	1.508,0	1.431,7	76,3 ↑
Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen und Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen	2,7	13,5	-10,8 ↓
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	76,5	64,4	12,1 ↑
Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	4,7	5,0	-0,3 ↓
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, Sondervermögen und Beteiligungen	6,8	17,8	-11,0 ↓
Sonstige Verbindlichkeiten	139,1	148,5	-9,4 ↓

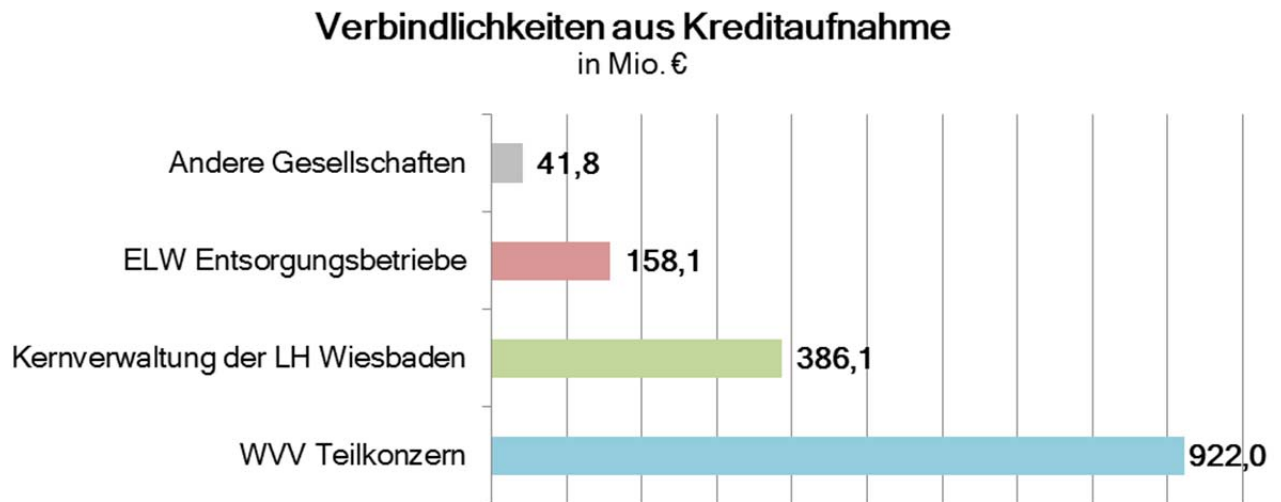
Wesentlich sind hier die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahme in Höhe von 1.508,0 Mio. €.

in Mio. €	31.12.2014	31.12.2013	Veränderung
Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahme	1.508,0	1.431,7	76,3 ↑
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.301,8	1.230,7	71,1 ↑
Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern	34,3	35,8	-1,5 ↓
Sonstige Verbindlichkeiten aus Krediten	171,9	165,1	6,8 ↑
Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0,0	0,1	-0,1 ↓

Im Vergleich zum Stichtag 31.12.2013 haben sie sich um 76,3 Mio. € erhöht. Dieser Zuwachs resultiert insbesondere aus der Finanzierung von Investitionen durch den WVV-Teilkonzern, insbesondere durch die SEG Stadtentwicklungsgesellschaft mbH und GWW Wiesbadener Wohnungsgesellschaft mbH.

Gesamtabschluss 2014

Die Aufteilung auf die Aufgabenträger ergibt folgendes Bild:

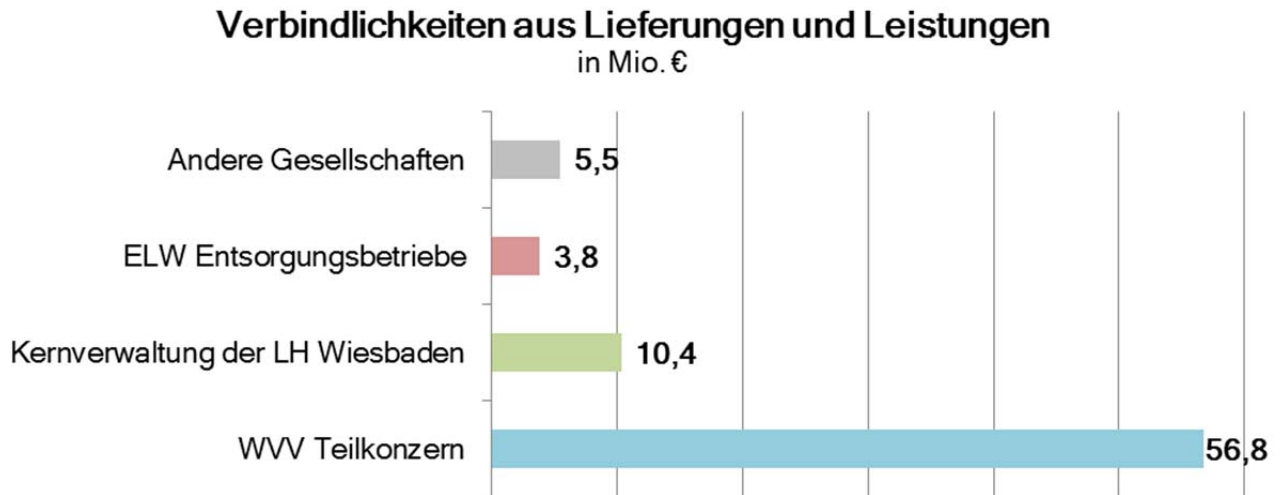


Die Verbindlichkeiten des WVV Teilkonzerns von 922,0 Mio. € verteilen sich auf den Immobilienbereich mit 525,3 Mio. € (Vj. 483,9 Mio. €), die WVV Holding mit 210,5 Mio. € (Vj. 197,4 Mio. €), den Versorgungsbereich mit 159,3 Mio. € (Vj. 164,1 Mio. €) und den Verkehrsbereich mit 26,9 Mio. € (Vj. 28,9 Mio. €).

Die Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen und Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen in Höhe von 2,7 Mio. € sind ausschließlich der Kernverwaltung der LHW zuzuordnen. Die Abnahme i. H. v 10,8 Mio. € resultiert zum größten Teil aus der Auflösung der geplanten Zuweisung an das Land zur städtebaulichen Entwicklung des Areals Gerichtsstraße.

Gesamtabschluss 2014

Nachstehende Grafik enthält die Aufteilung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 76,5 Mio. € (Vorjahr 64,4 Mio. €) auf die einzelnen Aufgabenträger:



Die Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben i. H. v. 4,7 Mio. € sind gegenüber dem Vorjahr leicht gesunken (-0,3 Mio. €) und betreffen zum größten Teil die Kernverwaltung der LHW.

Im Vergleich zum Vorjahr sind die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Beteiligungen um 11,0 Mio. € auf 6,8 Mio. € gesunken. Letztes Jahr bestand diese Position im Wesentlichen aus vertraglichen Verpflichtungen der HSK Rhein-Main GmbH aus dem Verkauf der Geschäftsanteile an der Dr. Horst Schmidt Kliniken GmbH. Zum Bilanzstichtag 2013 bestand nur noch eine Zahlungsverpflichtung aus der letzten Tranche i. H. v. 11,5 Mio. € die in 2014 fällig geworden ist und somit entfällt.

Der Posten „Sonstige Verbindlichkeiten“ in Höhe von 139,1 Mio. € ist gegenüber dem Vorjahr um 9,4 Mio. € gesunken. Beim WVV-Teilkonzern enthalten die sonstigen Verbindlichkeiten i. H. v. 95,1 Mio. € neben den Steuern und Sozialabgaben auch Verbindlichkeiten gegenüber anderen Kreditgebern aus Objektfinanzierungen. Den größten Anteil an den sonstigen Verbindlichkeiten bei der LHW nehmen zweckgebundene Einnahmen, die noch nicht dem Zweck entsprechend verwendet wurden (z.B. Garagenfonds, Offensive für Kinderbetreuung sowie der LHW-Anteil der Sanierungsförderung), ein.

Die Restlaufzeiten der Verbindlichkeiten können dem Verbindlichkeitspiegel (Anlage 6) entnommen werden.

Gesamtabschluss 2014

3.2.8 Passive Rechnungsabgrenzungsposten

in Mio. €	31.12.2014	31.12.2013	Veränderung
Passiver Rechnungsabgrenzungsposten	44,4	43,6	0,9 ↑
Kernverwaltung der LH Wiesbaden	36,3	36,5	-0,2 ↓
WVV Teilkonzern	4,4	4,3	0,1 ↑
ELW Entsorgungsbetriebe	1,8	1,6	0,2 ↑
Sonstige	1,9	1,2	0,7 ↑

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten beträgt im Berichtsjahr 44,4 Mio. € (Vorjahr 43,6 Mio. €).

Diese Position enthält bei der LHW u. a. Einnahmen für Grabnutzungsrechte i. H. v. 35,0 Mio. €, die ertragsmäßig zukünftige Jahre betreffen.

Beim WVV-Teilkonzern betreffen die passiven Rechnungsabgrenzungsposten im Wesentlichen abgegrenzte Verkehrseinnahmen für das Jahr 2015, Mietvorauszahlungen im Bereich der Wohnungswirtschaft sowie Einnahmen aus von Dritten geleisteten Einmalzahlungen für Installationen und Anschlüsse, die über die jeweilige Laufzeit der Verträge aufgelöst werden.

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten bei den ELW Entsorgungsbetrieben wurde für die Vergütung einer Abwasserleitung von Airfield Erbenheim zum Hauptklärwerk gebildet. Der entstandene Erlös ist passiv abgegrenzt und wird über den Zeitraum der Kanalnutzungsdauer aufgelöst.

Gesamtabschluss 2014

3.3 Erläuterungen zur zusammengefassten Ergebnisrechnung

3.3.1 Ordentliches Ergebnis

Verwaltungsergebnis

Das Verwaltungsergebnis hat sich gegenüber 2013 um 66,5 % auf 14,6 Mio. € verringert und wird im Folgenden erläutert.

in Mio. €	31.12.2014	31.12.2013	Veränderung
Verwaltungsergebnis	14,6	97,9	-83,3 ↓
Ordentliche Erträge	1.807,4	1.878,8	-71,4 ↓
Ordentliche Aufwendungen	1.792,8	1.780,9	-11,9 ↓

Gesamtabschluss 2014

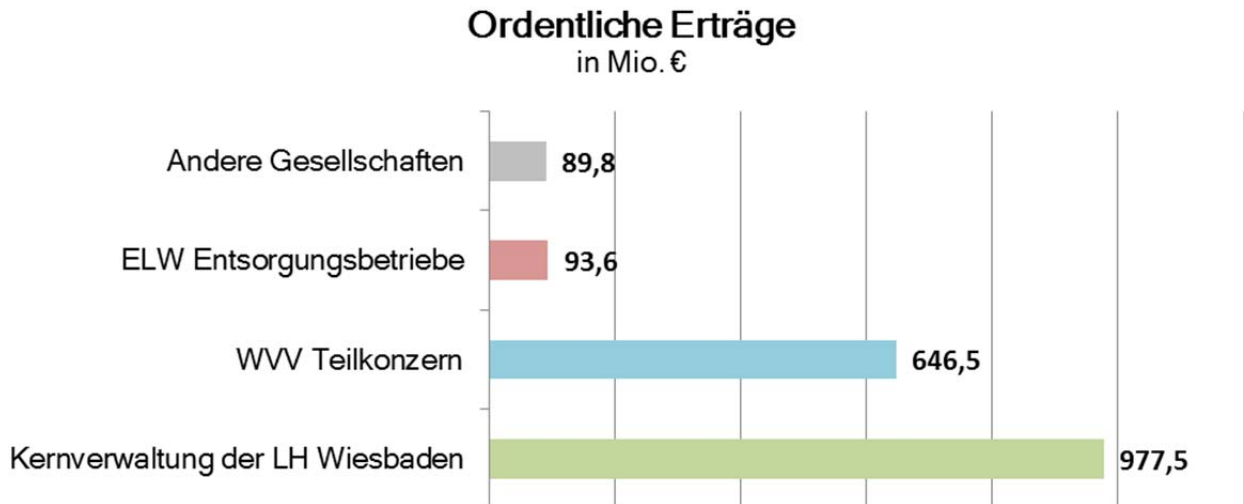
Ordentliche Erträge

in Mio. €	31.12.2014	31.12.2013	Veränderung
Ordentliche Erträge	1.807,4	1.878,8	-71,4 ↓
Privatrechtliche Leistungsentgelte	691,5	738,0	-46,5 ↓
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	116,2	113,3	2,9 ↑
Kostenersatzleistungen und -erstattungen	12,3	10,8	1,5 ↑
Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	41,0	28,9	12,1 ↑
Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	495,6	553,3	-57,7 ↓
Erträge aus Transferleistungen	167,6	166,5	1,1 ↑
Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	195,1	202,2	-7,1 ↓
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	16,7	16,9	-0,2 ↓
Sonstige ordentliche Erträge	71,4	49,0	22,4 ↑

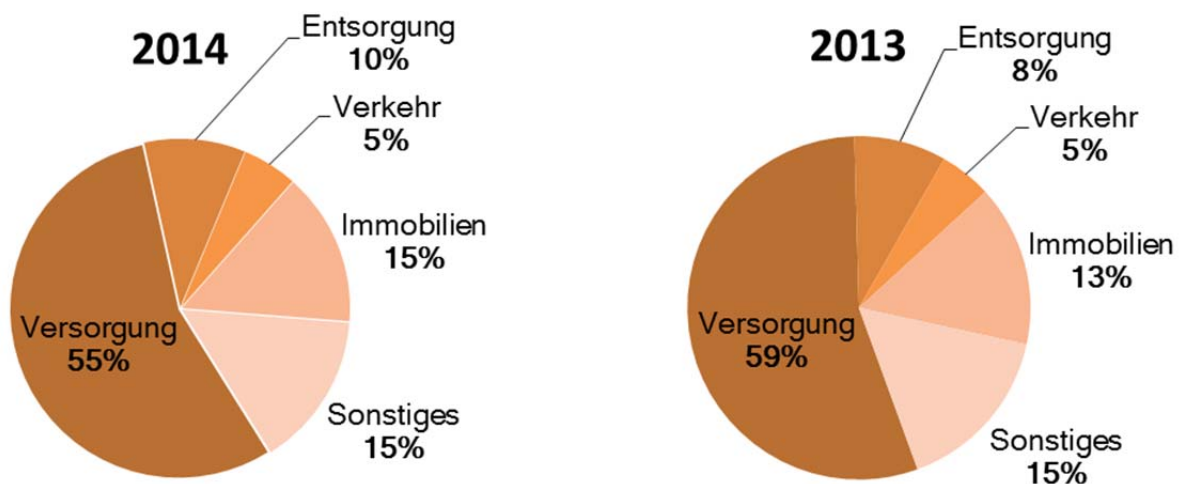
Die ordentlichen Erträge in Höhe von 1.807,4 Mio. € haben sich im Vergleich zum Vorjahr verringert (-71,4 Mio. €). Sie setzen sich zum einen aus Leistungsentgelten, zum anderen aus Steuern und steuerähnlichen Erträgen zusammen, die zusammen über zwei Drittel dieser Position ausmachen. Während erstere primär in den ausgegliederten Aufgabenträgern erzielt werden, sind die Erträge aus Steuern u. ä. ausschließlich der Kernverwaltung der LHW zuzuordnen. Der größte Abstieg ist bei den Steuern zu verzeichnen. Während sie im Vorjahr 553,3 Mio. € betragen, sanken sie zum 31.12.2014 auf 495,6 Mio. € (-57,7 Mio. €). Die Bestandsveränderungen entfallen im Wesentlichen auf die Wohnungs- und Projektentwicklungsgesellschaften.

Gesamtabschluss 2014

Die ordentlichen Erträge verteilen sich folgendermaßen auf die LHW und ihre Aufgabenträger:



Im Folgenden werden die **privatrechtlichen- und öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte (Umsätze)** bei der Darstellung auf Gesellschaftsebene gemeinsam betrachtet. Im Berichtsjahr betragen sie insgesamt 807,8 Mio. € und haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 43,5 Mio. € verringert. Die Leistungsentgelte lassen sich nach fünf Geschäftszweigen differenzieren. Diese Bereiche sind in der folgenden Grafik für das Berichts- und das Vorjahr dargestellt.



Prozentual hat das Leistungsentgelt im Bereich Versorgung am meisten im Vergleich zum Vorjahr abgenommen (-4 %). In absoluten Zahlen ausgedrückt sind die Versorgungsleistungen bedingt durch den milden Winter um 45,1 Mio. € gesunken.

Gesamtabschluss 2014

in Mio. €	31.12.2014	31.12.2013	Veränderung
Leistungsentgelte	807,8	851,3	-43,5 ↓
Versorgung	447,8	492,9	-45,1 ↓
Entsorgung	78,5	70,5	8,0 ↑
Verkehr	42,6	43,6	-1,0 ↓
Immobilien	118,8	112,5	6,3 ↑
Sonstiges	120,1	131,8	-11,7 ↓

Die Versorgung macht mit 447,8 Mio. € rd. 55 % der Entgelte aus. Von den Versorgungsleistungen entfallen 280,9 Mio. € auf die Strom- und 112,7 Mio. € auf die Gasversorgung.

Die **Kostenersatzleistungen und -erstattungen** i. H. v. 12,3 Mio. € (Vj. 10,8 Mio. €) sind leicht gestiegen und entfallen ausschließlich auf die Kernverwaltung. Bedeutendste Positionen sind die Erstattungen für den Sozialbereich mit 4,2 Mio. €, die Gastschulbeiträge mit 1,5 Mio. € und die Wahlerstattung des Hessischen Innenministeriums mit 0,4 Mio. €.

Die **Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen** haben im Berichtsjahr mit 41,0 Mio. € (Vj. 28,9 Mio. €) zugenommen. Den größten Anteil haben die Wohnungsbau- und Projektgesellschaften SEG (22,7 Mio. €), GWW (11,5 Mio. €), WiBau (1,9 Mio. €) sowie die der ESWE Versorgung (1,1 Mio. €).

Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen betragen im Berichtsjahr 495,6 Mio. €. Sie sanken im Vergleich zum Vorjahr um 10,4 % und setzen sich wie folgt zusammen:

Gesamtabschluss 2014

in Mio. €	31.12.2014	31.12.2013	Veränderung
Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen	495,6	553,3	-57,7 ↓
Gewerbesteuer	248,4	317,5	-69,1 ↓
Einkommenssteuer	146,1	136,6	9,5 ↑
Grundsteuer	57,6	55,1	2,5 ↑
Umsatzsteuer	22,8	22,1	0,7 ↑
Sonstiges	20,7	22,0	-1,3 ↓

Den größten Anteil an den Steuern hat die Gewerbesteuer mit 248,4 Mio. € (50 %). Im Berichtsjahr **sank sie um 21,8 %**. Die Gewerbesteuererträge entfallen fast ausschließlich auf die Kernverwaltung der LHW. Der Rückgang in diesem Bereich erklärt sich unter anderem durch einen Einmaleffekt von 50 Mio. €, der das Ergebnis in 2013 verbesserte.

Die **Erträge aus Transferleistungen** sind im Berichtsjahr leicht gestiegen. Sie betragen zum 31.12.2014 167,6 Mio. € und entfallen maßgeblich auf die LHW. Sie unterliegen abrechnungsbedingten Schwankungen. 2014 stiegen sie um 1,1 Mio. € leicht an.

Die **Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen** betragen im Berichtsjahr 195,1 Mio. € (Vj. 202,2 Mio. €). Insgesamt sind die Erträge um 7,1 Mio. € gesunken. Sie setzen sich aus den Erträgen aus Zuweisungen/Zuschüssen von Bund und Land und von sonstigen zusammen. In den Erträgen aus allgemeinen Zuweisungen/Zuschüssen (Bund/Land) sind die Mittel aus dem Finanzausgleich (Schlüsselzuweisungen) enthalten. Während sich die Schlüsselzuweisungen, die mit der Steuerkraft der Kommune korrelieren, im Berichtsjahr 2014 um 13,0 Mio. € auf 110,3 Mio. € verringert haben, stiegen die Erstattungen aus der vollständigen Übernahme der Grundsicherung durch den Bund (SGB XII Kap. 4) um 6,9 Mio. €. Der Rückgang der Schlüsselzuweisungen resultiert aus vorangegangenen höheren Steuererträgen.

Bezogen auf alle Kommunen des Landes Hessen kürzte das Hessische Ministerium der Finanzen die Zuweisungen an die kommunale Familie ab dem Jahr 2011 um insgesamt 358,6 Mio. € pro Jahr. Der Betrag setzt sich zusammen aus Streichungen des Anteils der Grunderwerbsteuer (ca. - 160,0 Mio. €), der Ersatzleistungen des Bundes für KFZ-Steuer

Gesamtabschluss 2014

(ca. - 159,0 Mio. €) und der Gewerbesteuerumlage (ca. - 39,6 Mio. €). Derzeit befindet sich eine Neufassung des Finanzausgleichsgesetzes im Gesetzgebungsverfahren.¹²

Von den **Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten** aus empfangenen Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen i. H. v. 16,7 Mio. € (Vj. 16,9 Mio. €) sind 15,9 Mio. € der Kernverwaltung der LHW zuzuordnen. Die Auflösung erfolgt zeitbezogen nach Maßgabe der Erfüllung der Verpflichtung aus dem Zuwendungsverhältnis.

Die **sonstigen ordentlichen Erträge** i. H. v. 71,4 Mio. € stiegen im Berichtsjahr um 22,4 Mio. €. Neben den Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen, ist hier die Auflösung der Verbindlichkeiten aus dem Zuschussvertrag mit dem Hessischen Immobilienmanagement für Maßnahmen zur Aufwertung des Areals im Zusammenhang mit der Errichtung einer juristischen Fakultät durch die European Business School i.H.v. 10,0 Mio. € ausgewiesen. Forderungen der Kernverwaltung in Höhe von 7,3 Mio. €, die bisher als wertberichtigt veranschlagt wurden, wurden 2014 niedergeschlagen. Dies führte einerseits zu einem Anstieg der „Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen“, zum anderen zu einer Abschreibung auf Forderungen für befristete Niederschlagungen in der gleichen Höhe.

¹² Information des Hess. Städtetags aus 2010: Auswirkungen der KFA-Mittelkürzungen und -umsetzungen im FAG-Änderungsgesetz 2011 (auf der Basis von Ansätzen für 2011)

Gesamtabschluss 2014

Ordentliche Aufwendungen

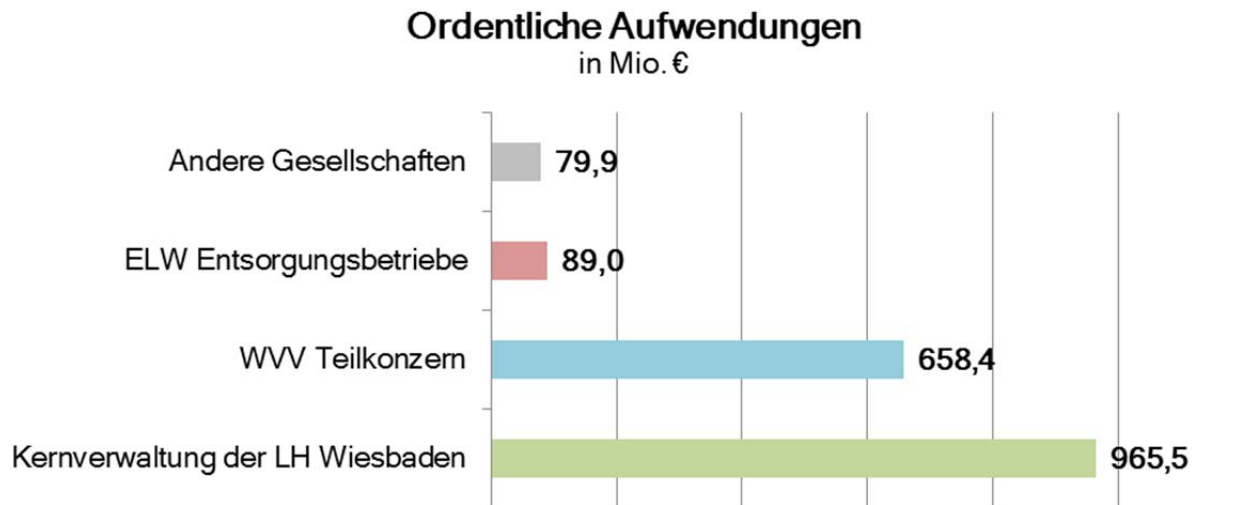
in Mio. €	31.12.2014	31.12.2013	Veränderung
Ordentliche Aufwendungen	1.792,8	1.780,9	11,9 ↑
Personalaufwendungen	392,2	375,8	16,4 ↑
Versorgungsaufwendungen	43,0	50,2	-7,2 ↓
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	658,8	673,4	-14,6 ↓
Abschreibungen	149,3	136,7	12,6 ↑
Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	88,7	70,5	18,2 ↑
Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	106,1	115,2	-9,1 ↓
Transferaufwendungen	336,3	343,0	-6,7 ↓
Sonstige ordentliche Aufwendungen	18,4	16,1	2,3 ↑

Die ordentlichen Aufwendungen im Berichtsjahr belaufen sich auf 1.792,8 Mio. €. Sie haben im Vergleich zum Vorjahr einen Anstieg um 11,9 Mio. € (0,7 %) zu verzeichnen.

Den größten Anstieg gab es im Berichtsjahr bei den Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besonderen Finanzaufwendungen, den Personalaufwendungen und den Abschreibungen.

Gesamtabschluss 2014

Die Verteilung auf die Aufgabenträger ist der nachstehenden Grafik zu entnehmen.



Die **Personalaufwendungen** belaufen sich auf 392,2 Mio. €. Da die Versorgungsaufwendungen i. H. v. 43,0 Mio. €, die zu großen Teilen für die Beamten der LHW entstehen, nicht nur den Aufwand für die Ruhestandsbeamten sondern auch den für die aktiven Beamten (z. B. für Zuführungen zu Pensionsrückstellungen) umfassen, werden diese beiden Positionen in der folgenden Tabelle zusammen betrachtet.

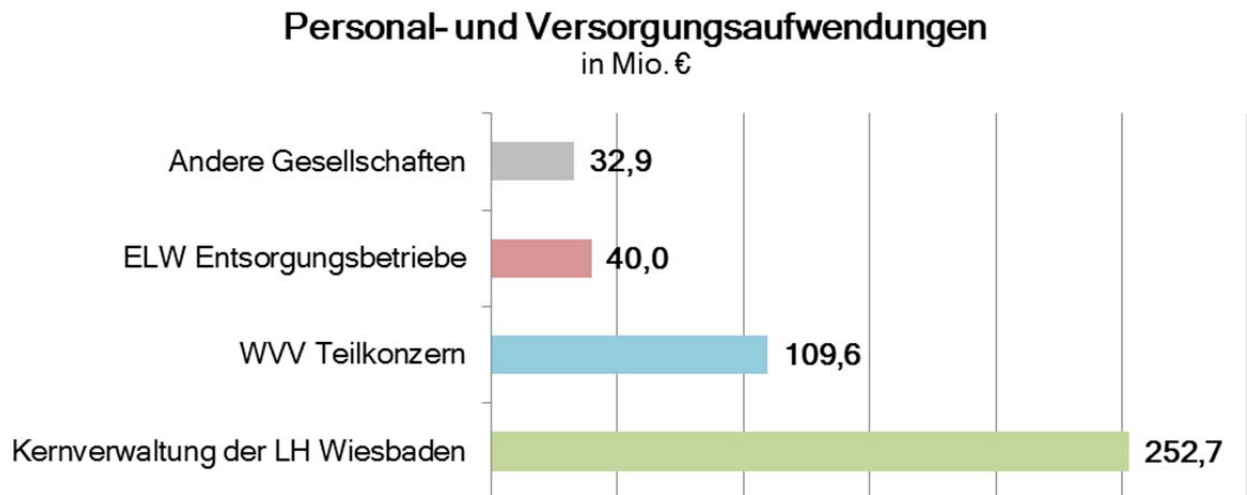
in Mio. €	31.12.2014	31.12.2013	Veränderung
Personalaufwendungen	392,2	375,8	16,4 ↑
Versorgungsaufwendungen	43,0	50,2	-7,2 ↓
Summe	435,2	426,0	9,2 ↑
Arbeitnehmerentgelte	271,2	259,0	12,2 ↑
Beamtenbezüge (einschl. Versorgungsbezüge)	88,4	95,6	-7,2 ↓
Sozialaufwendungen (ausgenommen die Aufwendungen für die Altersversorgung und Unterstützung)	58,7	56,1	2,6 ↑
Sonstige Personalaufwendungen	16,9	15,3	1,6 ↑

Die Personalaufwendungen (einschl. Versorgungsaufwendungen) haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 9,2 Mio. € (2,2 %) erhöht. Den stärksten Zuwachs haben die Arbeitnehmerentgelte zu verzeichnen. Sie stiegen im Berichtsjahr um 12,2 Mio. € (4,7 %) an. Die Versorgungsaufwendungen schwanken durch sich ändernde versicherungsmathematische An-

Gesamtabschluss 2014

nahmen. Hierzu zählen beispielsweise geänderte Sterbetafeln, Änderungen der Besoldung, Ein- und Austritte sowie Beförderungen.

Auf die Aufgabenträger verteilt stellen sich die Personalaufwendungen wie untenstehend dar.



Mit 252,7 Mio. € entfallen auf die LHW 58 % der Personalaufwendungen. Dies entspricht auch ungefähr dem Anteil der LHW an der Gesamtmitarbeiterzahl.

Eine Übersicht über die Anzahl und die Verteilung der Mitarbeiter ist unter Punkt 3.5.3 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zu finden.

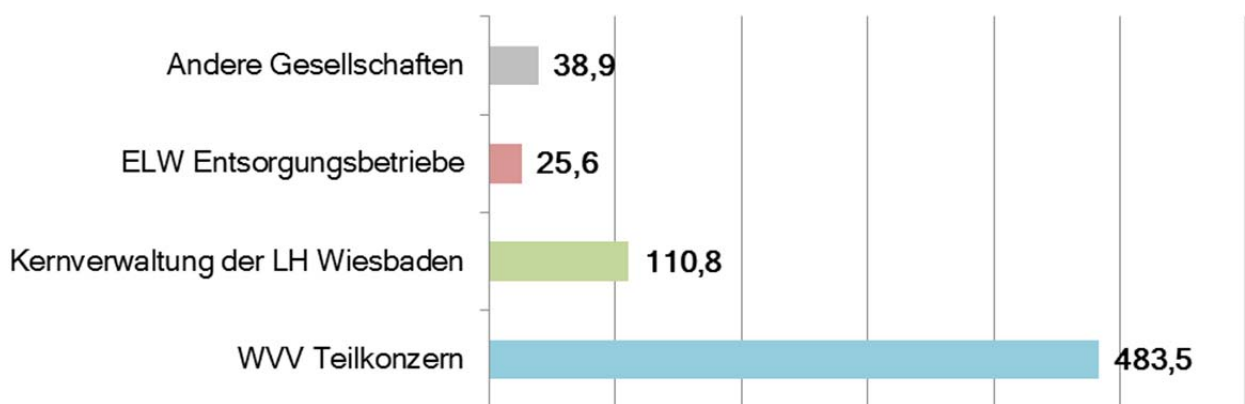
Gesamtabschluss 2014

Die **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** betragen im Berichtsjahr 658,8 Mio. €. Sie sind im Berichtsjahr um insgesamt 14,6 Mio. € gesunken.

in Mio. €	31.12.2014	31.12.2013	Veränderung
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistung	658,8	673,4	-14,6 ↓
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	375,2	415,8	-40,6 ↓
Aufwendungen für bezogene Leistungen, Reparaturen und Instandhaltung	106,2	112,8	-6,6 ↓
Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Pflichten	122,6	98,1	24,5 ↑
Sonstige Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	54,8	46,7	8,1 ↑

Die Aufgliederung auf die Gesellschaften stellt sich folgendermaßen dar:

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Mio. €



Die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe sowie für bezogene Waren sanken im Berichtsjahr um 40,6 Mio. €. Diese Entwicklung lässt sich größtenteils auf den WVV-Teilkonzern zurückführen, der im Bereich Versorgung in diesem Jahr einen geringeren Bezugsaufwand für Strom und Gas verzeichnen konnte. Die Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten haben sich um 24,5 Mio. € erhöht. Hierbei handelt es sich u. a. um Mieten, Pachten und Hausbewirtschaftungskosten.

Insgesamt haben sich im WVV Teilkonzern die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen im Vergleich zum Vorjahr von 503,8 Mio. € um 20,3 Mio. € auf 483,5 Mio. € verringert.

Bei der LHW (110,8 Mio. €; Vj. 105,7 Mio. €) und den ELW (25,6 Mio. €; Vj. 25,6 Mio. €) sind die Aufwendungen relativ konstant geblieben.

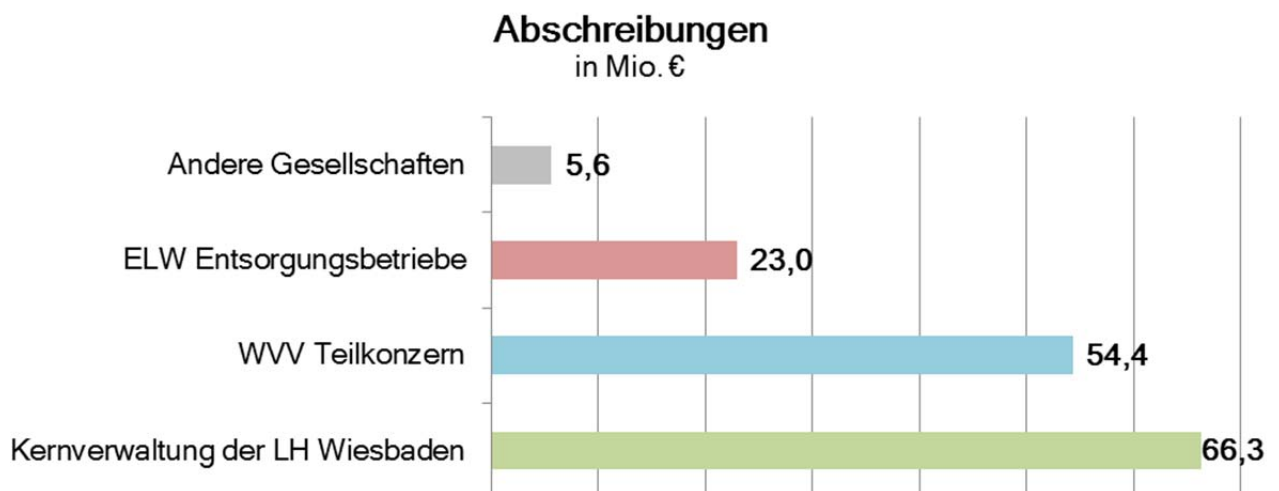
Gesamtabschluss 2014

Die **Abschreibungen** betragen im Berichtsjahr 149,3 Mio. €. Sie sind gegenüber dem Vorjahr um 12,6 Mio. € gestiegen.

in Mio. €	31.12.2014	31.12.2013	Veränderung
Abschreibungen	149,3	136,7	12,6 ↑
Abschreibungen auf aktivierte Investitionszuweisungen, -zuschüsse und -beiträge	4,8	5,0	-0,2 ↓
Sonstige Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	2,0	2,1	-0,1 ↓
Abschreibungen auf Sachanlagen	114,9	110,0	4,9 ↑
Wertberichtigungen auf Forderungen	27,6	19,6	8,0 ↑

Die Abschreibungen können im Anlagenspiegel (Anlage 1) detailliert nachvollzogen werden.

Beigetragen zu den Gesamtabschreibungen haben in erster Linie folgende Aufgabenträger:



Die **Aufwendungen für Zuweisungen, Zuschüsse und besondere Finanzaufwendungen** in Höhe von 88,7 Mio. € (Vj. 70,5 Mio. €) entfallen im Wesentlichen auf die Kernverwaltung und betreffen u. a. den Betriebskostenzuschuss für das Hessische Staatstheater (16,0 Mio. €), Kindertagesstätten-Zuschüsse an die Evangelische Regionalverwaltung Wiesbaden (13,2 Mio. €), an den Gesamtverband der katholischen Kirchengemeinden in Hessen (6,4 Mio. €) und an den AWO Kreisverband Wiesbaden 4,2 Mio. € sowie einen Zuschuss an die Caritas i. H. v. 1,8 Mio. €.

Gesamtabschluss 2014

Die **Steueraufwendungen** in Höhe von 106,1 Mio. € stellen ausschließlich Umlageverpflichtungen der LHW dar und betreffen die Umlage an den Landeswohlfahrtsverband (60,4 Mio. €; Vj. 59,0 Mio. €), die Gewerbesteuerumlage (39,7 Mio. €; Vj. 50,5 Mio. €) sowie die Krankenhausumlage (5,9 Mio. €; Vj. 5,7 Mio. €).

Die **Transferaufwendungen** i. H. v. 336,3 Mio. € (Vj. 343,0 Mio. €) entfallen ebenfalls hauptsächlich auf die LHW. Sie stellen die Aufwendungen für soziale Leistungen dar. Größte Positionen sind die Leistungen an natürliche Personen nach dem SGB XII (u. a. Grundsicherung im Alter) mit 160,7 Mio. € (Vj. 156,8 Mio. €) und die Leistungen nach dem SGB II (Grundsicherung für Arbeitsuchende) mit 114,4 Mio. € (Vj. 114,0 Mio. €).

Die **sonstigen ordentliche Aufwendungen** in Höhe von 18,4 Mio. € (Vj. 16,1 Mio. €) beinhalten im Wesentlichen Aufwendungen aus Steuern, Konzessionsabgaben und Personalgestellung sowie Aufwendungen aus Konsolidierungsdifferenzen.

Gesamtabschluss 2014

Finanzergebnis

	31.12.2014	31.12.2013	Veränderung
Finanzergebnis	-27,2	-9,2	-18,0 ↓
Finanzerträge	40,6	54,9	-14,3 ↓
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	67,8	64,1	3,7 ↑

Das Finanzergebnis beträgt - 27,2 Mio. € und ist im Vergleich zum Vorjahr um 18,0 Mio. € gesunken.

Finanzerträge

Die Finanzerträge i. H. v. 40,6 Mio. € resultieren im Wesentlichen aus folgenden Positionen:

- Erträge aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen
- Erträge aus anderen Beteiligungen
- Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Sowohl die **Erträge aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen** i. H. v. 15,2 Mio. € (Vj. 30,0 Mio. €) als auch die Erträge aus anderen Beteiligungen i. H. v. 12,4 Mio. € (Vj. 11,5 Mio. €) entfallen fast ausschließlich auf den WVV-Teilkonzern. Überwiegend handelt es sich dabei einerseits um Erträge aus der Beteiligung an den Kraftwerken Mainz-Wiesbaden AG und andererseits um die Erträge aus der Beteiligung an der Kom9 GmbH & Co.KG, die Anteile an der Thüga AG hält.

Die **sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen** sind mit 7,7 Mio. € (Vj. 9,5 Mio. €) geringfügig zurückgegangen. Der überwiegende Teil entfällt auf die Kernverwaltung der Landeshauptstadt Wiesbaden.

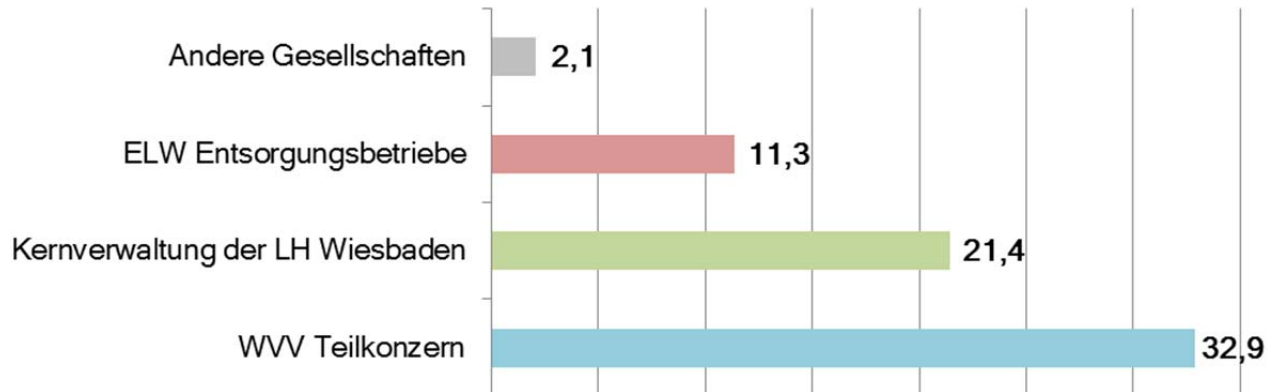
Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen sind um 3,6 Mio. € gestiegen und belaufen sich zum Stichtag 31.12.2014 auf 67,7 Mio. €. Hauptsächlich setzt sich die Position aus Zinsen aus langfristigen und kurzfristigen Verbindlichkeiten sowie sonstigen Zinsen und ähnlichen Aufwendungen zusammen.

Gesamtabschluss 2014

Die Aufwendungen entfallen im Wesentlichen auf den WVV-Teilkonzern, die Kernverwaltung LHW und die ELW Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden.

Zinsen und ähnliche Aufwendungen in Mio. €



Gesamtabschluss 2014

3.3.2 Außerordentliches Ergebnis

in Mio. €	31.12.2014	31.12.2013	Veränderung
Außerordentliche Ergebnis	2,2	1,8	0,4 ↑
Außerordentliche Erträge	17,5	13,9	3,6 ↑
Außerordentliche Aufwendungen	15,3	12,1	3,2 ↑

Außerordentliche Erträge

Die außerordentlichen Erträge betragen im Berichtsjahr 17,5 Mio. € und setzen sich im Wesentlichen aus den nachfolgenden Posten zusammen:

- Erträge aus dem Abgang von immateriellem und Sachanlagevermögen (13,3 Mio. €)
- Andere periodenfremde Erträge (1,5 Mio. €)
- Sonstige außerordentliche Erträge (2,2 Mio. €)

In den **Erträgen aus dem Abgang von immateriellem und Sachanlagevermögen** sind Erträge i. H. v. 4,4 Mio. € der LHW enthalten - u. a. aus diversen Grundstücksverkäufen - sowie Erträge aus Anlagenabgängen des WVV-Teilkonzern i. H. v. 8,8 Mio. €.

Die **anderen periodenfremden Erträge** sind mehrheitlich im WVV-Teilkonzern entstanden. Größte Einzelposition sind Erträge aus der Einnahmenaufteilung mit dem RMV i. H. v. 0,7 Mio. €.

Die **sonstigen außerordentlichen Erträge** sind im Wesentlichen auf die EGW zurückzuführen. Es handelt sich hierbei um eine Einmalzahlung i. H. v. 1,5 Mio. € im Rahmen des Anteilsverkaufs der HSK Kliniken. Diese wurden von der RHÖN-KLINIKUM AG an die Helios GmbH veräußert.

Gesamtabschluss 2014

Außerordentliche Aufwendungen

Die Außerordentlichen Aufwendungen betragen im Berichtsjahr 15,3 Mio. € und setzen sich aus den nachfolgenden Posten zusammen:

- Außerplanmäßige Abschreibungen auf immaterielles u. Sachanlagevermögen (1,1 Mio. €)
- Verluste aus dem Abgang von Sachanlagevermögen (10,2 Mio. €)
- andere periodenfremde (3,0 Mio. €) und
- sonstige außerordentliche Aufwendungen (1,0 Mio. €)

Die **außerplanmäßigen Abschreibungen auf immaterielles und Sachanlagevermögen** beinhalten Abwertungen von Erbbaurechtsgrundstücken i. H. v. 1,1 Mio. €.

Bei den **Verlusten aus dem Abgang von Sachanlagevermögen** handelt es sich im Wesentlichen um den Abriss der Rhein-Main-Halle (8,4 Mio. €).

Von den **periodenfremden und sonstigen außerordentlichen Aufwendungen** i. H. v. 4,0 Mio. € entfallen 2,5 Mio. € auf den WVV-Teilkonzern.

Gesamtabschluss 2014

3.3.3 Jahresüberschuss/ -fehlbetrag

	Einzel- abschlüsse	Eliminierung konzerninterner Verflechtungen	Gesamt- abschluss
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	16,4	-26,8	-10,4
Kernverwaltung der LH Wiesbaden	-16,4	17,1	0,7
WVW Teilkonzern	40,3	-46,7	-6,4
ELW Entsorgungsbetriebe	0,6	-8,0	-7,4
MBA Wiesbaden GmbH	0,4	-1,2	-0,8
WLW Wasserversorgungsbetriebe der Kernverwaltung der LH Wiesbaden	0,3	32,0	32,3
TriWiCon	-11,6	-2,5	-14,1
Kurhaus Wiesbaden GmbH	0,2	1,1	1,3
Wiesbaden Marketing GmbH	0,0	-1,5	-1,5
Rhein-Main-Hallen GmbH	0,0	-0,4	-0,4
WJW Wiesbadener Jugendwerkstatt GmbH	-1,0	-9,2	-10,2
Mattiaqua (Bäderbetrieb)	-1,4	-4,1	-5,5
EGW Gesellschaft für ein gesundes Wiesbaden	-1,1	1,4	0,3
HSK Pflege GmbH	-0,3	-0,4	-0,7
Feierabendheim Simeonhaus GmbH	6,4	-5,3	1,1
AHW AltenHilfe Wiesbaden GmbH	0,0	0,2	0,2
WIM Liegenschaftsfonds GmbH & Co.KG	0,0	0,3	0,3
WIVERTIS	-	0,4	0,4

Gesamtabschluss 2014

Bei der Betrachtung des Gesamtjahresfehlbetrages in Höhe von 10,4 Mio. € ist zu berücksichtigen, dass die Aufteilung auf die Gesellschaften nach der Durchführung sämtlicher Konsolidierungsmaßnahmen erfolgt. Deswegen ist ein Vergleich mit den veröffentlichten Einzelabschlüssen der Aufgabenträger (EA) nicht ohne weitere Erläuterungen möglich und kann in Einzelfällen auch zu Fehlinterpretationen führen.

Durch das Herausrechnen der internen Beziehungen aller in den Gesamtabschluss einbezogenen Gesellschaften verbleiben die Ergebnisse mit Dritten. Dies führt in vielen Fällen zu deutlichen Verschiebungen bei der Ergebnisbetrachtung.

Vereinfacht kann man sagen, dass Gesellschaften, die wenig (zu konsolidierende) Erträge, dafür jedoch höhere (zu konsolidierende) Aufwendungen haben, ihren Ergebnisbeitrag im Verbund gesteigert haben und umgekehrt.

Das trifft im besonderen Maße auch auf gewährte bzw. erhaltene Zuschüsse zu. Ein Beispiel hierfür ist die WJW, die Wiesbadener Jugendwerkstatt, die naturgemäß auf die Zuschüsse der Stadt angewiesen ist. An diesem Beispiel wird auch deutlich, dass die Stadt im gleichen Umfang entlastet wird und sich das Ergebnis entsprechend verbessert.

Ebenfalls entlastet wird die Stadt z. B. durch das Herausrechnen des Stadtanteils (an der Entwässerung der Straßen und Plätze); im gleichen Umfang entfällt der Ertrag bei den ELW Entsorgungsbetrieben und führt zu einem Verlust bei konsolidierter Betrachtung. Nicht zuletzt hier zeigen sich auch die Grenzen dieser Vergleichstabelle. Wäre für diese Dienstleistung (theoretisch) ein Dritter zuständig, wäre der Aufwand bei der Stadt wieder zu berücksichtigen, nur würde der Ertrag nicht bei den ELW, sondern bei dem Dritten entstehen und damit nicht konsolidiert werden.

Eine weitere signifikante Verschiebung ergibt sich bei den WLW Wasserversorgungsbetrieben. Das Wasserversorgungsnetz gehört der ESWE Versorgungs AG und ist von den WLW nur gepachtet. Die dafür vereinbarten und zu konsolidierenden Pachtzahlungen von über 20 Mio. € erhöhen das Ergebnis der WLW und verringern gleichzeitig das Ergebnis des WVV-Teilkonzerns.

3.3.4 Anderen Gesellschaftern zustehendes Ergebnis

Das anderen Gesellschaftern zustehende Ergebnis i. H. v. 22,1 Mio. € beinhaltet im Wesentlichen den Anteil der Thüga AG an der ESWE Versorgungs AG.

3.3.5 Ergebnisverwendung

Die Erläuterungen dieses Punktes erfolgen unter 3.2.4.

Gesamtabschluss 2014

3.4 Erläuterungen zur zusammengefassten Finanzrechnung

Die zusammengefasste Finanzrechnung zeigt, wodurch sich der Finanzmittelfonds im Haushaltsjahr verändert hat. Für die Zwecke des Gesamtabchlusses wurde der Posten Flüssige Mittel der zusammengefassten Vermögensrechnung als Finanzmittelfonds definiert. Der Saldo aus Ein- und Auszahlungen wird als Cashflow bezeichnet. Die Veränderung - eine Abnahme um 22,3 Mio. € - wird dabei den Ein- und Auszahlungen aus drei unterschiedlichen Aktivitäten, der laufenden Geschäftstätigkeit, der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit zugeordnet.

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit für den Verbund wird durch Eliminierung nicht zahlungswirksamer Aufwendungen und Erträge im Periodenergebnis ermittelt, ebenso werden die Auswirkungen der Veränderungen von Forderungen und Verbindlichkeiten auf die Liquidität berücksichtigt.

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit fasst die Zahlungsströme aus Investitionen, Desinvestitionen und erhaltenen Zuwendungen und Beiträgen zusammen. Die Zusammensetzung der Zu- und Abgänge im Anlagevermögen und bei den Sonderposten sind im Anhang erläutert. Wesentliche nicht finanzwirksame Sachverhalte wurden berücksichtigt. Unternehmen oder sonstige Geschäftseinheiten von wesentlicher Größenordnung wurden weder erworben noch verkauft.

Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit bildet Einzahlungen der bzw. Auszahlungen an außenstehende Miteigentümern von Aufgabenträgern und die Neuaufnahme bzw. Tilgung von Krediten ab. Die Veränderung der Verbindlichkeiten aus Kreditfinanzierung sind ebenfalls im Anhang erläutert.

Gesamtabschluss 2014

3.5 Sonstige Angaben

3.5.1 Haftungsverhältnisse

Gesellschaft	Art des Haftungsverhältnisses	Höhe der Haftung in Mio. €		Änderung
		2014	2013	
WVV Teilkonzern	Bestellobligo aus erteilten Aufträgen für Investitionen	35,5	55,3	-19,8
	Verpflichtungen aus Miet- und Leasingverträgen	7,3	5,7	1,6
	Verpflichtungen aus Zusagen von Kreditverträgen	32,5	9,9	22,6
	Rücknahmeverpflichtungen aus der Veräußerung von Wohnungen	0,4	1,5	-1,1
	Treuhandverbindlichkeiten	7,4	5,0	2,4
	Verpflichtungen aus gegebenen Patronatserklärungen	50,0	45,0	5,0
	Verpflichtungen aus Grundstückskaufverträgen	0,7	0,4	0,3
	Verpflichtung aus der Nutzung eines Gasspeichers	12,3	0,0	12,3
Summe:		146,1	122,8	23,3
Kernverwaltung der LH Wiesbaden	Die LHW hat sich bei zahlreichen Grundstücksgeschäften dazu verpflichtet, eventuell anfallende Kosten für die Beseitigung von Altlasten (u. a. Bodenverunreinigung, Kampfmittelräumung) zu übernehmen. Beim Amt für Wirtschaft und Liegenschaften wird eine Aufstellung über diese Verpflichtungen geführt. Diese Liste der Haftungsverhältnisse ist nicht abschließend, da in einigen Fällen eine Altlastenübernahme ohne konkrete Summenbeschränkungen oder Laufzeiten vereinbart wurden.			

Gesamtabschluss 2014

Gesellschaft	Art des Haftungsverhältnisses	Höhe der Haftung in Mio. €		Änderung
		2014	2013	
Kernverwaltung der LH Wiesbaden	Die LH Wiesbaden ist Mitglied im Sparkassenzweckverband Nassau (ZVN) neben der Stadt Frankfurt sowie 4 Landkreisen in Hessen und 2 Landkreisen in Rheinland-Pfalz. Der Verband ist Mitglied im Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen. Er ist ein Zweckverband im Sinne des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit vom 16.12.1969 und damit eine Körperschaft des öffentlichen Rechts (§ 1 der Satzung des Sparkassenzweckverbandes Nassau vom 13.12.1990, zuletzt geändert am 09.03.2011). Der Zweckverband ist Gewährträger der Nassauischen Sparkasse. Nach dem grundsätzlichen Wegfall der Gewährträgerhaftung in 2005 haftet ein Träger nur noch unter ganz bestimmten Bedingungen für Verbindlichkeiten seiner Sparkasse nach dem 31.12.2015 (z. B. bezüglich der Altersvorsorge). Für die Verbindlichkeiten des Verbandes haften die Mitglieder untereinander nach dem Verhältnis der Gesamtbeträge der aus dem Gebiet der einzelnen Mitglieder stammenden Verbindlichkeiten aus dem Sparkassengeschäft gegenüber Kunden und aus den Schuldverschreibungen der Sparkasse und aus den Forderungen an Kunden mit Ausnahme der Forderungen aus Schuldscheindarlehen untereinander. Der Anteil der LH Wiesbaden beträgt aktuell 30 %. Ausgeschiedene Mitglieder können insoweit mit herangezogen werden, als die Ursache für ihre Haftung in der Zeit vor ihrem Ausscheiden liegt (§ 2 Abs. 4 der Satzung).			
	Ausfallbürgschaften (da diese Bürgschaften Eventualverbindlichkeiten darstellen, sind sie gemäß § 251 HGB hier aufgeführt):			
	Bürgschaften für Außenstehende Bürgschaft Dr.-Horst-Schmidt-Kliniken GmbH	6,7 65,6	5,7 65,7	1,0 -0,1
WJW Wiesbadener Jugendwerkstatt	Kommunal verbürgte Darlehen	1,5	1,3	0,2

Gesamtabschluss 2014

3.5.2 Sachverhalte über erhebliche finanzielle Verpflichtungen

Gesellschaft	Sachverhalte mit erheblicher finanzieller Verpflichtung
WVV- Teilkonzern	<p>Bei mehreren Konzerngesellschaften bestehen derivative Finanzinstrumente zur Risikoabsicherung. Zum Bilanzstichtag wurden für alle Geschäfte die Marktwerte ermittelt. In sämtlichen Fällen wurde zwischen dem derivativen Finanzinstrument und dem Grundgeschäft eine Bewertungseinheit gebildet, so dass keine Rückstellungen für drohende Verluste passiviert werden mussten. Zur Feststellung der Wirksamkeit der Sicherungsbeziehung wird die „Critical Terms Match-Methode“ verwendet. Die Bilanzierung sämtlicher Bewertungseinheiten erfolgt nach der „Einfrierungsmethode“.</p>
	<p>Zur Begrenzung des Zinsänderungsrisikos von langfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten hat die ESWE Versorgung Zins-Swap-Geschäfte abgeschlossen. Insgesamt bestehen Swap-Geschäfte mit einem Nominalwert von 21,6 Mio. €. Aufgrund der allgemeinen Zinsentwicklung haben diese am Bilanzstichtag in Summe einen negativen Marktwert in Höhe von 3,7 Mio. € und einen positiven Marktwert von 1 T€. Die Zins-Swap-Geschäfte werden jeweils in Zusammenhang mit der Aufnahme bzw. Prolongation konkreter Darlehen abgeschlossen. Die Marktwerte werden anhand der sich aus den Vereinbarungen in Zukunft ergebenden Zahlungsströme unter Zugrundelegung der erwarteten Zinsentwicklung ermittelt. Die darüber hinaus mittels Termingeschäften beschafften Energiebezüge von Strom und Gas werden mit den in der Zukunft mit hoher Wahrscheinlichkeit anfallenden Absatzgeschäften in eine Einheit gebracht. Da die Beschaffung dem Absatz zeitlich vorgelagert ist, handelt es sich um antizipatives Hedging.</p>
	<p>Bei der GeWeGe werden zur Absicherung gegen steigende Zinsen derivative Finanzinstrumente eingesetzt. Bei den eingesetzten Derivaten handelt es sich um 6 Zinsswaps. Das Nominalvolumen beträgt 84,0 Mio. €. Der negative Marktwert per 31. Dezember 2014 beträgt 11,7 Mio. €. Der Bewertung liegen Zinsstrukturkurven im Zeitpunkt der Bewertung zugrunde.</p>
	<p>Auch bei der GWW werden zur Absicherung gegen steigende Zinsen derivative Finanzinstrumente eingesetzt. Bei den eingesetzten Derivaten handelt es sich um 4 Zinsswaps. Das Nominalvolumen beträgt 32,6 Mio. €. Der negative Marktwert per 31. Dezember 2014 beträgt 6,5 Mio. €. Der Bewertung liegen Zinsstrukturkurven im Zeitpunkt der Bewertung zugrunde.</p>
	<p>Bei der WVV Holding bestehen zwei Zinsswaps zur Absicherung der Zinszahlungsströme von bereits im Vorjahr bestehenden und mit lang-fristiger Laufzeit abgeschlossenen Darlehen (Nominalvolumen der Darlehen zum Stichtag insgesamt 19,3 Mio. €). Der negative Marktwert per 31. Dezember 2014 beträgt 3,0 Mio. €. Der Bewertung liegen Zinsstrukturkurven im Zeitpunkt der Bewertung zugrunde</p>

Gesamtabschluss 2014

Gesellschaft	Sachverhalte mit erheblicher finanzieller Verpflichtung
ELW Entsorgungsbetriebe	Das Bestellobligo aus erteilten Aufträgen für Investitionen beträgt 12,6 Mio. € (Vj. 10,4 Mio. €), Verpflichtungen aus Miet- und Leasingverträgen 0,6 Mio. € (Vj. 0,1 Mio. €).
Kernverwaltung der LH Wiesbaden	<p>Der jährliche Mietzins für größere Mietverhältnisse der LHW beträgt:</p> <p>Konradinallee 11 (Laufzeit bis 30.09.2039; Mietfläche 16.721 m²): 3,8 Mio. € Gustav-Stresemann-Ring 15 (Laufzeit bis 31.12.2017; Mietfläche 22.628 m²): 4,8 Mio. €.</p> <p>Weitere finanzielle jährliche Verpflichtungen von erheblicher Bedeutung (> 1 Mio. € p.a.) sind:</p> <p>IT-Dienstleistungsvertrag mit WIVERTIS (Laufzeit: 01.01.2005-31.12.2014, danach jährliche Kündigung möglich): Kosten: Mindestens 8,4 Mio. € p.a. (2014); Derzeit Verlängerung jeweils um ein Jahr.</p> <p>Betriebskostenzuschüsse an Kindertagesstätten der freien Träger (Laufzeit: Unterschiedlich - je nach Träger), Kosten: 44,9 Mio. € (2014); Mindestens 46,3 Mio. €* p.a.</p> <p><i>*Durch den Krippenausbau ist mit weiteren Kostensteigerungen durch höhere Betriebskostenzuschüsse in 2015 ff. zu rechnen.</i></p>

Gesamtabschluss 2014

3.5.3 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen

Die durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter im Unternehmensverbund der LHW stellt sich im Berichtsjahr folgendermaßen dar:

Gesellschaften	Beschäftigte	Beamte	Gesamt	Veränderung Gesamt Vojahr
WVV-Teilkonzern	1.794	0	1.794	50 ↑
EGW Gesellschaft für ein gesundes Wiesbaden mbH	4	0	4	0 →
HSK Pflege GmbH	3	0	3	0 →
Feierabendheim Simeonhaus GmbH	3	0	3	-7 ↓
AHW AltenHilfe Wiesbaden GmbH	132	0	132	-1 ↓
WJW Wiesbadener Jugendwerkstatt GmbH	222	0	222	-7 ↓
ELW Entsorgungsbetriebe	696	6	702	11 ↑
MBA Wiesbaden GmbH	2	0	2	1 ↑
TriWiCon	87	0	87	-5 ↓
Kurhaus Wiesbaden GmbH	18	0	18	-5 ↓
Wiesbaden Marketing GmbH	14	0	14	3 ↑
Rhein-Main-Hallen GmbH	23	0	23	-1 ↓
Mattiaqua (Bäderbetrieb)	111	0	111	1 ↑
WLW Wasserversorgungsbetriebe der Kernverwaltung der LH Wiesbaden	6	0	6	2 ↑
WIM Liegenschaftsfonds GmbH & Co. KG	4	0	4	2 ↑
Kernverwaltung der LH Wiesbaden	3.253	987	4.240	76 ↑
Gesamt	6.372	993	7.365	120 ↑

Gesamtabschluss 2014

3.5.4 Mitglieder Stadtverordnetenversammlung/Magistrat

Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung sind im Folgenden genannt.

Stadtverordnetenvorsteher:	Stellvertreter/innen:
Nickel, Wolfgang	Göttenauer, Michael (Linke & Piraten) Große, Claus-Peter (GRÜNE) Queck, Katharina (CDU) Schickel, Hans Peter (SPD)
Weitere Stadtverordnete in 2014:	
Abt, Richard Altz, Richard Andes-Müller Dipl.Ing., Dorothee Angor, Dorothea Apel, Michaela Bachmann, Christian Becker, Jürgen Belz, Stephan Bilir, Suayip Bohrer, Hartmut Braun, Karl Brenneisen Dr., Helga (seit 15.12.2014) Breuer, Stefan (seit 12.09.2014) David, Michael Delbasteh Dr., Rashid Denne, Heike Diers, Christian Dogan, Salih Düe, Barbara Dumont du Voitel, Sabine Egert, Urban Freund, Renate Frommann, Hans-Jörg Gaedeke, Sabine Gretz-Roth Dr., Vera Güler, Sibel Hagenmüller, Axel Hasemann-Trutzel, Hans-Joachim Hebenstreit, Anita Hininger, Christiane Horschler, Dieter (bis 27.10.2014) Jentsch Dr., Doris (bis 22.05.2014) Karipidou, Sofia (seit 19.09.2013) Kessler, Hans-Martin Kienast-Dittrich, Renate Kisseler, Felix Knauer, Christa (bis 11.09.2014) Koch, Simone Lerschmacher Dr., Karin Lorenz, Bernhard	Manjura, Christoph Maritzen, Ronny Michna Dr., Hans-Achim Mucha, Monika Oschmann, Petermartin Paffe, Sandra Pfeifer, Rainer Pöpel, Brigitte Susanne Reiß, Ingrid Reitz, Peter (seit 23.05.2014) Röck-Knüttel, Nicole Rottloff, Simon Ruf, Nadine Sahin-Öztürk Dipl. Ing., Gülden Schadt, Peter Schlempp, Michael Schmehl, Hendrik Schmitz Dr., Sven-Uwe Schnaus, Eleonore Schon, Manuela Schuchalter-Eicke, Gabriele Seidensticker, Eberhard Seipel-Rotter, Hendrik Sohn, Axel Wolfgang Spallek, Stefan Spruch, Claudia Ünlü, Ümran Uebersohn Dr., Gerhard Volk-Borowski, Dennis Völker Dr., Reinhard Vollkammer, Jan (seit 11.2014) SPD von Garnier, Friederike (bis 30.11.2014) von Poser und Groß-Naedlitz Dr., Michael Waldeck, Andreas Wallmann, Astrid Weck, André Weinerth, Ulrich Wild, Volker Wilhelmy, Veit Wittkowski Dr., Bernd

Gesamtabschluss 2014

Die Mitglieder des Magistrats in 2014 waren:

Oberbürgermeister	
Gerich, Sven	
Bürgermeister	
Goßmann, Arno	
hauptamtliche Magistratsmitglieder:	ehrenamtliche Magistratsmitglieder:
Bendel, Detlev Dr. Franz, Oliver Möricke, Sigrid Scholz, Rose-Lore Imholz, Axel (Stadtkämmerer)	Coigné, Mechthild Gores, Wolfgang Jentsch Dr., Doris (seit 22.05.2014) Knauer, Christa (seit 11.09.2014) Kornmüller-Bolte, Daniela Kötschau, Sven (bis 31.08.2014) Nehrbaß, Helmut Dr. Reinhardt, Tilli-Charlotte Reiß, Thorsten Schlempp, Dieter Schüler, Ralph (bis 14.05.2014) Schuster, Rainer Skolik, Helga von Scheidt, Helmut Wolf, Gabriele

Wiesbaden, den .07.2016

Imholz
Stadtkämmerer

Gesamtabschluss 2014

4. Anlagen

Anlage (1) Anlagenspiegel

Position	Anschaffungs- und Herstellungskosten in EUR						Abschreibungen in EUR						Buchwerte in EUR	
	Stand zum 01.01.	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Spiegelüber- greifende Umbuchungen	Wertänderung At Equity Methode	Stand zum 31.12.	Stand zum 01.01.	Zuschreibungen des Berichtsjahres	Abschreibungen des Berichtsjahres	Abschreibungen auf Abgänge	Stand zum 31.12.	Stand zum 31.12.	Stand zum 01.01.
1 Anlagevermögen	6.127.016.417	289.918.078	58.343.578	0	569.224	-4.626.068	6.354.534.074	2.495.298.288	835	122.826.503	36.039.890	2.582.084.066	3.772.450.008	3.631.718.130
Immaterielle Vermögensgegenstände	80.953.977	4.530.306	7.110.878	736.788	0	0	79.110.193	44.251.660	0	6.839.322	7.101.450	43.989.532	35.120.661	36.702.317
1.1.1 Rechte	26.340.520	2.746.761	2.032.607	231.863	0	0	27.286.537	20.676.115	0	1.993.049	2.023.566	20.645.599	6.640.939	5.664.405
1.1.2 Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	54.613.457	1.783.545	5.078.271	504.925	0	0	51.823.656	23.575.545	0	4.846.273	5.077.884	23.343.934	28.479.722	31.037.912
1.1.3 Geschäfts- oder Firmenwert	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1.1.4 Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1.2 Sachanlagen	5.380.757.275	280.606.466	49.068.848	-736.788	569.224	0	5.612.127.328	2.412.007.176	0	115.987.181	28.759.598	2.499.234.760	3.112.892.568	2.968.750.098
1.2.1 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	2.546.198.464	115.775.073	29.002.783	27.757.197	469.508	0	2.661.197.460	697.638.262	0	38.313.565	12.437.790	723.514.037	1.937.683.423	1.848.560.202
1.2.2 Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	2.336.323.050	23.735.589	4.827.417	15.156.756	0	0	2.370.387.978	1.489.038.330	0	49.200.250	3.646.490	1.534.592.090	835.795.888	847.284.720
1.2.3 Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung	117.485.951	9.017.553	3.947.476	41.081.599	0	0	163.637.627	75.167.049	0	10.539.980	2.838.482	82.868.546	80.769.081	42.318.903
1.2.4 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	231.344.250	58.897.184	10.413.179	1.227.725	0	0	281.055.980	150.163.536	0	17.933.387	9.836.836	158.260.086	122.795.894	81.180.715
1.2.5 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	149.405.558	73.181.067	877.993	-85.960.066	99.716	0	135.848.282	0	0	0	0	0	135.848.282	149.405.558
1.3 Finanzanlagen	491.665.166	4.781.307	2.163.851	0	0	-4.626.068	489.656.553	39.039.451	835	0	178.842	38.859.774	450.796.779	452.625.714
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	1.926.961	0	0	0	0	0	1.926.961	0	0	0	0	0	1.926.961	1.926.961
1.3.2 Ausleihungen an verbundene Unternehmen	3.600	0	1.800	0	0	0	1.800	0	0	0	0	0	1.800	3.600
1.3.3 Beteiligungen	351.693.452	193.448	716.089	0	0	-4.626.068	346.544.742	38.951.871	0	178.842	38.773.029	307.771.713	312.741.581	
1.3.4 Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	26.920.493	3.163.500	256.113	0	0	0	29.827.880	0	0	0	0	0	29.827.880	26.920.493
1.3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens	35.700.050	0	0	-35.700.000	0	0	50	0	0	0	0	0	50	35.700.050
1.3.6 Sonstige Ausleihungen (sonstige Finanzanlagen)	75.420.610	1.424.359	1.189.849	35.700.000	0	0	111.355.120	87.580	835	0	0	86.745	111.268.376	75.333.030
1.4 Sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen	173.640.000	0	0	0	0	0	173.640.000	0	0	0	0	0	173.640.000	173.640.000

Anlage (2) Forderungsspiegel

Gesamtabschluss 2014

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	Restlaufzeiten			Gesamt EUR	Gesamt Vorjahr EUR
	bis zu 1 Jahr	über 1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre		
	EUR	EUR	EUR		
2.3.1 Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen	9.070.714	6.123.377	31.033.018	46.227.109	52.907.515
2.3.2 Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	18.589.934	0	0	18.589.934	23.672.367
2.3.3 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	44.519.376	51.029	0	44.570.405	80.185.626
2.3.4 Forderungen gegen verbundene Unternehmen, gegen Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen	552.569	0	0	552.569	289.894
2.3.5 Sonstige Vermögensgegenstände	46.421.631	282.086	0	46.703.717	58.834.937
Gesamt	119.154.224	6.456.492	31.033.018	156.643.734	215.890.339

Anlage (3) Eigenkapitalspiegel

Gesamtabschluss 2014

Eigenkapital	Nettoposition und Gezeichnetes Kapital	Rücklagen aus Überschüssen des Ergebnisses	Zweck- gebundene und Sonder- rücklagen	Anteil Dritter am Eigenkapital	Gesamtbilanz- gewinn/-verlust	Gesamt- eigenkapital
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Stand 01.01.2014	1.259.089.688	63.241.767	1.883.961	63.922.018	156.101.454	1.544.238.888
Abnahme	0	0	0	21.568.702	-31.933.741	-10.365.039
Dividendenausschüttung	0	0	0	23.137.768	0	23.137.768
Umgliederung bzw. ergebnisneutrale Änderung	0	27.566.953	0	-83.696	-27.483.257	0
Stand 31.12.2014	1.259.089.688	90.808.720	1.883.961	62.269.257	96.684.456	1.510.736.083

Anlage (4) Sonderpostenspiegel

Gesamtabschluss 2014

Sonderposten	Stand 01.01.	Einzahlungen / Zugänge		Auflösung	Auszahlung	Stand 31.12.
	EUR	immat. Vermögen	Sachanlagen		Sachanlagen	
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Sonderposten für erhaltene						
2.1 Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge	253.318.831	1.634.749	54.204.438	16.709.775	1.367.955	291.080.288
2.1.1 Zuweisungen vom öffentlichen Bereich	201.403.169	882	48.390.428	13.105.244	0	236.689.235
2.1.2 Zuschüsse vom nicht - öffentlichen Bereich	14.732.625	184	5.762.050	932.600	1.367.859	18.194.400
2.1.3 Investitionsbeiträge	37.183.037	1.633.683	51.960	2.671.931	96	36.196.653
2.2 Sonstige Sonderposten	30.638.181	33.058	421.185	5.974	0	31.086.450
Gesamt	283.957.012	1.667.807	54.625.623	16.715.749	1.367.955	322.166.738

Anlage (5) Rückstellungsspiegel

Gesamtabschluss 2014

Rückstellungen	Stand 01.01.	Inanspruch- nahme	Auflösung	Zuführung	Aufzinsung	Stand 31.12.
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
3.1 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	489.957.240	1.265.389	503.559	15.000.568	1.049.273	504.238.133
3.2 Rückstellungen für Finanzausgleich und Steuerschuldverhältnisse (nur Kommune)	125.375	49.283	0	345.954	0	422.046
3.3 Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien	64.543.291	985	0	4.718.671	0	69.260.977
3.4 Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	829.776	134.065	250.258	183.093	0	628.546
3.5 Sonstige Rückstellungen	121.180.865	41.264.173	7.777.361	51.337.094	224.444	123.700.869
Gesamt	676.636.547	42.713.895	8.531.178	71.585.380	1.273.717	698.250.571

Anlage (6) Verbindlichkeitspiegel

Gesamtabschluss 2014

Verbindlichkeiten	Restlaufzeiten			Gesamt	Gesamt Vorjahr
	bis zu 1 Jahr	über 1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre		
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
4.1 P41 Anleihen	0	0	0	0	0
4.2 P42 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen	111.032.159	442.021.672	954.955.674	1.508.009.505	1.431.742.681
4.2.1 P421 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	96.185.023	399.790.371	805.813.956	1.301.789.350	1.230.688.339
4.2.2 P422 Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern	3.381.062	11.722.758	19.192.514	34.296.334	35.876.908
4.2.3 P423 Sonstige Verbindlichkeiten aus Krediten	11.419.965	30.508.542	129.949.204	171.877.711	165.088.563
4.2.4 P424 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für die Liquiditätssicherung	0	0	0	0	0
4.2.5 P425 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	46.109	0	0	46.109	88.871
4.3. P43 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen und Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen	2.687.779	0	0	2.687.779	13.540.862
4.4. P44 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	71.718.993	4.776.648	0	76.495.641	64.402.903
4.5. P45 Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	4.657.245	0	0	4.657.245	4.957.730
4.6. P46 Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen	6.791.519	0	0	6.791.519	17.761.790
4.7. P47 Sonstige Verbindlichkeiten	139.122.124	0	0	139.122.124	148.491.035
Gesamt	336.009.819	446.798.320	954.955.674	1.737.763.813	1.680.897.001

Gesamtabschluss 2014

Anlage (7) Übersicht der fremden Finanzmittel der Landeshauptstadt Wiesbaden (unkonsolidierte Werte)

Forderungen	Anfangsstand 2014 EUR	Endstand 2014 EUR
sonst. Forderung aus Personalkostenabwicklung für verbundene Unternehmen und Beteiligungen	392,78	1.000,00
Summe Forderungen ggü. verbundenen Unternehmen, Beteiligungen, Sondervermögen	392,78	1.000,00
Vorverkauf Caligari	7.619,01	1.121,42
Bundesanteile Gebühren	0,00	10.841,99
sonst. Forderung aus Personalkostenabwicklung für sonstige Dritte	872,50	326,50
Summe sonstige Vermögensgegenstände	8.491,51	12.289,91

Verbindlichkeiten	Anfangsstand 2014 EUR	Endstand 2014 EUR
sonst. Verbindlichkeiten aus Umsatzsteuerabwicklung für verbundene Unternehmen und Beteiligungen	98.407,22	0,00
Grundkapital Stiftungen	880.958,36	880.958,36
Verwendbares Kapital Stiftungen	4.441.346,83	4.486.335,18
Summe Verbindlichkeiten ggü. verbundenen Unternehmen, Beteiligungen, Sondervermögen	5.420.712,41	5.367.293,54
sonstige Verbindlichkeiten aus Personalkostenabwicklung für Dritte	81.344,49	81.825,37
Erich-Haub-Zais-Stiftung	43.732,69	34.619,68
Georg-Konell-Preis	19.440,96	14.506,95
Christian-Zais-Preis	13.977,56	14.026,48
Gebühren für Kraftfahrtbundesamt	13.972,32	14.299,82
sonstige durchlaufende Gelder	303.120,86	185.801,87
sonstige Verbindlichkeiten Great Spas of Europe	0,00	127.123,80
Erbschaft Kubis	118.466,01	141.444,60
Verbindlichk. a. Bambini-Landesprogramm	2.801.172,06	4.823.649,21
Verbindlichkeiten ggü. Land komm.soziale Hilfen	34.520,09	36.159,07
Bundesanteile Gebühren	41.981,39	0,00
Landesanteil Fehlbelegungsabgabe	221.026,67	4.178,00
sonstige Verbindlichkeiten	3.692.755,10	5.477.634,85

Gesamtabschluss 2014

Anlage (8) Erklärung zu den verwendeten Kennzahlen

Vermögenslage	Nettoinvestition	Zugänge zu AHK des Haushaltsjahres ./. Abgänge zu AHK des Haushaltsjahres abzgl. der Abschreibungen auf An- lagenabgänge
	Investitionsquote	$\frac{\text{Nettoinvestitionen in Sachanlagen} \times 100}{\text{Sachanlagen zu hist. Anschaffungs- / Herstel-lungskosten zu Jahresbeginn}}$
	Reinvestitionsquote	$\frac{\text{Nettoinvestitionen in Sachanlagen} \times 100}{\text{Abschreibungen des Haushaltsjahres}}$
	Eigenkapitalquote II	$\frac{\text{Eigenkapital einschl. Sonderposten} \times 100}{\text{Gesamtkapital}}$
	Pro-Kopf-Verschuldung	$\frac{\text{Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahme}}{\text{Einwohnerzahl zum Stichtag}^{13}}$
Ergebnissituation	Ordentlicher Aufwandsdeckungsgrad	$\frac{\text{Ordentliche Erträge} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$
	Zinslastquote	$\frac{\text{Zinsen und ähnliche Aufwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$

Herausgeber:
Landeshauptstadt Wiesbaden
Dezernat VI - Dezernat für Finanzen, Gesundheit und Kliniken
Schillerplatz 1 - 2
65185 Wiesbaden
dezernat.VI@wiesbaden.de

Bildquelle: ©Horst Goebel |Architekturfotografie + Visuelle Kommunikation

¹³ gemäß der Daten des Amtes für strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik der LHW